DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

291 | 25. JAHRGANG | Dezember 2008 | 4,50

PEAK OIL & CO.

Das Ende des Wachstums

Steigende Preise für Lebensmittel vergrößern den Hunger, es entwickelt sich eine globale Rezession und gleichzeitig wird Energie immer teurer. Innerhalb weniger Jahre hat sich das Terrain für linke Bewegungen dramatisch verändert. Da fällt eine Orientierung nicht gerade leicht. Die besondere Schwierigkeit liegt darin, den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Krisenebenen zu erkennen.

Statue eines Bogenschützen im Gegenlicht

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Andreas Exner, Klagenfurt ● Nehmen wir das Beispiel der Ernährungskrise. Zwischen 2007 und 2008 wurden global gesehen Nahrungsmittel um 52 Prozent teurer. Laut FAO vergrößerten 2007 deshalb 75 Millionen Menschen das Heer der Hungernden. Weltweit sind damit schätzungsweise 923 Millionen Menschen mangelhaft ernährt. Die Ursachen scheinen auf den ersten Blick recht unterschiedlich. Ungünstige Wetterverhältnisse verringerten die Ernten der globalen Hauptproduktionsgebiete. Zugleich verdoppelten sich im letzten Jahr die Düngerpreise. Und auch die Preise der fossilen Treibstoffe erreichten ungeahnte Höhen. Parallel dazu wuchs die Nachfrage nach Agrotreibstoff, der gegenwärtig 2 Prozent des weltweiten Treibstoffbedarfs des Transports abdeckt. Spekulation verstärkte den Aufwärtstrend der Nahrungsmittelpreise noch.

So unterschiedlich diese Krisenursachen auch erscheinen mögen. Tatsächlich bringen sie ein grundlegendes Phänomen zum Ausdruck: die Auswirkungen des Kapitalismus verletzen immer brutaler die Grenzen des Erträglichen. So sind die schlechten Ernten der letzten Jahre wahrscheinlich bereits als eine Folge des vom Kapitalismus verursachten Klimawandels zu begreifen. Der Anstieg bei den Treibstoffpreisen wiederum kündigt den Peak Oil, das Fördermaximum beim Erdöl an, das bereits erreicht oder bald zu erwarten ist – Folge des enormen Hungers nach fossilen Stoffen, dem das Kapital alles opfert. Agrosprit soll nun beide Probleme lösen: erstens den Klimawandel bremsen, zweitens die Erdölabhängigkeit verringern. Wie sich jetzt allerdings mit Gewissheit zeigt, verdrängt der Umstieg auf Sprit aus Biomasse den Anbau von Nahrungsmitteln. Und NGOs wie Biofuelwatch argumentieren, dass der Biomasseanbau für Agrosprit den Klimawandel sogar verstärkt. Der Preisanstieg beim Stickstoffdünger schließlich spiegelt nicht zuletzt die Teuerung bei Erdgas, das man bei dessen Produktion benötigt.

Seit Jahresmitte sind die Preise bei Mais, Weizen und Reis um 60 bis 40 Prozent gefallen. Doch die weltweite Hungerkrise droht sich erneut zu verschärfen, warnen UNO und FAO. Diesmal auf noch höherem Niveau. Denn die Finanzkrise hat inzwischen den Agrarmarkt erreicht. Bauern und Agrounternehmen steht weniger Kredit zur Verfügung, um Düngemittel zu finanzieren. Bei fallenden Preisen für Agrarprodukte sinkt zudem der kapitalistische Produktionsanreiz. Umso mehr, als hohe Treibstoff- und Düngerpreise die Profitabilität der Agrarproduktion zusätzlich reduzieren. Wird weniger gepflanzt, so fällt die Ernte geringer aus. Ziehen die Agrarpreise wieder an, so trifft das Länder, die Nahrungsmittel importieren müssen, nun mit doppelter Gewalt. Sie können auf den krisengeschüttelten Finanzmärkten nur schwer Geld dafür locker machen.

Nicht nur Nahrungsmittel, Energie und Düngemittel verteuerten sich. Auch Metalle legten preislich kräftig zu. Schon vor der Finanzkrise übten steigende Rohstoff- und Energiepreise spürbar Druck auf die Profitrate aus. Sie hätten das kapitalistische Wachstum selbst ohne den Zusammenbruch der weltweiten Immobilienblase stark geschwächt. Der Kapitalismus stößt also Schritt für Schritt auch an seine materiellen Schranken. Indem er seine Basisstoffe erschöpft, entzieht er sich selbst immer mehr die natürliche Produktionsgrundlage. Ökologische und geldökonomische Grenzen werden zusehends deckungsgleich.

Die aktuelle Hungerkrise freilich zeigt in grellem Licht, was es bedeutet, wenn eine Alternative ausbleibt. So geht der globale Norden buchstäblich über Leichen, indem er sich an den Fetisch Auto klammert, den Klimaschutz zur Polit-Show deklariert und Kriege um Ressourcen führt. Das ist aber nur die zerstörerische Seite. Jenseits von Ignoranz und Unbewusstheit steht ein wachsendes Bedürfnis nach Befreiung. Darin leuchtet ein klarer Gedanke auf, der inzwischen eine Vielzahl von Ansätzen reflektiert: Wir müssen eine grundsätzlich neue Art der Produktion entwickeln. Es geht um eine solidarische Ökonomie, die Verkaufsbeziehung und Profitorientierung abschafft und konkrete Versorgungsziele an ihre Stelle setzt.●

Andreas Exner ist beim Social Innovation Network aktiv

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Das Füllhorn versiegt Christian Lauk	Seite 7
FAQ – peak-oil-Problematik	Seite 8
Transition Towns Christian Lauk	Seite 9
Globale Dörfer und Mutterstädte Gespräch mit Franz Nahrada	Seite 9
Fülle und Verzicht Franz Schandl	Seite 10

AUS DEM INHALT:

PROJEKTE

Im südlichen Teil des italienischen Piemont entsteht im Dorf Roccaciglié das genossenschaftliche Selbstverwaltungsprojekt »Ca dj'Mat«, im Dialekt heißt das: »Haus der Verrückten«. Mehr dazu auf Seite 3.

Objektivität gibt es nicht! Das sagen zumindest die MacherInnen von »AK Kraak«, einem autonomen Videokollektiv aus Berlin. Sie haben gerade wieder eine Ausgabe ihres Magazins herausgebracht, mit dem sie nicht nur dokumentieren, sondern auch provozieren und die moderne Gesellschaft gewaltig auf die Schippe nehmen möchten. Seite 4

Als Verlag für Bücher aus der libertären Szene wurde der Verlag »Edition AV« vor 20 Jahren gegründet. Damals nannte die zweiköpfige anarchistische Künstlergruppe ihr Projekt noch »Edition Avantgarde 88«, wobei sich 88 auf das Gründerjahr bezog. Erst später wurde das Zahlenkürzel aus wohlbekannten Gründen gestrichen. Seite 4

Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gibt es Streit um eine nun mehr als drei Jahre andauernde Besetzung des Künstlerhauses Bethanien am Mariannenplatz. Das Bethanien erlangte im Jahr 1971 seine größte Bekanntheit durch die Besetzung und Umbenennung des Hauses in »Georg-von-Rauch-Haus«. Bekannt auch durch den »Rauch-Haus-Song« der Band »Ton-Steine-Scherben«. Im Jahr 2005 wurde der ab 2004 leerstehende Südflügel durch die geräumten BewohnerInnen der Yorckstr. 59 erneut besetzt. Mehr zu den Konflikten im Bezirk und den »halbstaatlichen« NutzerInnen des Restgebäudes auf Seite 5.

NEUE ARTIKELSERIE

Die Wohnerfahrungen und -wünsche von CONTRASTE-LeserInnen sind vermutlich etwas anders als die der NormalbürgerIn: flexibler, gemeinschaftlicher, aber auch beharrlich. Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. CONTRASTE will mit einer Artikelserie von Konrad Kantstein Überlegungen und Tipps eines »alten Hasen« in Sachen Hausrettung vermitteln. Die erste Folge bietet grundlegende Gedanken zum Thema. Seite 6

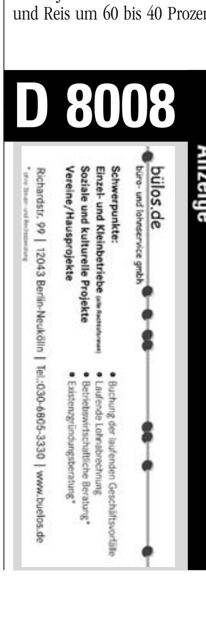
GENOSSENSCHAFTEN

GEOS heißt »Genossenschaft Elberfeld-Ostersbaum«. Der Ostersbaum ist ein Stadtbezirk von Wuppertal-Elberfeld. Gegründet wurde die Genossenschaft im März 2008; im Juni 2008 hat sie ihre Arbeit aufgenommen. Die Gründer sind sowohl Arbeitssuchende als auch Fördermitglieder, darunter Institutionen wie Kirchengemeinde und Wohnungsgenossenschaften. GEOS eG will in erster Linie für Arbeitslose aus dem Stadtteil neue, langfristige, sozialversicherte Arbeitsplätze schaffen. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

Anzeige



3. GRUNDEINKOMMENSKONGRESS IN BERLIN

Rettet das Grundeinkommen in Afrika

Der dritte deutschsprachige Grundeinkommenskongress war ein großer Erfolg und bereicherte die aktuellen Diskussionen um eine globale Perspektive. Vorgestellt wurden auch die Mindesteinkommensprojekte in Sambia und Namibia, die dringend der politischen Unterstützung bedürfen, damit nicht Tausende von Menschen in Hunger und Armut zurückfallen.

Redaktion Heidelberg ● Mit einer Beteiligung von mehr als 600 Teilnehmern hat vom 24.-26.10. in Berlin der dritte deutschsprachige Grundeinkommenskongress statt gefunden. Veranstaltet wurde er von den Grundeinkommensnetzwerken und Attac-Grundeinkommensgruppen aus Deutschland, Österreich und Schweiz. Bereits im Vorfeld des Kongresses hatten Grundeinkommensbefürworter und Mitglieder von Organisationen sich getroffen, um die emanzipatorische Ausgestaltung eines Grundeinkommens zu diskutieren und diese Ausgestaltung von neoliberalen Modellen, die sich ebenfalls im Grundeinkommensdiskurs situieren, deutlich abzugrenzen (s. Seite 11).

Darüber hinaus wirkten ein breites politisches Spektrum aus den Veranstalterländern sowie internationale Vertreter der Grundeinkommenspilotprojekte in Namibia und Sambia bei dem Kongress mit.

In knapp 40 Workshops des Kongresses wurden steuerliche und sozialpolitische Aspekte, aber auch anthropologische und ethische Begründungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert. Bei mehreren gut besuchten und hochkarätig besetzten Podien verständigten sich die TeilnehmerInnen auf gemeinsame Forderungen und nächste Schritte. Einen wichtigen Impuls stellte dabei die Forderung nach einem globalen Grundeinkommen dar. Angesichts der internationalen Hilfsaktion für die kriselnden Finanzmärkte muss es möglich sein, mit einer mindestens ebenso großen Entschlossenheit weltweit gegen Hunger und Armut vorzugehen. Das Argument, dies sei finanziell nicht zu leisten, hat sich mit der Billionenhilfe für die Finanzmärkte selbst widerlegt. Für ein Grundeinkommen zur Hungerbekämpfung in den armen Ländern würde bereits ein Betrag von nur 70 Milliarden Euro ausreichen.

Welch existentielle Auswirkungen auch schon ein kleiner Beitrag zur Unterstützung der Ärmsten haben kann, schilderten sehr anschaulich Harry Kamboni aus Sambia und Engelhardt Unaeb aus Namibia. In diesen beiden Ländern laufen derzeit Projekte zur finanziellen Grundsicherung (Mindesteinkommen) bedürftiger Bevölkerungsgruppen, die allerdings demnächst eingestellt werden sollen. Die Referenten berichteten, dass selbst die überschaubaren Zuschüsse – in Namibia handelt es sich um 100 Namibische Dollar (ca. 7 Euro) im Monat, in Sambia etwas weniger – teilweise überlebensnotwendig sind und sich darüber hinaus sehr positiv auf die Gesundheitsversorgung insgesamt sowie Versorgung und Bildung der Kinder in den beteiligten Haushalten auswirkten.

Vollkommenes Unverständnis brachten die Teilnehmer des Kongresses gegenüber der GTZ zum Ausdruck, die das Projekt in Sambia praktisch über Nacht beendet hatte. Statt die Menschen vor Ort in Hunger und Armut zu stoßen, legen die guten Erfahrungen im Gegenteil nahe, die Strategie des Mindesteinkommens, gegebenenfalls verbunden mit der Einführung des sogenannten »Social Cash Transfers« (einer gesellschaftlichen Umverteilung zu Gunsten der Armen), fortzuführen und auf Dauer zu implementieren. Die in Namibia und Sambia durchgeführten experimentellen Projekte mit dem Ziel der Hungerbeseitigung sind zwar noch weit entfernt vom Diskussionsstand um das bedingungslose Grundeinkommen, doch als prophylaktische Maßnahme sind sie sehr geeignet, einer humanitären und sozialen Katastrophe vorzubeugen.

Der Grundeinkommens-Kongress diente auch dazu, ein internationales Netzwerk zu bilden, um größeren politischen Druck auf die beteiligten Regierungen und Organisationen ausüben zu können.●

Weitere Informationen:
www.grundeinkommen2008.org

Quelle: www.attac.de

BILANZ 2008 & AKTION 2009

Über den Teller-Rand hinwegschauen....

... sollten alternative Betriebe und Projekte, um sich zu vernetzen und um miteinander zu kommunizieren. Dieses ist zumindest eine der Wunschvorstellungen der CONTRASTE-Redaktionen seit Gründung des Zeitungsprojektes im Sommer 1984. In der damaligen Hochphase der selbstverwalteten Betriebe und Projekte wurde das von diesen auch so gesehen und unser Zeitungsprojekt – damals unter dem Namen »Wandelsblatt« – startete im Oktober 1984 mit einer Auflage von 4.000 Exemplaren durch. In der Folge entstand ein lebendiges Diskussionsforum, die Zeitung war ein Ort lebendiger Kommunikation – Inhalte wurden diskutiert und um diese auch gestritten. MitarbeiterInnen von ihren Betrieben wurden für die Mitarbeit am gerade entstehenden »Forum für Kommunikation und Vernetzung« freigestellt. Nachzulesen ist das alles auf unserer Archiv-CD (näheres dazu auf dieser Seite), auf der sich auch die Texte der ersten drei Ausgaben befinden.

Redaktion Heidelberg ● Das alles ist aber schon lange her. Diskussionen zum Thema haben gerade jetzt wieder Konjunktur, nur die Schlagworte haben sich geändert, das alte Schlagwort »Alternative Ökonomie« wurde umbenannt und heißt nun »Solidarische Ökonomie« und ist weitreichender als das alte – berücksichtigt es eben auch Projekte, die sich nicht nur einer anderen Ökonomie verschrieben haben. Leider, so scheint es, finden die Diskussionen um eine »Solidarische Ökonomie« nur teilweise ihren Niederschlag in CONTRASTE. Diskutiert wird vielmehr natürlich zeitgemäß in unzähligen Mailinglisten und Webforen, für viele ist das mittlerweile unüberschaubar. Hier könnte es einen Ansatzpunkt für das Printprodukt CONTRASTE geben, um neue AbonnentInnen zu gewinnen.

Derzeit gibt es natürlich trotzdem viele Berichte aus und von den Projekten in CONTRASTE, CONTRASTE wird also weiterhin genutzt – aber der entscheidende Unterschied ist, dass viele dieser Projekte oftmals das Zeitungsprojekt nur »benutzen« – oft gerade aber immer dann, wenn das Projekt in Schwierigkeiten geraten ist. Ein ständiger Austausch – der sicherlich sinnvoll wäre – findet leider nicht statt. Und ein Abonnement der Zeitung ist meistens auch nicht drin. Ein kurzes »Huhu – hier bin ich« ist nicht ausreichend, um die alternative Projektewelt weiterzuentwickeln. Und für uns eine der Ursachen der zu niedrigen Abozahlen, die dazu beitragen, dass wir Jahr für Jahr auf die Spenden unserer treuen LeserInnen angewiesen sind.

Und diese sowie die Fördermitgliedschaften haben uns auch bisher vor einer weiteren Verschuldung bewahrt. Auch unsere Spendenaktion für das Jahr 2009 verläuft bisher erfreulich: Von Anfang November bis zum Stichtag am 19.11.2008 sind bereits 1.548 EUR an Spenden (die Liste der SpenderInnen veröffentlichen wir aus Platzgründen im Januar 2009) eingegangen, so dass wir nun noch 4.952 EUR benötigen. Herzlichen Dank!

Eine zusätzliche Spende für 15 Schnupper-Abos kam von Erasmus Schöfer, Köln. Vielen Dank Erasmus, denn zielgerichtete Schnupper-Abos im Bekanntenkreis führen oftmals zu Neuabos.

Leider sieht es in der Abostatistik nach wie vor nicht so gut aus. Große Verluste gibt es nicht zu beklagen, aber bereinigt haben wir trotz allem über das Jahr hinweg 17 weitere Abos verloren. Aktuell wurden 2 Abos und eine Fördermitgliedschaft (über 103 EUR) gekündigt. Hinzu kam ein Neuabo, eine neue Fördermitgliedschaft (62 EUR) und eine Erhöhung des Förderbeitrages um 43 EUR auf nun 120 EUR. 154+ Neuabos benötigen wir nun, um auch ohne Spenden wirtschaftlich gesund arbeiten zu können.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2009

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2009: 4.952 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 154+ Neuabos

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Freispruch für Antifaschistin

Am 23. Oktober 2008 fand eine Gerichtsverhandlung gegen die Antifaschistin Andrea in Berlin statt. Der sich in Haft befindenden Antifaschistin wurde vorgeworfen, sich mit einem Pfefferspray einer Demonstration genähert und somit gegen das Versammlungsgesetz (VersammlG) verstoßen zu haben. Die Verhandlung sollte ursprünglich im Altbau des Amtsgerichts Berlin stattfinden. Einige Tage vorher wurde dann aber bekannt gegeben, dass die Verhandlung in den Sicherheitstrakt im Haus B des Gerichts verlegt wurde.

So fanden sich gegen 10 Uhr etwa 40 UnterstützerInnen vor dem Gerichtsgebäude ein um den Prozess gegen Andrea zu beobachten und sich mit Andrea zu solidarisieren. Auch mehrere Mannschaftswagen der dritten Einsatzhundertschaft der zweiten Berliner Bereitschaftspolizeiabteilung (mit der Rückennummer 2331) standen vor dem Gerichtsgebäude.

Im Prozess stellte sich schnell die schwächliche Beweislage heraus – offenbar war das Verfahren mehr zu Einschüchterungszwecken angezettelt worden. Das marterialische Auftreten der Polizei und der Zeugen, die nur mit Codiernummer statt mit Namen agierten, passte dazu. Am Ende erfolgte ein Freispruch. Mehr unter
http://de.indymedia.org/2008/10/230664.shtml.

Arrest gegen Totalverweigerer: Never ending story?

Wo Überzeugung nicht gelingt (weil Argumente fehlen), wird sie durch Zwang ersetzt: Seit Monaten schon versucht die Bundeswehr, einen Totalverweigerer durch Arrest und andere Schikanen von seiner Meinung abzubringen, keinen Dienst am Vaterland leisten zu wollen. Doch Jan, der unfreiwillig Wehrpflichtige, bleibt standhaft:
http://totalverweigerung.blogsport.de.

Ankettrohr ist keine Schutzbewaffnung

Am 7.10.2008 lief vor dem Amtsgericht Cottbus ein Prozess gegen einen Baumbesetzer. Dieser hatte sich bei der Räumung einer Baumbesetzung in Lakoma im Herbst letzten Jahres an einem Baum festgekettet. Vorgeworfen wurde ihm, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben, da das Rohr, mit dessen Hilfe er sich angekettet hatte, eine Schutzwaffe darstelle. Schon vor Prozessbeginn wurde unmittelbar vor dem Gerichtsgebäude mit Kreidesprüchen auf das Verfahren hingewiesen sowie allgemeine justizkritische Parolen mit Kreide auf der Straße »verewigt«. Da sich der Sitz von Vattenfall, auf deren Gelände die Baumbesetzung stattgefunden hatte, direkt gegenüber des Gerichtsgebäudes befindet, wurden auch hier entsprechende Äußerungen niedergeschrieben. Im Prozess ging es dann vor allem um das Versammlungsrecht. Am Ende stand ein Freispruch, weil eine Ankettaktion hoch auf Bäumen nicht die Kriterien einer Versammlung erfüllt und daher das Ankettrohr auch keine Schutzbewaffnung nach dem Versammlungsrecht darstellt. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/10/229021.shtml.

Neufassungen von Antirepressionsbroschüren

Die Informationsbroschüren zum Umgang mit Gerichten (»Gerichtsverfahren«) und Polizei (neuer Titel: »Achtung Polizei!«, vormals: »Verhaftet«) sind aktualisiert worden – gleiches gilt für die Internetseiten von www.prozesstipps.de.vu, über die auch ein Download der Broschüren möglich ist. Beide Hefte enthalten wichtige Rechtshinweise und viele Aktionstipps gegen uniformierte oder robentragende Repression. Bestellseite für die Broschüren:
www.aktionsversand.de.vu.

Fortsetzung auf Seite 3

ARCHIV-CD UND »READER DER ALTERNATIVMEDIEN«

Mehr als 400 Titel linker und alternativer Zeitschriften, darunter auch online-Zeitschriften aus der BRD und fast 100 Titel aus der Schweiz befinden sich in den aktuellen Datenbanken auf unserer Archiv-CD 2008. Sortiert in 43 Rubriken von »Alternative Ökonomie« über »Feminismus«, »Internationalismus« bis »Wohnen«, mit vielen Beschreibungen. Durch die Verlinkung mit den Internetseiten lassen sich die meisten Titel direkt aufrufen und probelesen.

Das CONTRASTE-Archiv enthält die Jahrgänge 2005 bis 2007, die Ausgaben lassen sich einzeln betrachten oder über die Stichwortsuche durchsuchen. Die Texte der ersten drei Ausgaben des Jahrgangs 1984, die noch unter dem Titel »Wandelsblatt« erschienen sind, befinden sich ebenfalls auf der CD.

CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder erhalten diese für 25 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Alle anderen für 35 EUR zzgl. Versand. Kostenlos gibt es die Archiv-CD für die Vermittlung eines neuen Abos (siehe Seite 3).●

Bestellungen:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Rogue Steady Orchestra: Ein Drittel Angst, zwei Drittel Wut

Das »Rogue Steady Orchestra« (RSO), dass sich seitens ihrer Mitglieder auch mit der anarchistischen Göttinger Emocore/Punkband »Katzenstreik« teilweise überschneidet, existiert seit nunmehr sechs Jahren. Die 9-köpfige Crew, die gerne ihren Ska mit dem Rückgriff auf Stilelemente anderer Musikrichtungen wie Rocksteady, Punk, Reggae oder gar Swing mischt, hat mit ihrem Album »Ein Drittel Angst, zwei Drittel Wut« ihren mittlerweile dritten Longplayer mit elf neuen Songs produziert, der sowohl in klassischer Form auf Vinyl als auch auf CD vorliegt. Unterstützung haben sie dabei u.a. auch von dem ebenfalls sehr sozialkritischen Rapper Chaoze One aus Mainz erhalten, der die Combo bei dem spanischsprachigen Titel »Incomunicado« sowie bei »Revolte Tanzparkett« gesanglich unterstützt. Chaoze One (ex-Chaoz MC) ist selbst ja auch kein Unbekannter mehr. Auf diversen linken Solisamplern der vergangenen Jahre waren Beiträge von ihm veröffentlicht und er ist neben der nicht mehr existierenden Combo »Anarchist Academy« einer der bekanntesten deutschen Rapper mit linksradikalem Hintergrund.

Neben zehn eigenen Songs findet sich mit dem Titel »Subvert Reggae Limits« auch eine Coverversion einer anderen, ebenfalls nicht unbekannten Band – der englischen Ska-Punkband »Subhumans«.

Ihre Texte beziehen sich sowohl auf die eigene

Szene, deren Attitüden kritisch hinterfragt bzw. deren Verhaltensweisen kritisiert (»Makkerpogodarwinismus«) werden, als auch auf Themen wie die Festung Europa (»Europa lädt nach«), den Umbau der Städte (»Gasgeruch«) und den Umgang mit Gewalt (»Rational Befreite Zonen«). Dabei verfallen sie nicht in einfache Parolen, sondern drücken ihre Gedanken mit Tiefgang aus – ohne dabei die musikalische Ebene zu vernachlässigen. Ihre politische Haltung zeigt sich auch bei der Wahl des Labels Twisted Chords und dem Versand Brockensilence ... und nicht nur wegen ihrer räumlichen Nähe gehörten sie in den vergangenen Jahren immer wieder zu den musikalischen Gästen bei den A(narchistischen) Camps auf Burg Lutter, wo sie auch immer wieder die Proberaummöglichkeiten nutzen.●

Weitere Infos zu RSO:
www.schurkenska.de
& www.myspace.com/schurkenska.
Weitere Infos zu Katzenstreik:
www.katzenstreik.org
Weitere Informationen zu Chaoze One:
www.chaoze-one.de

DJ Chaoz

»WIR WOLLEN EINE UMWELTVERTRÄGLICHE LANDWIRTSCHAFT«

In den Hügeln des Piemont

Im südlichen Teil des italienischen Piemont entsteht im Dorf Roccaciglié das genossenschaftliche Selbstverwaltungsprojekt »Ca dj'Mat«, was im Dialekt »Haus der Verrückten« heißt. Vor zwei Jahren haben wir uns auf zwölf Hektar verwilderten Landes, einen Kilometer außerhalb des Dorfes, niedergelassen.

Kollektiv »Ca dj'Mat«, Roccaciglié ● Im Moment sind wir eine Gruppe von drei Leuten, die hier ständig lebt, und auf einen zehnköpfigen engen Freundeskreis zählen kann, der uns tatkräftig bei den verschiedensten Aktivitäten unterstützt. Mit unserem Projekt wollen wir im kleinen Rahmen versuchen, eine andere Lebensart aufzuzeigen: ein selbstverwaltetes solidarisches Leben und Arbeiten in der Gemeinschaft, im direkten Kontakt mit der Natur, immer wieder auf der Suche, die gemeinsamen Ideale und Vorstellungen auch in die Praxis umzusetzen.

Unsere Hauptaktivität bildet die Aufzucht von Milchschafen sowie die Käseherstellung. Diese Wahl kommt nicht von ungefähr: Einerseits berücksichtigt sie die Möglichkeiten des Gebietes sowie die uralte Tradition dieser Region und andererseits ist es ein gutes Standbein im Rahmen der Selbstversorgung. Erfreulicher »Nebeneffekt« des Ganzen: Wir tragen somit zum Erhalt einer vom Aussterben bedrohten Schafsrasse namens »delle langhe« bei und möchten auch die herkömmliche Art der Schafsaufzucht wiederbeleben. Wir besitzen etwa 40 Mutterschafe, die in einem neuen Stall aus Holz und Stroh untergebracht sind, den wir im letzten Herbst dank der Unterstützung einer Gruppe von Freunden aus der Longo maï-Kooperative in der Provence gebaut haben. In den nächsten Jahren wollen wir die Herde auf natürliche Weise vergrößern und auch eine Käserei errichten. Außerdem vervollständigen wir nach und nach die Palette unserer Selbstversorgung: Gemüseanbau, Geflügel-, Kaninchen- und Schweinezucht gehören zu unserer täglichen Arbeit ebenso wie das Sammeln und Verarbeiten von Heil- und Küchenkräutern. Bei all diesen praktischen Tätigkeiten, die einen großen Zeitraum in Anspruch nehmen, soll aber auch die künstlerische Seite nicht zu kurz kommen: Gemeinsame Lesezirkel und Schreibateliers, die Vorführung eines guten Films, Malerei oder auch ganz andere künstlerische Ambitionen sollen ihren angemessenen Platz finden.

Die Gemeinde Roccaciglié, in einem hügeligen Gebiet gelegen, zählt ungefähr 100 Einwohner. Rebbau und Tieraufzucht zur Selbstversorgung prägen seit Urzeiten das Bild dieser Region. In den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde dieses

Das Dorf Roccaciglié in den Hügeln des Piemont — Foto: Ca dj'Mat

Gebiet von einer enormen Landflucht heimgesucht, die der industrielle Boom in Norditalien ausgelöst hatte. Eine auffallende Überalterung der einheimischen Bevölkerung zeugt noch heute von dieser Entwicklung.

Die Behörden empfehlen, das Heil im »goldenen Tourismus« zu suchen, und leider wurde in den angrenzenden Regionen diese Entwicklung stark vorangetrieben. Hier bei uns ist sie jedoch kaum spürbar. Es kann sich dabei ja auch nur um eine kurzlebige und unvollständige Lösung handeln. Wir möchten vielmehr an der ursprünglichen bäuerlichen Lebensweise anknüpfen, die zumindest jetzt noch in der Erinnerung der einheimischen Dorfbevölkerung existiert. Jede wirtschaftliche und soziale Lösung für die Region, wie immer auch diese aussehen mag, sollte die alten Traditionen des Gebietes berücksichtigen. Es ist unvermeidbar, eine umweltverträgliche und weniger mechanisierte Landwirtschaft zu fördern. Zudem ist es wichtig, ein dörfliches Miteinander und den direkten landwirtschaftlichen Austausch wieder mit Leben zu füllen. Der traurige Umstand, dass das Dorf überaltert und vom Aussterben bedroht ist, kam uns sicher zugute. Im Dorf wurden wir herzlich empfangen und arbeiten auf verschiedenen Ebenen mit der Gemeinde zusammen. Mit den Bauern unseres kleinen Ortes möchten wir einen regen Kontakt pflegen und auf diese Weise das Dorfleben mitgestalten.●

Adresse:
Ca dj'Mat, Via Roma 104, I-12060 Roccaciglié (CN)
E-mail: malbroughuk@yahoo.fr

aus »Nachrichten aus Longo Maï«, Nr 98

REZENSION

Im Westen (fast) nichts Neues

Warum der Anarchismus in den USA nicht neu sein kann, aber der gleiche als Ansatz für einen wirklich neuen Anarchismus genutzt werden könnte.

Von Jochen Knoblauch ● Als 2006 der Münsteraner Unrast-Verlag das Buch »DIY« vorlegte, wurde es überwiegend kritisch aufgenommen (auch von mir) (1). Es handelte sich um den Versuch, junger, selbsternannter AnarchistInnen aus den USA, einen eigenen Weg zu gehen, und ihre Gedanken zu formulieren, ohne sich groß um die Historie des us-amerikanischen oder des europäischen Anarchismus zu kümmern. Nun, dies war natürlich nicht das Neue, und auch sonst war recht fraglich, was hier unter »neu« verstanden werden sollte.

Jetzt kommt noch einer drauf: Gabriel Kuhn gibt den Band »Neuer Anarchismus in den USA?« heraus. Über das »Neue« an diesem Anarchismus lässt sich vortrefflich streiten, aber was unbestritten ist, dass dieses Buch wohl zu den interessantesten Neuerscheinungen des Jahres 2008 gehören dürfte. Ein Für und Wider über den Inhalt wird unvermeintlich sein, aber es hat das Zeug dazu, anregend, fördernd und hilfreich zu sein. Und selbst wenn ich weder Übersetzungsqualität noch die vorgenommene Auswahl der Beiträge beurteilen kann, so bleibt doch die Hochachtung vor dieser Arbeit, die sich Gabriel Kuhn mit diesem Projekt gemacht hat.

Mit der fast 50seitigen Einführung wird nicht nur das Thema des Buches vorgestellt, sondern vor allem eine Einführung in die Geschichte des us-amerikanischen Anarchismus geliefert, der kompakt und informativ ist. Vor allem scheut sich Kuhn nicht den starken Einfluss, den der Individual-Anarchismus in den USA bis in die 1920er Jahre hinein hatte, hier zu würdigen. Wenngleich Kuhn mitunter den Eindruck erweckt, als gäbe es in Deutschland so gut wie keine Übersetzungen von amerikanischen AnarchistInnen. Diese Literatur wurde wiederum in erster Linie von individual-Anarchisten hier verbreitet (wie etwas James L. Walker, Voltairine de Claire, Benjamin R. Tucker oder etwa Robert Reitzel bis hin zu Carl Harp (1949-81) und dessen Knasttagebuch »Liebe und Hass« aus den 1980er Jahren.

Ein anderes – aber subjektiv gesehenes – Manko des Werkes ist: Beim ersten durchlesen kann ich ehrlich gesagt nicht behaupten, wer nun eigentlich was, und wer mit/gegen wen usw. ist. Die Fülle der Artikel, samt ihren Richtungen sind vielfältig und schwer überschaubar, zumal hier theoretische Ansätze mit drin sind, über die es sich famos streiten ließe, in wie weit die nun anarchistisch sind, oder doch eher den Autonomen, oder gar einer marxistischen Richtung zuzuordnen sind (wie etwa Ward Churchill(2))

Ein Teil der Personen und/oder Organisationen/Gruppen/Bewegungen/Randerscheinungen usw. sind relatives Neuland. Auf jeden Fall wird dieses Buch so oder so auch auf die deutschsprachige anarchistische Szene seine Auswirkungen haben, da irgendwann alles, was in den USA breiter (?) diskutiert wird auch bei uns auf dem Tisch landet. Dies war bereits in den 1968er Jahren so. Den westdeutschen Linken per se einen Anti-Amerikanismus zu unterstellen, war schon immer dumm und wesentlich zu kurz gegriffen. Die 68er Bewegung und somit auch Teile des so genannten »Neo-Anarchismus« (3) hier, der auch damals schon nicht besonders »Neo« war, wurden stark vom us-amerikanischen Widerstand seiner Zeit geprägt: Ob die StudentInnenproteste von Berkeley, Hippies, Kommunen, Yippies, Weathermen, Anti-Kriegsbewegung, bis hin zum Aufbau unabhängiger Medien (4) usw. wurde alles kopiert, diskutiert und eben z.T. dann auch in praktische Arbeit umgesetzt. Und so wird es eben heute nicht anders sein als damals, zumal heute Medien wie das Internet eine fast unbegrenzte und zeitnahe Kommunikation bieten (sowie immer mehr junge Menschen, die aufgrund besserer Schulbildung und internationalen Austausches ihre Möglichkeiten wesentlich verbessert haben).

Neben den klassischen Formen des Anarchismus, mit seinen Traditionslinien, gilt es u.U. auch offener zu werden, wenn es um die Einflüsse anderer Bewegungen und Szenen geht. Was in Deutschland etwa undenkbar wäre – obwohl ebenfalls aus einer durchaus subversiven Hippie-Ära entstanden – ist z.B. die Verbindung antikapitalistischen Widerstandes mit Formen der Esoterik (ich kann es förmlich spüren, wie sich bestimmten Menschen die Nackenhaare aufrichten), aber in den USA scheint es zu funktionieren, und wird hier im Buch in Form eines Beitrages von Starhawk vorgeführt. Und während in den USA der Konflikt »Coloured People« und weiße Mittelschichts-AnarchistInnen ein Thema ist, so ist dies sicherlich nicht vergleichbar etwa mit dem Verhältnis zwischen deutschen und türkischen AnarchistInnen, usw.

Die einzelnen Ansätze der unterschiedlichen Gruppen hier nun zu bewerten oder gar zu schildern dürfte den Rahmen dieser Rezension sprengen (Einfach selber lesen!). Und wenn die alten Kriterien der anarchi-

Fortsetzung auf Seite 4

FORTSETZUNG VON SEITE 2

Entwurf für neues Versammlungsgesetz in Baden-Württemberg
Jetzt liegt der Entwurf vor: Das sogenannte Militanzverbot im neuen Versammlungsgesetz soll verhindern, dass Demonstrationen Störungen Dritter und einen »Eindruck der Gewaltbereitschaft« hervorrufen. AnmelderInnen sollen mit dem Kooperationszwang zukünftig persönlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie eine Demonstration auf Aufforderung der Polizei nicht »freiwillig« auflösen. Demo-Ordner soll die Polizei schon im Voraus namentlich überprüfen, durchleuchten und willkürlich ablehnen können. Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf vor, dass die Polizei Demonstrationen und somit alle Teilnehmer jederzeit und ohne konkreten Anlass auf Video aufzeichnen darf. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/10/229742.shtml.

Jörg Bergstedt

PRÄMIEN FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien:

Michaela Seul
RelaXX
Treibgutgeschichten
br., 245 Seiten
Geschichten (nicht nur)
für den Urlaub
www.unrast-verlag.de

Edward Viesel
Freiheit statt Freibier
Geschichte und Praxis der
freien digitalen Welt
– mit einer Einführung
in Linux
br., 280 Seiten
www.unrast-verlag.de

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehend angekreuzte Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

☐ CONTRASTE-Archiv-CD 2008 mit dem »Reader der AlternativMedien«. Inhalt: Die CONTRASTE-Jahrgänge 2005-2007 im Originallayout als pdf, der Jahrgang 1984 mit text-pdf. Zusätzlich: Alle uns bekannten linken und alternativen Zeitschriften der BRD und Schweiz mit Beschreibungen in zwei Datenbanken.

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen** widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AK KRAAK WOLLEN MIT IHREM VIDEOMAGAZIN DOKUMENTIEREN UND PROVOZIEREN

Dein Uterus ist Deutschland

Objektivität gibt es nicht! Das sagen zumindest die Macher von AK Kraak, einem autonomen Videokollektiv aus Berlin. Erstmals seit zweieinhalb Jahren haben sie nun wieder eine Ausgabe ihres Magazins herausgebracht, mit dem sie nicht nur dokumentieren, sondern auch provozieren und die moderne Gesellschaft gewaltig auf die Schippe nehmen möchten.

BTN/da ● »Unser Videomagazin soll polarisieren«, sagt Kraak-Aktivistin Kirsten. Sie gehört zum Stammpersonal, hat das Kollektiv im Jahre 1990 zusammen mit anderen Kunstschaffenden aus der damaligen Hausbesetzerszene in Ostberlin gegründet. Kraak kommt aus dem Niederländischen, die wörtliche Übersetzung von »knacken« hat sich schnell zum Synonym für die Besetzung leer stehenden Wohnraums entwickelt. AK steht hingegen für Aktuelle Kamera und bezieht sich damit voller Ironie auf die Nachrichtensendung, die täglich über hunderte Bildschirme in der ehemaligen DDR flimmerte. Die Aktuelle Kamera erhob zwar stets den Anspruch, die ultimative Wahrheit zu verkünden – und war damit wohl so subjektiv wie keine andere Sendung. AK Kraak maßt sich hingegen gar nicht erst an, objektiv zu sein – und liegt damit vielleicht häufig näher an der Wahrheit, als andere Magazine.

»Die Leute, um die es in unseren Beiträgen geht, sollen zu Wort kommen«, erklärt Kirsten das Konzept. Dabei habe sich AK Kraak längst vom Videoaktivismus mit dem Anspruch der Gegenöffentlichkeit gelöst. »Es können ruhig andere zu Demonstrationen fahren und ihre Berichte darüber in Windeseile ins Internet stellen«, sagt Kirsten. »Unser Anspruch ist das aber nicht.« Der sehe ganz anders aus. »Wir wollen, dass die Meinung der Medienmacher erkennbar ist.«

Die Berichte sollen weit über reine Information hinausgehen. »Wir wollen motivieren, hinterfragen und auch einfach nur Spaß rüberbringen«, erklärt Kirsten. Eine wilde Mischung also, mit der das Videokollektiv bei den Konsumenten ankommen möchte. AK Kraak ist kein Szene TV, es ist eine kritisch-ironische Ansammlung von Themen, die den Machern auf dem Herzen liegen.

Deutsche Spermien müssen's sein: »Kein Problem, ich nehme doch das neue Ethnoprop von Frontex.«

So wie die Geschichte von zwei Mädchen, die sich auf der Toilette einer Diskothek über ihre neuesten Männerbekanntschaften austauschen. Ganz geschockt ist die eine, als sie erfährt, dass die andere sich einen Ausländer geangelt hat. Sie müsse doch an ihr Land denken, deutsche Kinder würden gebraucht. »Kein Problem«, sagt die andere mit einem Lächeln auf dem Gesicht, wie es der Betrachter sonst nur aus billigen Werbespots kennt. Sie benutze ja das neue Ethnoprop von Frontex – ein Diaphragma, das nur Spermien von deutschen Männern durchlässt. Die finale Parole am Ende des zweiminütigen Clips: »Dein Uterus ist Deutschland.«

»Sicher ist das etwas übertrieben«, räumt Kirsten ein. »Es soll eine ironische und bittere Auseinandersetzung mit der Abschottung der europäischen Grenzen sein«, erklärt sie. Ihr Ziel, den Betrachter mittels ungewohnter Darstellungsformen zum Nachdenken zu bringen, haben die Macher von AK Kraak erreicht – über den Inhalt lässt sich sicher streiten.

Weniger plump, dafür umso überzeugender, ist ein kleiner inszenierter Film, der sich mit den Foltervorfällen von Abu Ghuraib beschäftigt. Gewalt wird nicht gezeigt – zu sehen bekommt der Zuschauer nur Gespräche im Aufenthaltsraum der Bewachersoldaten. Ab und an wird der Raum von handelnden Personen verlassen, andere kommen mit einem Fotoapparat in den Händen wieder herein und berichten von ihren Erfolgen. Der achtminütige Beitrag über die Alltäglichkeit des Folterns trägt den simplen Titel »Lyndie« – ein wahres Meisterstück.

Viele weitere Beiträge sind in der aktuellen Ausgabe von AK Kraak enthalten. Auch eine Reportage über den Bau des Strike Bikes in der besetzten Fahrradfabrik im thüringischen Nordhausen. Die Filmemacher waren dabei, als der letzte Drahtesel vom Band gelaufen ist. »Spannend und schwierig zugleich«, beschreibt Kirsten die Situation. Auf der einen Seite stehe die Freude über das Erreichte, auf der anderen Seite jedoch die Ungewissheit vor der Zukunft. Im Internet ist das Videomagazin zu finden unter http://ak-kraak.squat.net – die aktuelle Ausgabe können Interessierte dort bestellen.●

Aus: direkte aktion, Nr. 189

Die Alltäglichkeit des Folterns: Die Vorfälle von Abu Ghuraib werden dokumentiert, ohne Gewalt zu zeigen

Spannende Reportage: Die MacherInnen von AK Kraak waren dabei, als in Nordhausen das letzte Strike Bike vom Band lief

EDITION AV IST SEIT 20 JAHREN ALS LIBERTÄRER VERLAG IM GESCHÄFT

Bücher gegen den Markt

Als Verlag für Bücher aus der libertären Szene und als Basis eigener bibliophiler Buchausgaben gründeten zwei Männer vor 20 Jahren den Verlag »Edition AV«. Damals nannte die zweiköpfige anarchistische Künstlergruppe ihr Projekt noch »Edition Avantgarde 88«, wobei sich die 88 auf das Gründungsjahr bezog. Erst später wurde das Zahlenkürzel gestrichen, als es in der Neonaziszene als Ersatz für den deutschen Gruß aufkam. Gegründet wurde der Verlag in Frankfurt am Main, 2005 zog es die Macher nach Lich – schon zwei Jahre zuvor wurde das Team von einer Frau verstärkt.

BTN/da ● Ziel war es immer, Bücher gegen den Markt zu veröffentlichen. Der Verlag will Bücher machen, die wichtig sind, weil sie sich an eine politisch-orientierte Szene richten. Und natürlich auch, weil es einfach Spaß macht, Bücher zu machen. »Das war damals unser Ziel und ist es auch heute noch«, berichten die Verleger. »Obwohl es uns keiner zugetraut hat, hat der Verlag überlebt und mit 16 Büchern im Jahr und über 100 Novitäten ein relativ festes Standbein bekommen.«

Vor der Verlagsgründung stand ein Ideal: das Leben ohne Chef und Staat. Edition AV komme dem schon sehr nahe, sagen die Gründer. »Sowohl MitarbeiterInnen als auch AutorInnen arbeiten und publizieren gemeinsam und können mitbestimmen.«

Haben kleine Verlage überhaupt eine Chance – gerade in einer Zeit der Medienkonzentration, wo sich immer mehr Verlage zusammenschließen und den Markt mit billigen Produktionen überschwemmen? »Wir haben eine Nische entdeckt und uns behaupten können«, lautet die Antwort. »Gerade unsere unkonventionelle Art Entscheidungen zu treffen und nicht immer Bücher nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip zu publizieren, hat uns eine Beweglichkeit gegeben, mit der die Großen nicht konkurrieren können.« Das sei auch der Grund, weshalb in der Edition AV neben klassischen linken Themen auch Romane und Lyrik ein Zuhause gefunden haben.

Trotz all der Hilfe von unabhängigen Buchläden, autonomen Projekten und den Organisatoren diverser Büchertische ist die wirtschaftliche Situation für unabhängige Verlage und Buchhändler nicht gerade leicht. Die Leute von Edition AV gestehen ein: »Die Marktkonzentration der Konzerne gräbt uns immer weiter das Wasser ab.« Trotz enormer Anstrengung ist es schwer, als Verlag zu überleben. »Außer unserem persönlichen Engagement haben wir der Eintönigkeit im Literaturbetrieb nicht viel entgegen zu setzen.«●

Aus: direkte Aktion Nr. 189

FORTSETZUNG VON SEITE 3

stischen Richtungen mal beiseite gelegt werden sollen, so bleibt für diesen Band zu konstatieren, dass alle Gruppen sich auf ein herrschaftsloses, antiautoritäres Gesellschafts- und Weltbild einigen können – wenngleich natürlich die Ansprüche mitunter höher sind, als die Fähigkeit dieselben auch einlösen zu können oder zu wollen.

Bleibt die Frage, was nun wirklich »Neu« an dieser Widerstandsbewegung sein soll? Die jungen Leute haben heute kaum die Chance irgendetwas Neues entwickeln zu können, ohne, das irgendjemand hinter ihnen steht, der gleich interveniert: Das gab es doch schon... Gabriel Kuhn selbst zweifelt daran mehrmals in seinem Buch, zumal die Bezeichnung »Neuer Anarchismus« den AkteurInnen der Widerstandsbewegung gegen die kapitalistische Globalisierung (5) vor allem beim WTO-Treffen in Seattle 1999, von den Medien aufgedrückt worden ist. Die Widerstandsbewegung in den USA hat dann den Begriff z.T. für ihre eigene Propaganda übernommen und das allgemein aufkeimende Interesse dann selbst genutzt. In meinen Notizen zu dem Buch habe ich irgendwann geschrieben: »Dieser »Neue Anarchismus« in den USA ist so neu wie ein Tag um viertel nach drei Uhr morgens nur neu sein kann.« Das klingt abgegessen, und wird vermutlich der Sache nicht gerecht. Jungen, offenen Menschen wird dieses Buch vermutlich ein Schatzkästlein von Ideen sein. Und natürlich hat jede Generation ein Recht darauf, ihre Träume und Wünsche selbst zu formulieren. Ohne Einschränkungen.

Etwas wirklich neues – auch für mich alter Sack – im Anarchismus wäre allerdings, wenn endlich die Eitelkeiten diverser Gruppen durchbrochen werden, Rechthabereien einen solidarischen Umgang untereinander ablösen würden und ein größeres Miteinander statt Gegeneinander die Bewegung prägen würde. Das wäre mal was neues, aber das ist wohl nur etwas, was zwischen zwei Buchdeckeln funktioniert. Schade.●

Gabriel Kuhn (Hg.): »Neuer Anarchismus« in den USA – Seattle und die Folgen. Unrast Verlag Münster 2008 / 301 S. / 16,80 EUR

Anmerkungen:

1) Curious George Brigade, Crimethinc, Co-Conspirators; DIY – Von Anarchie und Dinosauriern. Münster 2006. Von mir besprochen in CONTRASTE 265, Oktober 2006, im Kuhn-Buch angemerkt auf S. 56 als Beispiel, dass dieses Buch »...bei einigen deutschen AnarchistInnen [?] negativen Reaktionen provozierte...«.

2) Siehe auch: Ward Churchill (Hg.); Das indigene Amerika und die marxistische Tradition. Eine kontroverse Debatte über Kultur, Industrialismus und Eurozentrismus. Bremen 1993.

Selbst mit diesem Titel will ich natürlich Ward Churchill nicht in die marxistische Ecke schieben, aber irgendwie ist die Fragestellung recht eigenartig, und wohl der Quantität Churchill'scher Publikationswut geschuldet. Aber, bei aller Kritik, sein Beitrag hier über den 11. September 2001 sprach mir streckenweise doch sehr aus dem Herzen.

3) Vgl. hierzu Rolf Raasch / Markus Henning; der Neoanarchismus in Deutschland. Entstehung – Verlauf – Konfliktlinien. Berlin 2005.

4) Das deutsche Gegenstück etwa zum amerikanischen LNS (Liberation News Service) war der »Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten« (ID) aus Frankfurt am Main, die »Mutter« der sog. »Alternativmedien«.

5) der Begriff »Anti-Globalisierung« selbst ist eigentlich quatsch, wollen wir doch als AnarchistInnen alle Grenzen einreißen – also eine Globalisierung der Welt. Wogegen wir sind, ist ein menschenverachtender Kapitalismus, der nicht nur über die Grenzen hinweg agiert, sondern zunehmend ganze Regierungen stellt, und dementsprechend die Menschen nach belieben manipuliert und ins Elend stürzt.

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Strategien gegen eine rechte Jugendkultur

Thematischer Netzwerk-Taschenkalender 2009

In einigen Gebieten Berlins dominieren rechte Jugendliche die (jugendliche) Alltagskultur. Mit ihrem Lifestyle, ihrem Dresscode und ihrer Musik wirken sie nicht nur auf MigrantInnen und nicht-rechte Jugendliche bedrohlich, sie führen auch andere Jugendliche an eine Szene heran, die genau diese jungen Leute für sich zu gewinnen versucht. Zum Beispiel mit Schulhof-CDs und Kameradschaftsstrukturen, welche die neonazistische Ideologie in »urbanen lifestyle« zu verpacken versuchen.

Ein Mittel gegen die Etablierung von neonazistischem Gedankengut unter Jugendlichen ist die Stärkung einer nicht-rechten Jugendkultur. Darum sollen mit dem Kalender all diejenigen LeserInnen inspiriert und unterstützt werden, die der geschilderten Entwicklung etwas entgegensetzen wollen. Dabei können und wollen die Kalender-RedakteurInnen keine »Anleitungen« geben, wie gegen neonazistische Bestrebungen aktiv zu werden ist. Wichtig ist vielmehr, dass die LeserInnen selbst recherchieren, nachdenken und verschiedene Möglichkeiten durchspielen und diese bei Interesse ausprobieren.

Der inhaltliche Teil des Kalenders beginnt mit einem Appell zu einer explizit antifaschistischen Kulturarbeit. Es folgt ein Teil zum Feld der Gedenkpolitik und ein längerer Artikel beschäftigt sich mit dem Themengebiet Recherche / Dokumentation. Ein Beitrag beschreibt, wozu das überhaupt nötig ist. Die Berliner Ausstellung »Motiv Rechts« stellt sich im Anschluss zusammen mit dem Projekt »Nazis in den Parlamenten« und den bundesweiten Projekten Antifaschistisches Info Blatt und Investigate Thor Steinar vor. Es folgen kürzere Beiträge zu Opferberatung und Opfersolidarität und zur Vernetzung und antifaschistischer Stadtteilarbeit. Nach einem Serviceteil zu konkretem Handeln (Aktionen, Protestieren, Blockieren), folgt der letzte Teil zum Themenschwerpunkt Beratung und Bildung. Der Kalender soll an Schulen, in Jugendclubs, Nachbarschaftshäusern und in sozialen Einrichtungen verteilt werden. Er kann so auf breiter Basis Anregungen geben und Erfahrungen mitteilen, die Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, im Laufe der Zeit gemacht haben.

Wer einen Kalender zugeschickt haben möchte, melde sich bitte im Netzwerk-Büro.●

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

Spenden an: Förderverein Netzwerk Selbsthilfe e.V., Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 100 205 00, Kontonummer: 302 33 00

BERLIN: ZUR AKTUELLEN SITUATION DES »NEWYORCK IM BETHANIEN«

Keine Aufwertung durch NewYorck

Im Juli feierte die Initiative »Mediaspree Versenken!« einen fulminanten Sieg gegen das städtebauliche Großprojekt »Mediaspree« im Berliner Stadtteil Friedrichshain-Kreuzberg.
Im Bürgerentscheid, der von der Initiative eingebracht wurde, verdichtete sich die ganze Wut und die ganze Unzufriedenheit mit der kommerziellen »Aufwertung« im Stadtteil: 87 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen die Pläne, beide Spreeufer des Bezirks mit hässlichen Bürobauten zuzustellen. Doch mit dem nun eingerichteten Sonderausschuss, an dem auch die »AG Spreeufer« von »Mediaspree Versenken!« teilnimmt, droht sich die Geschichte mit einem anderen, langjährigen Streitthema im Bezirk erneut und als Farce zu wiederholen: der Streit ums Bethanien und um seine nun bereits mehr als drei Jahre andauernde Besetzung.

New Yorck im Betahnien ● Denn auch das Bethanien war Gegenstand eines erfolgreichen Bürgerbegehrens. Und auch dieses Bürgerbegehren wurde in einen bürokratischen Ausschuss kanalisiert. Der kurz nach dem Begehren im Herbst 2006 gewählte Bürgermeister von Friedrichhain-Kreuzberg Franz Schulz (Grüne) berief VertreterInnen der in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sitzenden Fraktionen, des Bezirksamts sowie aller NutzerInnen des Bethanien zum sogenannten »Runden Tisch« ein, um innerhalb spätestens eines Jahres endlich eine Lösung für das Haus zu finden.

Am Runden Tisch und vor allem in den Medien schien die Ablehnung, die die Leiter des im Vorderhaus sitzenden Künstlerhauses und der Druckwerkstätten gegen die BesetzerInnen des Südflügels hegen, – zu dominieren. Doch ungeachtet aller strittiger technokratischer Details, angefangen von Brandschutzbestimmungen über Verwaltungsmodelle bis hin zu Fragen der »kalkulatorischen Kosten« und wie sie zu vermeiden wären (1) – entscheidend war und ist ein anderer Faktor: Das Bethanien ist ein Opfer der neoliberalen Privatisierungspolitik des Berliner Senats. Und die VertreterInnen des Bezirks ziehen sich nur allzu gerne auf die bequeme Position zurück, innerhalb der ökonomischen und finanzpolitischen »Sachzwänge« keinen Spielraum zu haben.

Spätestens seit dem 2001 aufgeflogenen Bankenskandal heißt es in Berlin: »Sparen bis es quietscht« (Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, SPD). Der seitdem regierende rot-rote Senat vertritt eine rigide Sparpolitik, auch und vor allem im Bereich der Sozial- und Kulturpolitik. Und über unmittelbare Haushaltskürzungen hinaus hat sie durch die Einführung einer betriebswirtschaftlichen Kosten-Leistungsrechnung in der öffentlichen Verwaltung und über die Schaffung eines Liegenschaftsfonds, der öffentliche Gebäude profitabel veräußern soll, einen immensen Privatisierungsdruck aufgebaut. Das Bethanien drohte ein Opfer dieser Privatisierungspolitik zu werden – Hochglanzbroschüren für ein »Internationales Kultur- und Gründerzentrum« waren bereits gedruckt. Die Besetzung des Südflügels durch einen Teil der wenige Tage zuvor geräumten BewohnerInnen und UnterstützerInnen der Yorckstraße 59 im Juni 2005 und das darauf folgende Bürgerbegehren der »Initiative Zukunft Bethanien« machte dem einen Strich durch die Rechnung.

Seitdem ist im Südflügel, in dem sich bis Ende 2004 noch das örtliche Sozialamt befand, ein lebendiges und für die städtischen sozialen Bewegungen bedeutsames Soziales Zentrum entstanden. Hier konnte zumindest zum Teil eingelöst werden, was seit 2001 von vielen und ganz unterschiedlichen Gruppen und Personen gefordert wurde: Ein Raum, der Anlaufpunkt und Ort des Austauschs und der gemeinsamen sozialen, kulturellen und politischen Arbeit für die städtische Linke ist. Einrichtungen wie die Offenen Kieztreffen, das sonntagliche Kiezcafé, das erst im Sommer aus dem Vorderhaus vertriebene »Selbstorganisierte offene AnwohnerInnenforum« (sOfa) richteten sich vor allem an die von Mieterhöhungen und Stadtumstrukturierung betroffenen AnwohnerInnen. Initiativen wie »Mediaspree versenken!«, die »Antirassistische Initiative« (Dokumentation), die Berliner G8-Mobilisierung zu Heiligendamm und viele andere hatten und haben im Bethanien ihr unerlässliches Standbein.

Auf die Besetzung folgten Vertragsverhandlungen, die zwei Mal ergebnislos vom Bezirksamt abgebrochen wurden. Nach dem erfolgreichen Bürgerbegehren und dem erwähnten Runden Tisch läuft nun seit Mai 2008 die dritte Runde, die nach dem Wunsch aller Beteiligten – der »NewYorck«, dem Bezirk und der als treuhänderischen Verwalter bereitstehenden »Gesellschaft für Stadtentwicklung« (GSE) – bald zur Legalisierung des noch immer besetzten Südflügels führen soll. Doch auch hier schlagen die vermeintlichen ökonomischen Sachzwänge zu: in bezirklicher Hand kann das Bethanien nicht bleiben, denn dann fielen die »kalkulatorische Kosten« genannte haushaltspolitische Strafmaßnahme in Höhe von ca. 800.000 Euro an. Also muss das Gebäude an die GSE überführt werden, wobei eine Übertragungsgebühr von 250.000 Euro fällig wird, die letztlich die MieterInnen tragen sollen. Auch für die während der letzten 30 Jahre versäumten Instandsetzungsarbeiten hat der Bezirk kein Geld, also fallen laut GSE in den nächsten 5 bis 10 Jahren ca. 2.000.000 Euro an, ebenfalls auf Kosten der MieterInnen. Aus diesen und ähnlichen Gründen berechnet die GSE eine Miete von 10.000 Euro im Monat für die von der »NewYorck« genutzten Flächen – unter Abzug der nicht nutzbaren Flure entspricht das einem Quadratmeterpreis von mehr als 9 Euro!

Die »NewYorck« hat errechnet, dass ihre Fläche schon mit einer monatlichen Miete 6.280 Euro kostendeckend bewirtschaftet werden kann. Und nur bei dieser Miete sieht sie sich in der Lage, die seit mehr als 3 Jahren geleistete nicht-kommerzielle soziale, kulturelle und politische Arbeit weiterzuführen. Diese Miete wird nun seit September 2008 auf ein treuhänderisches Konto überwiesen, auch um der Bereitschaft Nachdruck zu verleihen, eine kostendeckende Miete zu zahlen.

Doch weder der Bezirk noch die GSE sind bereit, sich auf die »NewYorck« zu zubewegen. Allenfalls werden minimale Zugeständnisse in der Miethöhe von einigen hundert Euro im Monat gemacht. Weder wird darauf verzichtet, das Gebäude in 5 bis 10 Jahren komplett zu sanieren – und damit de facto aufzuwerten –, noch sieht sich der Bezirk in der Lage, Verantwortung für seine jahrelange Misswirtschaft zu übernehmen. Die vermeintlichen ökonomischen Sachzwänge sehen das Bezirksamt und sein grüner Bürgermeister Schulz auf seiner Seite – immerhin wird vom rot-roten Senat seit Jahren der Haushalt gekürzt, und auch die Überführung des Bethanien in die Verwaltung der GSE wandert zum Schluss über den Schreibtisch von Finanzsenator Sarrazin (SPD). Schon verliert rot-rot auch auf Bezirksebene die Geduld und droht mit einem BVV-Beschluss vom 22. Oktober 2008 latent mit Räumung, sollte nicht bis Ende des Jahres ein Vertrag unterschrieben sein.

Die Verhandlungen werden nun intensiv geführt. Ob sie zu einer Lösung führen, ist ungewiss. Klar ist jedoch, dass das soziale, politische, künstlerische, kulturelle Zentrum »NewYorck« im Bethanien nicht aufgegeben wird.

In der linksradikalen Häuserszene in Berlin steht die »New Yorck« derzeit neben einer ganzen Reihe von bedrohten Hausprojekten, wie der Brunnen183 in Mitte, Rigaer 94, Liebig 14 und 34, Scharnweber 29, Bödiker 9, Brunnen 183, Linien 206, Reichenberger 114, Ackerstr. 169, »Schokoladen« und der Queere Wagenplatz »Schwarzer Kanal«, die sich jedoch zur »Wir-bleiben-Alle-Kampagne« (www.wba.blogsport.de) zusammengeschlossen haben.

Nicht nur für die städtischen sozialen Bewegungen, für die vielen Gruppen, die die Räume des Südflügels regelmäßig nutzen, sondern auch für viele AnwohnerInnen ist das Bethanien ein wichtiger öffentlicher Ort und ein Anlaufpunkt, wenn es darum geht, sich gegen Mieterhöhungen, stadträumliche »Aufwertung« und technokratische Stadtpolitik zur Wehr zu setzen. Räumung ist keine Lösung, die »NewYorck« im Bethanien muss bleiben!●

Info: www.newyorck.net

1) Die Kalkulatorischen Kosten bezeichnen fiktive Kosten, die vom Bezirk erhoben werden, um die Gewinne, die mit der kommerziellen Nutzung öffentlicher Gebäude erwartet werden, bereits in den heutigen Haushalt einfließen zu lassen. Sie stellen somit eine Strafmaßnahme für nicht-profitables Wirtschaften der öffentlichen Verwaltung dar.

Fotos: ARI-Dok, Berlin

Nach dreieinhalb Jahren Soliarbeit im
NEW YORCK IM BETHANIEN
Der antirassistische, antisexistische, autonome, anarchistische Schockraum
BRAUCHT EXISTENZSICHERUNG
und hofft auf Eure Groschen. Wir suchen Daueraufträge. Wir für Euch – Ihr für uns!

www.newyorck.net

SPENDENAUFRUF

Wir suchen Fördermitglieder für unseren Verein »Bethanien für Alle«, die den »Raum emanzipatorischer Projekte« (NewYorck im Bethanien) mit Spenden unterstützen können. Denn um weiterhin arbeiten zu können, brauchen wir Eure Hilfe.

Es geht um die Existenz des Bethanien-Südflügels als Freiraum für politisch und sozial engagierte Gruppen und Personen, als Ort der Begegnung, Solidarität und Aktion. Es geht um die Weiterführung der Widerstandskultur, den Kampf gegen die herrschenden Strukturen – kurzum, es geht um eben jenen »Raum emanzipatorischer Projekte«, der hier im Sommer 2005 geschaffen wurde.

Mit einem festen Sockelbetrag sehen wir eine gute Perspektive, diesen Raum offen zu halten und die hier stattfindende Arbeit fortzuführen. Je mehr Leute mitmachen, desto besser wird die Aussicht auf die zukünftige Arbeit, die in diesem Raum getan werden kann.

Wie die politische und soziale Arbeit im Bethanien-Südflügel weitergeht – hängt eben auch von Euch, den UnterstützerInnen, ab!

Deshalb die dringende Bitte an diejenigen unter Euch, die uns mit dem einen oder anderen Euro unterstützen können. Überlegt es Euch – Ihr werdet es nicht bereuen ! Helft uns dabei, diesen Raum zu erhalten!

An diejenigen unter Euch, die uns noch nicht kennen, ergeht die herzliche Einladung, doch zu uns zu kommen oder – besser noch – mitzumachen!

Oder schaut einfach mal ins Internet, schreibt uns oder ruft uns an.

Bethanien für Alle e.V., Bethanien-Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin-Kreuzberg
FON oder FAX (0 30) 617 40 101
bethanien-fuer-alle@riseup.net
www.newyorck.net

✂

Ich unterstütze »Bethanien für Alle e.V.« finanziell:
Bethanien für Alle e.V., GLS Bank, Bankleitzahl: 430 609 67,
Kontonummer: 110 377 06 00, Stichwort: »Bethanien«

Falls Ihr eine Spendenbescheinigung braucht, bitte deutlich ausfüllen:

Ich überweise monatlich _____ Euro

Ich überweise jährlich _____ Euro

Ich überweise einmalig _____ Euro

Name: _____

Adresse: _____

eMail-Adresse: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Bitte diese Info zu uns mailen:
bethanien-fuer-alle@riseup.net oder faxen: 030 617 40 101

ARTIKELSERIE IN SACHEN HAUSRETTUNG: ERSTE FOLGE

Von der Neigung, zu bleiben und der Freiheit, zu gehen

Ein Dach über dem Kopf

Foto: Otto Seibt 1910–15, ABZ Berlin

Die Wohnerfahrungen und -wünsche von CONTRASTE-LeserInnen sind vermutlich etwas anders als die der NormalbürgerIn: flexibler, gemeinschaftlicher, aber auch beharrlich. Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. CONTRASTE will mit einer Artikelserie von Konrad Kantstein Überlegungen und Tipps eines »alten Hasen« in Sachen Hausrettung vermitteln. Die erste Folge bietet grundlegende Gedanken zum Thema.

von Konrad Kantstein ● Kein Mensch hat sich den Ort aussuchen dürfen, an dem er geboren wurde. Vielleicht ist das der tiefere Sinn der biblischen Legende, dass Jesus in einem Stall geboren wurde. Keiner kann etwas dafür, wann und als wer er auf die Welt kam, ob als Junge oder Mädchen, in einem reichen oder armen Hause, in einem Wüstenzelt oder einer Waldhütte, in der Stadt oder auf dem Lande.

Wenn die Kindheit einigermaßen freundlich verlaufen durfte, ohne Krieg und Verfolgung, Hunger und Not, Prügel und Unterdrückung, dann wird einem der Ort, an dem man aufwuchs, später nicht selten zum Wunschort, an den man aus Zuneigung bleibt oder zu dem man aus Heimweh zurückkehren möchte: zur Heimat. Wobei meistens nicht auseinander gehalten werden kann, ob es wirklich der Ort ist, den man sich zurücksehnt oder die unbeschwerten Tage der Kindheit und Jugend.

Gründe dafür, der Heimat den Rücken zu zukehren, gibt es viele. Wo es existenziell bedrohlich wird, muss man fliehen. Krieg, Völkermord, Unterdrükkung, Verfolgung, Diskriminierung, Vertreibung können Völkerwanderungen auslösen. Aber auch, wer nicht gleich an Leib und Leben bedroht ist, kann seine Gründe haben, die Heimat für kürzere oder längere Zeit zu verlassen.

Manch einem wird es zu Hause einfach zu eng. Er will hinaus in die Ferne, den Horizont erweitern, fremde Länder und andere Menschen kennen lernen. Ein Anderer findet im Heimatort keine Stelle, auf der er eine Existenz für sich und die seinen gründen könnte. Ein Dritter ist durch Beruf oder Studium gezwungen, alle zwei oder drei Jahre woanders zu leben. Da wird das Elternhaus plötzlich zum Klotz am Bein, besonders, wenn die Eltern sterben und sonst kein Erbe oder Nutzer in Sicht ist. Oder wenn auch die Nachbarn weggehen und an einem Ort unversehens mehrere Häuser leer stehen.

In der DDR herrschte bis zum Ende der achtziger Jahre ein Mangel an bewohnbaren Wohnungen. Die Regierung, die den Missmut der Bevölkerung fürchtete, versuchte dem Mangel durch die Errichtung von großen, industriell gefertigten Wohnkomplexen (»Plattenbauten«) am Rande der Großstädte entgegenzuwirken. Wo die Industrie massenhaft Arbeiter brauchte, wurden ganze Wohnstädte aus dem Boden gestampft, wie in Halle-Neustadt, Hoyerswerda oder Schwedt. Auch auf dem Lande, wo viele alte Bauernhäuser verfielen und verschwanden, wurden Wohnblöcke für die »Bestarbeiter« der »landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften« gebaut. Es galt als Belohnung, dort wohnen zu dürfen: mit Zentralheizung, Warmwasser und Kachelbad. Die Leute arrangierten sich und entwickelten in den unwirtlichen Wohnblöcken so etwas wie Heimatgefühl. Das ging so lange gut, bis die DDR der Bundesrepublik beitrat und von heute auf morgen einen knallharten Kapitalismus übergestülpt bekam. Nun konnten die DDR-Bürger endlich reisen, was viele auch sofort taten, manche gleich bis ans Ende der Welt, nach Thailand oder Neuseeland, andere mindestens bis nach London oder Paris.

Das böse Erwachen folgte auf dem Fuße. Die DDR wurde von der westdeutschen Wirtschaft zielstrebig entindustrialisiert und deökonomisiert, mit den bekannten Folgen: Arbeitsplatzverluste, Arbeitslosigkeit, Kapitalmangel, Steuerknappheit. Die Menschen, besonders die jungen, die sich einst danach sehnten, reisen zu dürfen, sind nun gezwungen, wegzuwandern, weil sie daheim keine Arbeit finden. Vor allem junge Frauen zwischen 18 und 28 verlassen in Scharen das Land. Sie leben jetzt als Verkäuferinnen oder in anderen Berufen in Hamburg oder Hannover – dort finden sie neue Freunde und Lebenspartner. Zurück bleiben die weniger gut ausgebildeten Männer der gleichen Altersgruppe, die sich dann zu Gruppen zusammenschließen, nicht selten zu rechtsradikalen.

Hier wird einer ganzen Generation ziemlich übel mitgespielt. Erst durften sie nicht raus, jetzt können sie oft nicht bleiben, weil ihre Heimat in einer brutalen Gewaltkur zum Armenhaus der Republik gemacht wurde. Wer eine Arbeit und ein Auskommen finden will, muss gehen. Was macht man, wenn man eigentlich lieber bleiben würde? Was ist, wenn man sich an ein Haus, einen Garten, einen Ort gebunden hat? Soll man im Zweifelsfall das Elternhaus leer stehen lassen? In einer Region, aus der alle wegziehen, verlieren auch die schönsten Immobilien rasant an Wert. Und wenn in der ehemaligen DDR ein Haus mehrere Monate oder gar Jahre leer steht, ist es alsbald vandalisiert und ausgeschlachtet.

Ähnliche Fragen – wenn auch vielleicht nicht in der gleichen Härte – stellen sich auch in den wohlhabenderen Regionen des Westens einem jeden, der vor der Entscheidung eines Ortswechsels steht. Da ist es wohl ratsamer, sich nicht an ein Wohneigentum zu binden, jedenfalls nicht, so lange man jung und beweglich ist. Auch Wohngemeinschaften können sich auflösen. Und wie verhält es sich mit gemeinschaftlich erworbenen und mit den eigenen Händen renovierten Wohnhäusern, wenn dort der eine oder andere aussteigen will und seinen »Einstand« zurückverlangt? Was macht die Eigentümergruppe, wenn einer plötzlich für den Rest seines Lebens lieber in Indien leben möchte und von der Gruppe seinen Umzug dorthin bezahlt haben will? Was macht sie, wenn er nach zwei Jahren abgebrannt auf der Schwelle steht und reuig um Wiederaufnahme bittet? Das haben wir alles schon erlebt.

Die Entscheidung zum Sesshaft-Werden, also die Entscheidung, nicht mehr aus dem Koffer oder zur Miete leben zu wollen, sondern in den eigenen vier Wänden wohnen zu wollen, ist in jedem Fall eine ebenso folgenreiche Entscheidung, wie die zum Umzug, zum Wegzug oder gar zum Auswandern. Die Bindung an eine Immobilie will ebenso gut überlegt sein – egal ob es sich dann um individuelles oder gemeinschaftliches Wohneigentum handelt. Es ist für diese Überlegung auch fast egal wie groß und wie teuer die Immobilie ist. Was man an Sicherheit gewinnt, verliert man an (Bewegungs-) Freiheit. Man wird selber immobil.

Zwar gibt es – je nach der Größe des Geldbeutels oder der Entbehrungsbereitschaft – immer noch die Möglichkeit, zu reisen. Aber die Erfahrung zeigt, dass diese Möglichkeit immer seltener wahrgenommen wird, wenn zuhause eine unvollendete Baustelle auf einen wartet.

Die Entscheidung für eine eigene Wohnung (bzw. ein eigenes oder gemeinsames Haus) zieht es nach sich, dass man sich auch im Kiez, im Stadtteil oder in der Region engagieren muss. In manchen Wohnquartieren, vor allem in so genannten Problemvierteln kann das Klima leicht umkippen. Wie reagieren wir, wenn das Viertel, in dem wir ein Haus erworben haben, von immer mehr Menschen verlassen wird? Da reicht es nicht, sich mit ganzer Kraft auf die Renovierung des eigenen Hauses zu werfen. Man muss sich schon dafür einsetzen, dass die Umgebung nicht verwahrlost.

In Mittelengland gibt es Stadtquartiere, da werden zwei-drei-stöckige Häuser, die leer stehen, von den Nachbarn zerlegt und verheizt. Man kann es besichtigen, wenn man mit der Eisenbahn durch diese ehemaligen Arbeiterviertel fährt, in denen jetzt soziale Absteiger und Immigranten leben.

Wer sich an einem Ort niederlässt, der übernimmt damit Verantwortung nicht nur für die eigene Immobilie, sondern für das ganze Dorf, das Viertel, die Stadt, die Region. Man wird sich einmischen müssen, nicht gleich sofort und auch nicht mit großem Getöse, sondern langsam, behutsam und nachdrücklich. Was hat man von einer privaten Idylle in einer abstoßenden oder feindseligen Umgebung? Die Lebensqualität, die man für sich und die Seinen realisieren möchte, lässt sich nicht allein in den eigenen vier Wänden finden, sondern zu großen Teilen im Kiez, in der näheren und weiteren Umgebung. Für deren Erhaltung und Gestaltung ist jeder, der zuzieht, mitverantwortlich.

Es sind übrigens in der Regel die Zugezogenen (und nicht die Alteingesessenen, besonders auf dem Lande), die sich in Bürgerinitiativen und Vereinen engagieren. Oft treffen sich da die Kontaktfreudigeren und Interessierteren unter den Mitbürgern, so dass man für das Engagement alsbald mit sympathischen Bekanntschaften belohnt wird.

Was hier zu diskutieren wäre, spielt sich zwischen zwei Polen ab. Der eine ist als traditionelle, eher bäuerliche Lebensweise zu beschreiben: man wird auf einem Hof geboren, der schon seit Generationen im Familienbesitz ist, wächst dort auf und wird dort wohl auch bis ans Lebensende bleiben. Den anderen Pol beschreibt die Lebensweise des modernen Großstadtnomaden, der die Wohnungen wie die Arbeitsplätze wechselt und allenfalls im Alter sesshaft wird. Zwischen diesen beiden Polen gibt es unzählige Zwischenstufen und Varianten.

Solange die Wirtschaft florierte und der »rheinische Kapitalismus« sich im Selbstbewusstsein seiner Erfolge sonnte, wuchsen die Städte und die Bauindustrie boomte. Erst seitdem die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert, haben wir ein demographisches Problem, in dessen Folge auch die Stadtplaner langsam nachdenklich werden. Nun rücken jene Bevölkerungsgruppen in ihr Blickfeld, um die sie sich vorher kaum gekümmert hatten: Kinder und Alte. War die Stadtplanung seit der Gründung der Bundesrepublik jahrzehntelang auf die Interessen des berufstätigen, Auto fahrenden, männlichen Bevölkerungsanteils ausgerichtet worden, so kommen jetzt allmählich die anderen Bevölkerungsgruppen in den Blick, mit ihnen die Fußgänger und Radfahrer. In der feministischen Städtebaukritik wird die alte Debatte um die »Stadt der kurzen Wege« wiederbelebt. Im Zuge einer weltweiten Entwicklung, die unter dem Stichwort »Gentrifikation« diskutiert wird, werden auch die Innenstädte wieder für das Wohnen attraktiv gemacht, zunächst vor allem für einkommensstarke Schichten.

Trautes Heim?

Foto: Otto Seibt etwa 1912, ABZ Berlin

Nicht jeder ist sanguinisch und zäh genug, um eine nomadische Existenzform anzustreben und sie jahrelang zu genießen. Nicht jeder hält es Jahrzehnte lang an einem Ort aus, mag der auch noch so behaglich sein. Keiner möchte von dem Ort, an dem er heimisch geworden ist, vertrieben werden. Es mag sich aber auch niemand einsperren und festhalten lassen. Fluchtzwänge sind ebenso menschenfeindlich wie Reiseverbote. Es sollte zum allgemeinen Menschenrecht gehören, dass jeder bleiben darf, der möchte und jeder gehen darf, der will.

Kultur kann allerdings nur entstehen, wenn eine Gruppe schöpferischer Menschen sich an einen Ort bindet, seine Gegebenheiten nutzt und entwickelt.●

Konrad Kantstein ist Kulturhistoriker, Hausretter und Denkmalschützer mit Erfahrungen in Ost- und Westdeutschland.

ROHSTOFFVERKNAPPUNG UND KRISE

Peak Oil & Co

Das Füllhorn versiegt

Als 1956 gerade die goldenen Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen hatten, traf sich im noblen Plaza Hotel in San Antonio, Texas, die Erdöl-Lobby der USA. Mit von der Partie war ein gewisser Marion King Hubbert, der zu dieser Zeit als geologischer Chefberater für Shell arbeitete. Was Hubbert auf dem Meeting vorstellte, erfreute seinen Arbeitgeber jedoch nicht. Er machte auf etwas aufmerksam, was eigentlich banal ist: Die fossilen Treibstoffe sind ein fester Bestand der Erdkruste, der irgendwann zur Neige geht. Wann aber genau dieser Vorrat sich zu erschöpfen beginnt, diese Frage hatte sich bis dahin noch nie jemand gestellt.

Von Christian Lauk, Wien ● Basierend auf Daten über die vergangene Erdölförderung und noch vorhandene Reserven wagte Hubbert es, einen Blick in die Zukunft zu tun. Seine Prognose: Je nach der Annahme hinsichtlich der Reserven (eine nicht ganz sichere Schätzung) würde die Ölfördermenge in den USA im Zeitraum zwischen 1965 und 1970 ihren Peak erreichen. Aus Beobachtungen wusste Hubbert, dass die Entwicklung der Fördermenge im Laufe der Zeit einer Glockenkurve ähnelt, für ein einzelnes Ölfeld ebenso wie für eine geographische Region – die Entwicklung der Ölförderrate nennen die Geologen deshalb Hubbert Curve. Die Idee von Hubbert war, aus der Entwicklung der Produktion in bekannten und noch vermuteten Ölfeldern die Ölförderrate eines Landes zu prognostizieren. Die Prognose des Erdöl-Experten lag nur haarscharf daneben: Im Jahr 1971 erreichten die USA den Punkt maximaler Erdölförderung.

Seitdem nahm die Erdölproduktion des Landes ab – und zwar um mehr als 40 Prozent. Umso stärker traf daher Mitte der 1970er Jahre das Öl-Embargo der OPEC die USA. Das Schicksal der USA haben inzwischen viele Länder erlitten, sofern sie überhaupt nennenswerte Ölreserven besaßen. Deutschland erreichte sein – sehr bescheidenes – Ölfördermaximum bereits 1967, die beiden großen europäischen Ölproduzenten Großbritannien und Norwegen 1999 und 2001. Die Ölfördermenge Mexikos, ein Land, das weltweit immer noch der sechstgrößte Produzent ist, sank seit ihrem Maximum 2004 um 10 Prozent.

Nach Prognosen der ASPO, einem Zusammenschluss von Wissenschaftlern zur Erforschung von Peak Oil, kann nur der Nahe Osten seine Ölfördermenge noch etwa 10 Jahre lang konstant halten. Global wird das allerdings einen Rückgang der Fördermenge nicht aufhalten. Ab 2011, damit rechnet die ASPO, wird das weltweite Angebot an Erdöl stetig sinken. Um 1,5 Prozent jährlich, möglicherweise noch stärker.

Es ist mehr als zweifelhaft, dass andere Energiequellen diesen Rückgang werden ersetzen können. In der kapitalistischen Ökonomie, die stets weiter wachsen will – besser gesagt: muss – reicht es nicht einmal, den jährlichen Rückgang von mindestens anderthalb Prozent auszugleichen. Denn gleichzeitig muss der steigende Energiehunger der Ökonomie befriedigt werden. Die einzige Alternative, die Rohöl mehr oder weniger direkt ersetzen kann, ist Agrotreibstoff. Doch ein Blick in die USA, die inzwischen Brasilien als größten Agroethanol-Produzenten abgelöst haben, zeigt, was ein Ersatz der Rohölproduktion durch Agrotreibstoffe bedeuten würde. Die USA produzierten im Jahr 2007 bereits 25 Mrd. Liter Agrotreibstoff. Dafür wurde mit sehr intensiven Produktionsmethoden auf 7 Mio. Hektar Mais angebaut, das entspricht zum Beispiel fast der Fläche Österreichs und macht bereits 20 Prozent der gesamten Maisanbaufläche der USA aus.

Jedoch können damit gerade einmal 3 Prozent des derzeitigen Ölverbrauchs der USA ersetzt werden. Es ist deshalb mehr als unwahrscheinlich, dass die Nutzung von Biomasse den Rückgang der Erdölförderung ausgleichen kann. Natürlich schließt das nicht aus, dass dennoch der Druck des Marktes zunimmt, Agrotreibstoffe zu produzieren. Dann allerdings mit verheerenden sozialen und ökologischen Folgen. Denn während der Maisanbau ökologische Probleme, die eine intensive Landwirtschaft verursacht verschärft, können wichtige Exportländer aufgrund der großen Nachfrage nach Agrotreibstoff immer weniger Mais als Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt verkaufen. Das zeugt die bekannten Folgen: steigende Preise und vermehrten Hunger.

Wie aber stehen die Hoffnungsträger Photovoltaik und Windkraft da? Können sie einen Ausweg bieten? Es ist sehr unwahrscheinlich, dass erneuerbare Energien den Rückgang der fossilen Energiequellen ausgleichen können, und zwar aus verschiedenen Gründen. Im Vergleich zur fossilen Energie sind die Erneuerbaren noch immer praktisch bedeutungslos: Weltweit lieferten Wind, Sonne und Geothermie nur 1,5 Prozent der globalen Elektrizität im letzten Jahr. Das entspricht etwa 0,6 Prozent des Energiegehalts des Erdöls, das im Jahr 2007 produziert worden ist. Immerhin ist Elektrizität effizienter nutzbar: Ein Auto braucht zum Beispiel nur ein Viertel bis ein Drittel der Energie für die gleiche Leistung, wenn es mit Strom fährt.

Doch selbst wenn man die größere Energieeffizienz eines Elektromotors mit berücksichtigt, würde auch eine Fortsetzung der hohen Wachstumsraten für Wind- und Sonnenenergie der vergangenen Jahre zunächst nicht ausreichen, um nach Peak Oil für das Öl einzuspringen. Tatsächlich ist es überdies fraglich, dass Kapazitäten für Windkraft und Sonnenenergie ihr hohes Wachstum fortsetzen. So sanken in Deutschland, das im internationalen Vergleich einen bereits relativ hohen Windkraftanteil hat, die Wachstumsraten für installierte Windkraftkapazitäten von 43 Prozent im Jahr 2001 auf nur noch 8 Prozent im Jahr 2007. Beim Windkraftweltmeister Dänemark stagniert die installierte Kapazität gar seit 2003.

In Dänemark ist die Windkraft an eine Grenze gestoßen, die unter anderem damit zusammenhängt, dass der Wind nicht gleichmäßig weht. Heute wird diese fluktuierende Stromproduktion von Windkraft durch nicht ausgelastete Kohle- und Atomkraftwerke aufgefangen. Für einen höheren Anteil von Windkraft und Sonnenenergie bräuchte es neue Speichertechnologien. Jetzt zeigt sich also: Öl war nicht nur Energielieferant, sondern zugleich Energiespeicher. Ein einfaches Auffüllen des Tanks genügte. Die Nutzung von Elektrizität dagegen macht zum Beispiel eine Batterie notwendig, die zusätzliche Ressourcen kostet und die Energienutzung weiter verteuert.

Doch könnte man nicht – pfeift man auf den Klimaschutz – Öl durch Erdgas und Kohle ersetzen? Keineswegs: Auch die Erdgasförderung kann vermutlich nicht mehr lange gesteigert werden, global könnte zwischen 2020 und 2030 das Fördermaximum erreicht sein, vermuten Geologen. Wichtiger als beim Erdöl sind beim Erdgas jedoch die regionalen Vorkommen. Denn Erdgas lässt sich schwer transportieren, es braucht entweder Pipelines oder muss zunächst mit hohem Energieaufwand verflüssigt werden, bevor es in Tankern über die Meere verschifft wird.

Die USA beispielsweise hatten ihr Erdgas-Fördermaximum bereits im Jahr 1973, nur zwei Jahre nach Peak Oil erreicht. Vor allem ein zunehmender Import aus Kanada ermöglichte es den Vereinigten Staaten seitdem, den Verbrauch von Erdgas noch einmal zu steigern. Doch seit 2001 stagnierte dieser. Nur die zusätzliche Einfuhr von Flüssiggas, das hauptsächlich aus Trinidad stammt, machte danach einen weiteren Anstieg des Verbrauchs möglich. Soll der Erdgasverbrauch in den USA nicht zurückgehen, muss zukünftig immer mehr Erdgas in flüssiger Form aus anderen Weltregionen herangeschafft werden.

Europa ist in einer ähnlichen Lage: Zwei der drei großen europäischen Erdgasproduzenten, die Niederlande und Großbritannien, haben ihr Fördermaximum schon hinter sich – die Niederlande seit Mitte der 1970er Jahre, Großbritannien seit 2000. Danach ging die Erdgasproduktion Großbritanniens innerhalb von sieben Jahren um ein Drittel zurück. Nur Norwegen kann seine Produktion noch steigern, doch ab etwa 2015 werden auch dort die Förderraten rapide fallen. Der steigende Erdgasverbrauch Europas ist schon heute nur noch durch zunehmende Importe aus Russland, Nordafrika und dem Nahen Osten möglich.

Mit Europa, Nordamerika und Südostasien, die alle auf zunehmende Importe angewiesen sind, wird in den nächsten Jahren auch das Erdgas immer mehr zum Konfliktstoff. In jedem Fall ist klar: In naher Zukunft werden die Industriestaaten auch mit sinkenden Erdgasmengen auskommen müssen. Damit würde der notwendige Umbau des Energiesystems noch weitaus umfangreicher.

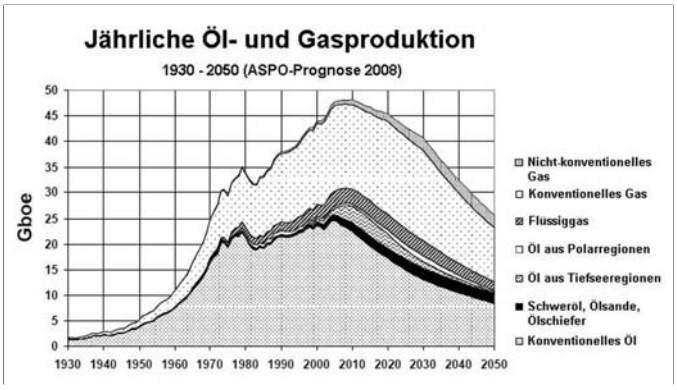
Zu allem Überdruss ist die Lage beim dritten fossilen Energieträger Kohle nicht viel anders. Von verschiedenen Stellen wird zwar bis heute behauptet, die globalen Kohlereserven würden – im Gegensatz zu Erdöl und Erdgas – bei gegenwärtigem Verbrauch noch über 200 Jahre reichen. Doch diese Einschätzung hält einer Überprüfung nicht stand. Vor einem guten Jahr stellte die Energy Watch Group die über Kohle global verfügbaren Daten auf den Prüfstand und kam zum Ergebnis: Auch bei Kohle dürfte das globale Fördermaximum in absehbarer Zeit, nämlich um das Jahr 2020, erreicht sein.

Die verbleibenden Kohlereserven sind regional höchst ungleich verteilt – wie praktisch alle Rohstoffe. 85 Prozent aller globalen Kohlereserven sind in sechs Ländern konzentriert: Den USA, Russland, Indien, China, Australien und Südafrika. Die meisten dieser Länder gehören gleichzeitig zu den global größten Kohlekonsumenten. Was zur Folge hat, dass nur Australien und Südafrika nennenswerte Kohleexporteure sind. Regional werden sich deshalb schon früher Knappheiten bemerkbar machen. Kohle wird also – zusätzlich zu Erdöl und Erdgas – zu einem geopolitischen Konfliktfeld. Stimmen die Angaben zu den Kohlereserven, wird China bereits um das Jahr 2015 den Förderpeak für Kohle erreicht haben. Wenn man weiß, dass Chinas Ökonomie ihre Energie zu fast 70 Prozent aus Kohle bezieht, kann man das Ausmaß des Umbruchs erahnen.

Wie sich zukünftig die Verfügbarkeit fossiler Energie entwickelt, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Ein spekulativer Blick, der die aktuellen Tendenzen ein Stück weit in die Zukunft verfolgt, zeigt dieses Bild: Die kommende Wirtschaftskrise wird für einige Zeit – wie lange ist ungewiss – das wirtschaftliche Wachstum und damit die Verbrauchssteigerung von fossilen Energien bremsen oder sogar stoppen. So können wie im Oktober die Preise für Erdöl sogar fallen. Doch trotz der absehbaren Rezession wird der Rohölpreis nicht wieder auf das Niveau sinken, das er bis vor wenigen Jahren hatte, sieht man von der Ölkrise in den 1970er Jahren ab. Dafür wird einerseits die Produktionsmengenregulierung der OPEC sorgen, andererseits erhöhen auch steigende Inputkosten für die Exploration neuer und die Ausbeutung alter Ölfelder die Rohölpreise. Entsprechendes gilt für Erdgas, dessen Preis an jenen von Erdöl gekoppelt ist.

Eine Rezession in Verbindung mit einem relativ hohen Rohstoffpreisniveau könnte in den kommenden Jahren zu einem Rückgang des Ausbaus von Windkraft und Solarenergie führen. Bisher lagen die Wachstumsraten dieser Erneuerbaren global bei etwa 30 Prozent. Sollte ein Wachstum von 20 Prozent weiterhin möglich sein, könnten in 5 Jahren durchaus 3 Prozent des globalen Stromverbrauchs durch Sonne und Wind gedeckt werden. Doch das ändert an der Abhängigkeit

Fortsetzung auf Seite 8



Vergangene und von der »Association for the Study of Peak Oil« prognostizierte Entwicklung der jährlichen Produktion von Erdöl und Erdgas (verschiedene Derivate und Fördergebiete), angegeben in Gigabarrels of Oil Equivalents (Milliarden Tonnen Öl-Äquivalente). Quelle: ASPO-Newsletter No. 94, www.aspo-ireland.org

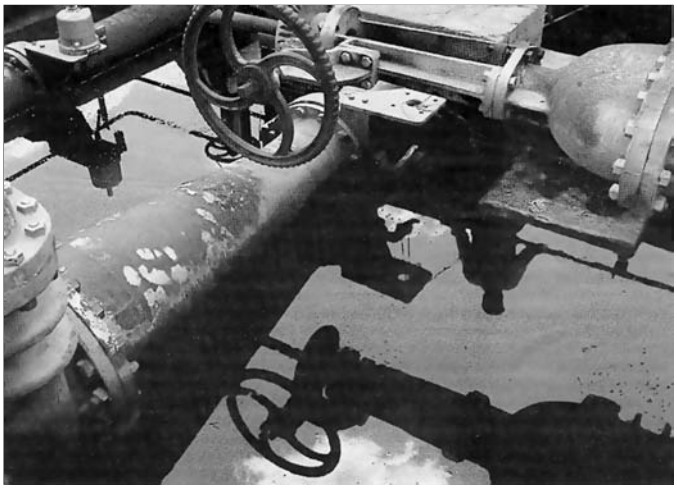


Foto: AP/Kevin Frayer

Rauchender Industrie-Schlot

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Christian Lauk nimmt Stellung

Peak Oil & Co

Frequently Asked Questions

Ihr behauptet im Buch »Die Grenzen des Kapitalismus – wie wir am Wachstum Scheitern«, dass das Fördermaximum von Erdöl jetzt oder in naher Zukunft erreicht ist und danach die Fördermengen sinken werden. Führen aber nicht die steigenden Preise für Erdöl dazu, dass bisher unzugängliche Reserven, wie zum Beispiel Ölsande, profitabel abgebaut werden können und so das Fördermaximum noch einige Zeit auf sich warten lässt?

Christian Lauk: Es stimmt, dass der hohe Ölpreis dazu führte, dass bisher aus ökonomischen Gründen nicht zugängliche Quellen erschlossen werden. Dazu gehören speziell Ölsande und schwer zugängliche Offshore-Felder, also Ölfelder im offenen Meer. Diese Vorkommen sind aber nicht so groß, dass sie den Rückgang von billigem Öl werden ausgleichen können. In den von uns zitierten Prognosen über Peak Oil wurden diese Quellen schon mit einberechnet. Hinzu kommt, dass der Aufwand für die Förderung dieses Öls extrem hoch ist.

Auch bei bestehenden Ölfeldern wird die Förderung mit der Zeit schwieriger. Denn mit zunehmender Ausbeutung eines Feldes nimmt sein Druck ab. Am Anfang schießt sozusagen das Erdöl praktisch von selbst an die Oberfläche, man kennt das aus Wildwestfilmen. Heute muss man in vielen Feldern bereits Wasser in die Erde pumpen, um den Druck zu erhöhen und das Erdöl so an die Oberfläche zu bringen. Dieses Gemisch aus Erdöl und Wasser muss dann erst wieder getrennt werden. Die zusätzlichen Gelder, die den Ölfirmen und den Ölstaaten zufließen, werden also zum großen Teil nicht genutzt, um neue Ölfelder zu erschließen. Denn die gibt es kaum mehr. Tatsächlich sorgt zu einem Teil bereits dieser zunehmende Aufwand bei der Förderung von Erdöl für die steigenden Preise.

Kann man denn so genau vorhersagen, ob nicht zukünftig doch wieder mehr Ölfelder gefunden werden?

Man kann das natürlich nicht mit absoluter Sicherheit ausschließen, aber es ist extrem unwahrscheinlich. Die Welt ist geologisch relativ gut nach Vorkommen von Erdölfeldern abgesucht. Und obwohl die Ölkonzerne natürlich noch immer sehr viel Geld in die Suche investieren, nahmen die Neufunde in den letzten Jahrzehnten stetig ab. Das lässt sich auch am Aufwand ablesen, der getrieben werden muss, um neues Öl zu finden: Im Zeitraum 1900 bis 1960 wurden mit 2.250 Erkundungsbohrungen etwa 800 Gigabarrel Öl auf dem Festland außerhalb Nordamerikas gefunden. Zwischen 1990 und 2000 wurden mit fast ebenso viel Bohrungen, 1.700 an der Zahl, gerade noch 50 Gigabarrel gefunden. 90 Prozent der heutigen Ölproduktion kommt deshalb aus Feldern, die älter als 20 Jahre sind.

Gerade offizielle Stellen behaupten, dass die Erdölproduktion noch einige Jahre gesteigert werden kann. Wie kann es sein, dass die Prognosen so weit auseinander liegen?

Wenn man sich die verschiedenen Quellen ansieht, gewinnt man ganz deutlich den Eindruck, dass die Erdölgeologen, die heute Peak Oil in der Gegenwart oder der nahen Zukunft sehen, die Daten gründlicher und kritischer recherchiert haben, als offizielle Stellen. Beispielsweise gab es im Jahr 2000 einen Bericht der amerikanischen Behörde »US Geological Survey« über verbleibende Reserven von Erdöl und Erdgas. Diese Studie muss oft als Beleg dafür herhalten, dass die Reserven noch einige Zeit reichen. Bei näherem Hinsehen stellt sich dann aber heraus, dass diese Studie eine äußerst dubiose Methode anwendet, um die in der Zukunft zu erwartenden Ölfunde abzuschätzen. Für die Abschätzung zukünftiger Ölfunde wurden zwei Szenarien aufgestellt. Eines der Szenarien soll mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit, das andere mit 5-prozentiger Wahrscheinlichkeit eintreten. Als insgesamt wahrscheinlichste Entwicklung wurde dann einfach der Mittelwert dieser beiden Szenarien genommen. Das ist natürlich Unsinn! Das wahrscheinlichste Szenario ist jenes, das mit 95 Prozent Wahrscheinlichkeit beziffert wurde. Dieses Szenario würde die Peak Oil Prognose eher bestätigen.

Es gibt andere Gründe, die ich hier nicht alle ausführen kann. Colin Campbell zum Beispiel setzt sich in dem Buch »Ölwechsel« ausführlich mit verschiedenen anders lautenden Prognosen auseinander und zerlegt sie. Tatsächlich stehen oft politische oder wirtschaftliche Interessen hinter der tendenziell zu hohen Angabe von Reserven. Zum Beispiel wird innerhalb der OPEC die erlaubte Fördermenge eines einzelnen Landes danach bemessen, wie hoch seine Reserven sind. Durch die Angabe höherer Reserven kann ein OPEC-Land also seine Einnahmen aus dem Verkauf des Erdöls steigern. Natürlich nur zeitweise, denn je schneller das Erdöl gefördert wird, umso früher ist Peak Oil für das jeweilige Land erreicht.

Photovoltaik und Windkraft könnten ein Mehrfaches des heutigen Energiebedarfs decken. Werden diese Energien nicht gerade durch die Verteuerung von Erdöl zunehmend konkurrenzfähig? So könnten doch gerade erneuerbare Energien der »Stoff« für die nächste Wachstumsperiode sein.

Windkraft und Photovoltaik hatten in den letzten Jahrzehnten tatsächlich sehr hohe Wachstumsraten von 30, 40 Prozent jährlich. Allerdings auf sehr niedrigem Niveau: Weltweit liefern Windkraft und Photovoltaik bis jetzt etwa 0,2 Prozent der Primärenergie. Selbst wenn die hohen Wachstumsraten fortgesetzt werden können, würden Sonne und Wind erst im Jahr 2020 etwa 5 Prozent der Primärenergie decken. Bereits davor jedoch wird der Rückg Energie sich bereits wirtschaftlich bemerkbar machen und damit auch die Wachstumsraten der Erneuerbaren nach unten drücken.

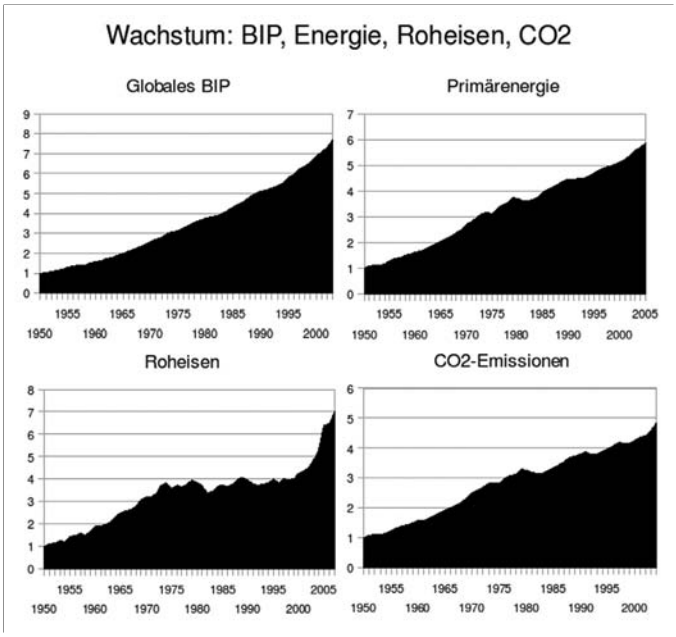
Hinzu kommt, dass ein Aufbau von Photovoltaik- und Windkraftkapazitäten nicht genügt. Gleichzeitig muss die Technologie so umgebaut werden, dass Elektrizität statt Erdöl oder Erdgas genutzt werden kann. Zum Beispiel durch Elektroautos. Auch dieser Umbau wird bei knapper werdenden fossilen Ressourcen immer schwieriger.

Was ist mit der Atomenergie? Niemand von uns ist ein Befürworter von Kernkraft. Könnte diese aber nicht in der kommenden Energiekrise als unvermeidliches Übel wiederauferstehen und für die zurückgehende Fossilenergie einspringen?

Das ist noch unwahrscheinlicher als der Boom von erneuerbaren Energien. Uran, der Treibstoff der Atomenergie, ist sehr begrenzt. Die deutsche Energy Watch Group hält es zum Beispiel für wahrscheinlich, dass die weltweite Uranproduktion nur noch bis 2020 oder 2030 auf dem heutigen Niveau gehalten werden kann, ehe sie zurückgeht. Selbst wenn man eine rein ökonomische Brille aufsetzt, sind deshalb Investitionen in neue AKW völliger Unsinn. Außerdem sind Atomkraftwerke extrem teuer, bis zu 100 Milliarden Dollar kostet ein großer Reaktor. In der ökonomischen Krise wird eine solche immense Investition nicht wahrscheinlicher. Weil gleichzeitig viele Reaktoren in der nächsten Dekade aus Altersgründen vom Netz müssen, ist eher anzunehmen, dass mittelfristig die durch Atomkraft gelieferte Energie zurückgeht.

Arbeitshandschuhe liegen auf einem alten Ölfass

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.



Entwicklung des globalen Verbrauchs von Energie, der Produktion von Roheisen sowie des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO2) im Vergleich zum globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 1950. Die absoluten Zahlen sind als Vielfaches von Produktion/Verbrauch/Emissionen des Jahres 1950 angegeben.

Quellen: USGS Minerals Information (Roheisen); CDIAC (CO2); Maddison (2007), World population, GDP and per capita GDP, 1-2003 AD (BIP), pers. Mitt. Helmut Haberl (Energie)

Gehen wir einmal davon aus, es stimmt, dass die Produktion fossiler Energie zurückgeht. Wie wird die Welt dann in 50 Jahren aussehen?

Sicher ist wohl nur: Das kann sicher niemand vorhersagen. Allerdings bin ich mir ebenso sicher: Die explodierenden Energiepreise, gefolgt von der jetzigen Finanzkrise, sind der Auftakt zu einer länger anhaltenden, chaotischen Phase des herrschenden Gesellschaftssystems. Ich denke, dass während dieser Phase mehr als zu jeder anderen Zeit die potenzielle Chance besteht, ein ganz anderes Gesellschaftssystem zu etablieren. Ob dieses dann auch besser ist, hängt von den gesellschaftlichen Kräften ab, die sich durchsetzen werden. Ganz wesentlich ist dabei: Eine progressive emanzipatorische Kraft muss eine gesellschaftliche Alternative entwickeln, die nicht auf Teilhabe durch wirtschaftliches Wachstum setzt, sondern auf Selbstorganisation, die vom Lokalen ausgeht und von überregionaler Vernetzung. Wenn die Menschen die Produktion in die eigene Hand nehmen und gestalten, kann das Ende des fossilistischen Zeitalters der Eingang in eine bessere Zeit sein.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

von Erdöl, Erdgas und Kohle so gut wie nichts. Erholt sich nach einer Phase der Rezession die Weltökonomie wieder, werden die Preise für Erdöl und Erdgas in kurzer Zeit ungeahnte Höhen erreichen – und das Wachstum erneut abwürgen. In einer solcherart andauernden ökonomischen Krise werden sich die Perspektiven für einen schnellen Umbau des Energiesystems grundsätzlich verdüstern.

Der klare Blick auf die Zukunft der gesellschaftlichen Nutzung von Energie – und auch der anderen Rohstoffe – ist für soziale Bewegungen wichtig. Die abnehmende Produktion fossiler Energie und der zunehmende Aufwand der Förderung von Rohstoffen wird zu einer Dauerkrise der auf Wachstum angelegten Ökonomie führen – und immer mehr Menschen aus der Arbeitsmaschine werfen. Wir können deshalb nicht mehr auf eine wachsende Ökonomie setzen, um Menschen die Teilnahme an der Produktion zu ermöglichen. Bei knapper werdender Energie werden sich die stärksten Teilnehmer des Marktes durchsetzen und die anderen zurücklassen. Als einzig möglicher Ausweg bleibt die bewusste gesellschaftliche Steuerung der Produktion jenseits der Geldmaschinerie – auch wenn uns die Zeit davon zu laufen droht. Nur dann jedenfalls kann der Energie- und Stoffverbrauch so geregelt werden, dass alle Menschen ihren Teil, der für ein gutes Leben ausreicht, bekommen.●

Christian Lauk ist beim Social Innovation Network aktiv.

(Kommentierte) Literaturtipps

Altvater, Elmar (2005): »Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik«, Westfälisches Dampfboot.
Ein Standardwerk zu Peak Oil, Wachstum und Solidarischer Ökonomie. Altvater verbindet die Marxsche Kapitalismuskritik mit einem weitreichenden ökologischen Bewusstsein.

Andreas Exner, Christian Lauk & Konstantin Kulterer (2008): »Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern«, Ueberreuter.
Der Kapitalismus stößt nicht nur an soziale, sondern auch an ökonomische und ökologische Grenzen. Wir sind in eine Krise des Übergangs in eine neue Gesellschaft eingetreten. Besser als die alte wird sie nur, wenn wir eine Produktionsweise ohne Geld und Profit entwickeln.

Friederike Habermann (2004): »Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien«. Ulrike Helmer-Verlag.
Der Zusammenbruch des argentinischen Kapitalismus im Jahr 2001 zeigte, was geschieht, wenn die Versorgung von Menschen am Profit scheitert. Friederike Habermann nimmt unter die Lupe, wie Menschen sich vom Kapital befreien.

Michael Heinrich (2004): »Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung«, Schmetterling-Verlag.
Michael Heinrich gibt eine gekonnte Einführung in die kapitalismuskritische Theorie von Karl Marx. Was du schon immer über das Kapital wissen wolltest, aber nie zu lesen wagtest.

P.M. (2000): »Subcoma. Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft. P.M.s hilfreiches Haushaltbuch«, Paranoia city Verlag.
Was tun, wenn der Kapitalismus crasht? P.M. hat schon vor vielen Jahren eine Antwort gefunden: Sich zusammentun, Freiräume schaffen, Warentausch und Profit Adieu sagen.

Neue Energien für neue Städte

Peak Oil & Co

Transition Towns

Kinsale liegt an der Südküste von Irland und zählt rund 4.000 Einwohner. Die Kleinstadt war bis vor einigen Jahren wohl allenfalls ein paar Feinschmeckern bekannt. Die Gourmet-Restaurants der Stadt zogen eine Menge Touristen an. Inzwischen hat Kinsale eine gewisse Berühmtheit noch aus anderem Grund erreicht. Nämlich als jener Ort, von dem die Idee der Transition Towns ausging. Diese Idee ist vor allem in Großbritannien und Irland inzwischen zu einer veritablen Bewegung geworden.

Von Christian Lauk, Wien ● Im Kinsale Further Education College, einer Weiterbildungseinrichtung, stellten sich die Permakultur-Studenten von Rob Hopkins die Frage, wie die Menschen von Kinsale den unvermeidlichen Übergang zu einem niedrigeren Energieverbrauch auf lokaler Ebene gestalten können. Der Ausgangspunkt war nicht die oft gestellte Frage, wie Arbeitsplätze oder Geldeinkommen gesichert werden können, sondern etwas, das eigentlich viel näher liegt: Wie können mit weniger Energieeinsatz die Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden?

Das Bedürfnis nach Nahrungsmitteln steht an der Basis der Bedürfnishierarchie. Deshalb wird zunächst der Status Quo der Kleinstadt in Sachen Ernährung festgestellt. Dabei zeigt sich, dass über 90 Prozent der in Kinsale konsumierten Nahrung importiert werden, während ackerfähiges Land im Raum von Kinsale brach liegt. Das für das Jahr 2021 gesetzte Ziel war folglich, die in Kinsale konsumierten Lebensmittel auch dort zu produzieren.

In einem Plan werden für jedes Jahr Schritte skizziert, die zu diesem Ziel führen sollen. Zum Beispiel wird der Aufbau einer Community Supported Agriculture anvisiert. Dabei vernetzen sich Produzentinnen und Konsumentinnen direkt, wöchentlich liefern die Produzenten das Obst und Gemüse an »ihre Konsumenten«. Gleichzeitig wird der Anbau von Obst und Gemüse im eigenen Garten durch Kurse und finanzielle Unterstützung gefördert. Auch Fischzucht durch Aquakultur sollte innerhalb Kinsales möglich sein. Entsprechende lokale Aktionspläne werden für weitere Lebensbereiche ausgearbeitet, etwa für Wohnen, Gesundheit, Transport und Energie. Mit einem gemeinsamen Ziel: Die Abhängigkeit von fossiler Energie soll durch eine Vergrößerung der lokalen Autonomie reduziert werden.

Ende 2005 stimmte der Gemeinderat von Kinsale einstimmig für die in dem Bericht beschriebenen Ziele. Ob sie auch erreicht werden? Für eine Antwort ist es bislang wohl zu früh. Wichtig aber ist: Die Idee des Energy Descent Action Plan breitet sich bereits in andere Städte aus. Als nächste Transition Town (wörtlich Übergangsstadt) folgte die 8.000 Einwohner zählende Kleinstadt Totnes in Südengland. Mit Hilfe von Vorträgen, Filmvorführungen und Seminaren wurden dort die grundlegenden Herausforderungen von Peak Oil und Klimawandel diskutiert. Zuerst, so lautet die Erfahrung von Rob Hopkins, muss man ein gemeinsames Bewusstsein davon schaffen, dass es notwendig ist, den Energieverbrauch lokal zu reduzieren. Daher stehen öffentliche Veranstaltungen laut Hopkins immer am Anfang eines solchen Übergangs.

2006 startete in Totnes dann das Projekt der Transition Towns. 350 Einwohner der Stadt waren bei diesem Auftakt zugegen. Seitdem wurde in einer Reihe von Veranstaltungen versucht, dem Ziel der energetischen und sozialen Autonomie ein Stück weit näher zu kommen. Zu den Ideen, mit denen Menschen beginnen, sich auf eigene Beine zu stellen, zählen etwa: ein Verzeichnis lokaler Nahrungsmittelproduzenten anzulegen; eine Lokalwährung einzuführen; eine Nussbaumplantage zu pflanzen. Vielfach wird die lokale Selbstversorgung gefördert: Jüngere Menschen, die Gemüse anbauen wollen, aber keinen Garten haben, tun sich mit älteren Menschen zusammen, die zwar einen Garten, jedoch nicht die Kraft aufbringen, Gemüse anzubauen. Das alles ist Teil des zentralen Elements einer Transition Town: Die gemeinsame Erstellung eines »Energy Descent Action Plans« für den eigenen Ort, also eines »Energieabwicklungsplans«. Darin verständigt man sich partizipativ auf einen Zeitplan. Dieser legt die Schritte in Form lokaler Aktionen fest, welche die Energieabhängigkeit reduzieren.

Vor allem in Großbritannien haben sich inzwischen viele Städte zur Transition Town erklärt. Ende 2007 waren es bereits über 40, darunter sogar die Großstadt Bristol. Auch Portland in den USA, wo über eine halbe Million Menschen leben, setzte ein so genanntes Oil Depletion Protocol auf die Liste seiner Ziele. Um 2,6 Prozent pro Jahr soll dort der Verbrauch von Öl und Gas reduziert werden, das heißt um insgesamt 25 Prozent bis zum Jahr 2020.

Die Ideen, die in den Transition Towns umgesetzt werden, sind nicht völlig neu. Die Gemüsebox von der befreundeten Bäuerin zu beziehen oder der Eigenanbau von Gemüse sind ja nicht unbekannt. Allerdings sind solche Versorgungs- und Produktionsalternativen immer noch eine Nische. Sie haben nichts an einem insgesamt steigenden Energieverbrauch geändert. Neu aber ist, dass eine Stadt wieder zu einer Gemeinschaft wird, wo Ziele kollektiv formuliert und Probleme partizipativ angegangen werden. So stärkt man sich gegenseitig und erkennt unmittelbar, dass durch Kooperation der Verbrauch reduziert und gleichzeitig die Lebensqualität gesteigert werden kann.●

Quelle: www.transitionbristol.net

GIVE – Ein Gespräch mit Franz Nahrada

Globale Dörfer und Mutterstädte

Christian Lauk: **Du bist Gründer von GIVE, des Globally Integrated Village Environment. Was ist unter GIVE zu verstehen und welche Ziele werden verfolgt?**

Franz Nahrada: GIVE ist ein Verein in Wien, der den Aufbau eines globalen Forschungsnetzwerkes zum Ziel hat. Die zugrundeliegende These ist zweifach: einerseits, dass sich die kritischen Faktoren für eine soziale Innovation häufen, dass aber diese Innovation andererseits nur auf die Welt kommt, wenn sich praktische Interessen mit Forschungsinteressen verbinden. Die soziale Innovation, von der ich spreche, sind physische Orte, die sich bewusst der Kraft globaler Netzwerke bedienen, um ein Mehr an Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zu erzielen.

Wenn McLuhan vom Global Village spricht und feststellt, dass sich Ereignisse, die Tausende Kilometer entfernt sind, oft tiefer in unsere Wahrnehmung brennen als lokale, ja, dass sie dieselbe Intensität haben wie früher die dörfliche Erfahrungswelt, dann haben wir das aufgegriffen und gesagt: die Netzwerke müssen uns damit nicht unbedingt fortreißen von unserem Nachbarn (das ist weitgehend die heutige Realität), sie können uns zu ihm zurückführen. Sie bieten eine immense Gelegenheit, Wissen und Kompetenz für lokale Entwicklung in unseren nachbarschaftlichen Raum zu bringen. Dadurch entsteht etwas grundlegend Neues: sowohl in institutioneller, sozialer, ökonomischer, architektonischer als auch in ökologischer Hinsicht. Wir brauchen eine »Foresight« auf das Möglichgewordene, um es tatsächlich in die Welt zu bringen. Dazu dient GIVE.

Was hat Dich auf die Idee der Global Villages gebracht?

Das waren eher lebensgeschichtliche Entwicklungen, Erlebnisse in Griechenland, das Leben in Dörfern, aber auch persönliche Involvierung in die unglaubliche Entwicklung der Computer- und Kommunikationstechnologie. Es war ein persönlicher Crossover zwischen fein säuberlich getrennten Welten – und diese Welten wollte ich zusammenbringen.

Warum spielt bei den Globalen Dörfern die Kommunikation über Internet eine so große Rolle? Steht die Welt der Dörfer nicht eher im Gegensatz zur Welt des Internets?

Das letzte ist zunächst ganz sicher richtig. Auf der Europäischen Breitbandkonferenz 2007 in Brüssel wurde aber richtig festgestellt, dass die Welt der Dörfer

Avantgarde der Globalen Dörfer: Damanhur, Italien – Gemeinschaft »arboricoli«

verschwinden wird, wenn wir sie nicht neu erfinden. Das Internet spielt dort weitgehend die Rolle städtischer Wissensbasen. Damit bleiben ländliche Räume gleichwertig in ihrer Lebensqualität. Mir nutzt die schönste Natur nichts, wenn zum Beispiel eine Krankheit nicht richtig diagnostiziert wird, oder wenn ich zur Arbeit oder zur Ausbildung in die Stadt muss. Die Welt der Dörfer entleert sich deswegen, die Jungen ziehen fort. Das Internet ist ein Baustein, sie zurückzubringen. Nur: der ländliche Raum, der es am meisten bräuchte, hat es am wenigsten! Die Europäische Kommission hat das »ein beschämendes Marktversagen« genannt.

Du sprichst davon, dass die »Propaganda der Tat« oft wirksamer sei als das »Beklagen von Missständen«. Was meinst Du damit?

Dass wir oft gar nicht wirklich wissen, wie wir es anders machen können. Dass wir sehr viele Bedürfnisse, gewachsene und gute Bedürfnisse, in völlig anderer Art befriedigen müssen als es heute geschieht, und dass wir uns kundig machen müssen, wie das geht. Propaganda der Tat ist missverständlich, aber man könnte sagen: erst wenn die Alternativen wirklich gleichwertig sichtbar sind, können sie massenhaftes bewusstes Handeln auslösen. Deswegen ist Forschung an den globalen Dörfern unmittelbar politische Aktion.

Der Name der »Global Villages« scheint darauf hinzuweisen, dass die Bewegung vor allem von Dörfern ausgeht, aber auch für Kleinstädte siehst Du eine Schlüsselrolle. Wo haben bei den Global Villages Großstädte ihren Platz?

Ich habe dafür den Begriff »Mutterstädte« eingeführt, auch ein wenig als Kontrastpunkt zu »Vaterland«. Sicher müssen Großstädte rückgebaut werden, aber es wäre fatal, sie verschwinden lassen zu wollen. Sie sind die großen Wissens- und Könnensspeicher, die Großcomputer unserer evolutionären Fortschritte. Sie haben sich einfach nur verselbstständigt und ihre Basis vergessen. Wenn sie sich dieser Basis wieder zuwenden und sich als Netzwerkknoten sehen, dann wären beide Seiten – Stadt und Land – wieder im Gleichgewicht.

Kannst Du ein Dorf oder eine Region beschreiben, in der zumindest manche Aspekte eines Global Village bereits umgesetzt wurden?

Es gibt viele Beispiele, aber sie sind noch nicht wirklich rund. Wenn zum Beispiel ein Dorf wie Colletta di Castelbianco in Ligurien von Telearbeitstouristen lebt, die sich in ihre Ferienappartments zurückziehen, dann frage ich mich, ob das nachhaltig ist. Viel zuwenig lokale Bauern, Handwerker, die dafür produzieren könnten. Umgekehrt sehen wir anderswo unglaubliche Entwicklungen in Richtung regionale Kreisläufe, aber denen gehen wiederum die Kunden ab. So verrückt ist das. Wir sagen: nur ein Bündel von simultanen Entwicklungen kann hier ein neues Gleichgewicht erzeugen.

Die Finanzkrise kündigt an, dass die Weltökonomie sich unmittelbar vor ihrer vielleicht größten wirtschaftlichen Krise befindet. Viele Menschen werden in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz und damit ihr Einkommen verlieren. Möglicherweise stehen wir sogar vor einer längeren krisenhaften Entwicklung. Verändert sich die Perspektive der Globalen Dörfer in einer solchen Situation?

Je später wir beginnen, Keimformen zu schaffen, so-

Fortsetzung auf Seite 10

ALTERNATIVEN ZUR KRISE

Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern
von Andreas Exner, Christian Lauk & Konstantin Kulterer

Politik und Wirtschaft sichern unser Überleben auf der Erde nicht. Denn unabhängig von Parteigrenzen und Wirtschaftsideologien stellen sie das Wirtschaftswachstum über ein gutes Leben. Lebensmittel- und Erdölpreise sind gestiegen, das Klima spielt verrückt: Die Natur erreicht ihre Grenzen. Die Entscheidungsträger der Wirtschaft aber halten an ihrem Glauben fest, dass ohne Wachstum die Krise droht. Die freilich ist schon lange da. Doch die Autoren entwickeln in diesem Buch fundierte Alternativen.

Ueberreuter-Verlag, 2008, 220 Seiten, EUR: 19,95, CHF: 34,80
ISBN: 978-3-8000-7366-5

Von Qualitäten, die man nicht kaufen kann

Peak Oil & Co

Fülle und Verzicht

»Der eigentliche Genuss, in einer sauberen Elbe zu baden, statt in Autokolonnen eine andere Erholungsregion suchen zu müssen, eine blumenreiche Wiese, die Artenvielfalt in einem Erholungsraum Wattenmeer oder eine erotisch spannungsreiche Liebesbeziehung, statt des patriarchalisch zwanghaften Austauschs sexueller Dienstleistungen, das sind Qualitäten, die man nicht kaufen kann, mit denen kein Geschäft gemacht werden kann, also verkommen sie. Alle qualitativen Bedürfnisse, die nicht quantifizierbar, also nicht mit Geld käuflich sind, werden unterbunden und aus dem gesellschaftlichen Bedürfnissystem verdrängt.«

Von Franz Schandl, Wien ● Das schreiben Thomas Ebermann und Rainer Trampert in ihrem Buch »Die Zukunft der Grünen« aus dem Jahre 1984 (S. 221). – Warum ich die beiden hier zitiere? Nun, in den Anfangstagen der bundesrepublikanischen Ökopartei waren hier einige Türen einen kleinen Spalt offen, die nachher brutal verriegelt worden sind. Diese Türen wieder aufzukriegen, ist eine Aufgabe, die nach wie vor besteht, auch wenn das mit den domestizierten Grünen nicht mehr geht. Und um Ebermann und Trampert noch einmal Referenz zu erweisen: *»Die notwendige Rettung menschlicher Lebensbedingungen in der äußeren Natur erfordert einschneidende Veränderungen in der Produktion und damit in den Konsumgewohnheiten der Mehrheit der Menschen in den industriellen Metropolen«* (S. 194), notieren sie ganz richtig. Fraglos geht es immer noch und immer wieder um ein neues Paradigma betreffend Produktion, Distribution und Konsumtion.

Der konkurrenzistische Komparativ ist zu überwinden. Wir müssen lernen, in Qualitäten und nicht in Quantitäten zu denken. Unsere Bedürfnisse sind nicht indirekt über Geld, sondern direkt über den materiellen oder immateriellen Bezug zu definieren. Das ist nicht leicht und bedarf einiger gedanklicher Überlegung wie praktischer Übung, aber ausgeschlossen ist es nicht. Unsere Bedürfnisse sind nicht in Kosten zu rechnen, sondern als Ansprüche und Möglichkeiten zu behaupten. Nichts was realisierbar wäre, soll am Geld scheitern.

Schon heute kennen wir geldfreie Zonen oder beschreiben wir sie vorsichtiger als Sequenzen. Liebe ist eine, Freundschaft eine andere, Sympathie eine dritte, Hilfe eine vierte. Auch Pflege und Erziehung fallen teilweise in ein unmittelbar nicht verwertetes Dasein. Da schenken wir uns ganz einfach etwas, schöpfen gemeinsam aus unseren existenziellen Energien, ohne dass Rechnungen präsentiert werden. Da spüren wir in einigen Momenten etwas, das auch ahnen lässt, was sein könnte, wäre die Matrix nicht primär jene, die wir haben. Warum lässt sich partout nicht verallgemeinern, was den Menschen am meisten gut tut? Warum folgen den Sequenzen keine Konsequenzen? – Natürlich, ganz frei sind auch jene nicht und das Kapital will alles kommerzialisieren, denken wir bloß an unsere Gespräche, die via Mobiltelefon kommodifiziert werden.

Mehr oder weniger?

Mehr oder weniger?, ist eine typische Fangfrage.

© Martin Wampel

Nicht wenige tappen in diese Falle. Gerade der Gesellschaftskritik wird oft vorgeworfen, sie will den Leuten etwas wegnehmen und sie gar um den Genuss bringen. Und auf vieles, was heute selbstverständlich ist, muss oder viel besser: darf tatsächlich verzichtet werden: auf die schamlose Plünderung des Planeten, auf die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, auf die Festlegung der Menschen auf Arbeit und Herrschaft, auf den Zwang, sich am Markt als Konkurrenten zueinander zu verhalten. Etc.

Derlei Verzicht ist kein Verlust, sondern ein Gewinn an Lebensqualität. Dieses Weniger ist gleichbedeutend mit einem Mehr. Gerade deshalb ist es wichtig, festzuhalten, *was weniger und was mehr werden soll*. Wirkliche Fülle ist ohne *bestimmten* Verzicht nicht zu haben. Opfer ist das keines, im Gegenteil, ein solcher Verzicht ist geradezu Quelle und Bedingung menschlichen Reichtums. In Qualitäten zu denken meint auch, das jeweils richtige Quantum in Zeit und Raum zu finden. Unsere Maßlosigkeiten sind ja Folge der Konkurrenz und nicht irgendeiner Gier oder irgendeines Neides. Fällig wäre ein breitgefächerter Katalog der Abschaffungen.

Dialektik schadet nicht. Nehmen wir etwa den Verkehr. Weniger Autos, weniger Staus, weniger Unfälle, weniger Lärm, das ist doch was. Man stelle sich nur vor, sogar befreiter und entspannter Auto fahren könnte man dann. Und zwar weil weniger auf den Straßen los ist, Bier nicht mehr aus Dortmund nach Bukarest, Milch von Palermo nach Wien und Joghurtbecher von Amsterdam nach Madrid transportiert werden. Auf Orangen wird deswegen niemand verzichten müssen, aber wenn es wieder mehr Äpfel als Bananen gibt, sollte das doch nicht groß stören.

Weniger Lärm bedeutet demnach mehr Ruhe. Auch laut mag es gelegentlich zugehen, aber wann und wo und zu welchem Anlass, das wollen wir selbst entscheiden, nicht der Lärmpegel der Großstadt. Man könnte unendlich viele Beispiele anführen. Besseres Essen bedeutet nicht mehr Essen, Slow food statt Fast food erfordert aber auch, mehr Zeit zum Kochen zu haben. Überhaupt geht es um unsere Zeitsouveränität, nur sie ermöglicht mehr Muße, mehr Lust, mehr Zufriedenheit.

Gutes Leben heißt Zeit gewinnen

Was wir brauchen ist mehr Zeit für Liebe und Freundschaften, für die Kinder, Zeit zu reflektieren oder einfach um faul zu sein, aber auch Zeit, um sich intensiv und exzessiv mit dem zu beschäftigen, was einem gefällt, Marotten inbegriffen. Befreites Leben heißt, länger und besser zu schlafen und vor allem auch öfter und intensiver miteinander zu schlafen. Das ist doch eine Menge an Gewinn, noch dazu eines Gewinns, der mit Konkurrenz mal gar nichts am Hut hat. Für all das vermag die Kulturindustrie höchstens Surrogate zu bieten. Die verstellte Lebenszeit wird zwar auch in einer befreiten Gesellschaft nie Null sein, aber sie wird und muss weniger sein. Nur dann ist es möglich, dass das Individuum nicht bloß ein gebrochenes, fragmentiertes und durchgestrichenes ist, sondern eines, das sich mit seiner praktizierenden Selbstzusammenfügung befriedigt und sich nicht in ein positives Denken oder sonstige ideologische Esoterik retten muss.

Befreiung statt Freiheit

Wirtschaftswachstum ist das Vorletzte, was wir brauchen, benötigt wird es nur deshalb, weil sonst der zusehends rasende Status Quo der Wirtschaft und ihrer Geschäftswesen nicht reproduziert werden könnte. Wir brauchen weder ein Wachstum der Geschäfte noch ein Wachstum der Waren, sondern ein Wachstum der Möglichkeiten. *Befreiung statt Freiheit* ist der Slogan, denn die uns verkaufte Freiheit ist nichts anderes als eine hinterfotzige Chiffre für Rücksichtslosigkeit und Zwang. Befreiung ist nicht die Einsicht in die Notwendigkeiten. Es gilt also zu sagen, was Reichtum ist, das heißt auch zu sagen, worauf wir verzichten und was wir uns aneignen wollen. Wir sind jedenfalls die Vertreter eines imposanten Genusses, nicht einer sich kasteienden Enthaltung.

Kein Geld, viel Glück!

Für Warensubjekte – und das sind wir ausnahmslos alle! – mögen solche Erkenntnisse vorerst einmal verstörend, ja beängstigend sein. Das heißt aber auch, dass eins in Zukunft konkreter ausführen muss, was werden soll und was wie werden soll, selbstverständlich auch, was etwa weniger und was mehr der Fall sein wird. Denn wenn sich die Leute kein Bild machen können, dann werden sie trotzig in ihrem alten Trott weitertun oder (was noch schlimmer ist) ihren Ressentiments freien Lauf lassen. Keine antipopulistische Volksbeschimpfung wird sie davon abhalten. Es geht also auch um die Aufhebung des absolut sinnlosen Bilderverbots. Kräftig ausmalen ist angesagt, selbst auf Ornamente sollte nicht verzichtet werden. Es gilt aus dem Vollen zu schöpfen, Perspektiven zu zeigen und zu entwickeln. Die Leute werden lediglich anstellen, was sie sich vorstellen können. Alles andere ist Quark oder wie man in Österreich sagen würde: Topfen.●

Franz Schandl ist Publizist und Redakteur der Zeitschrift »Streifzüge« (www.streifzuege.org)

Links zu Peak Oil und Alternativen

http://emanzipationoderbarbarei.blogsport.de
● Weblog zu radikaler Kapitalismuskritik. Lebhafte Debatten, informative Beiträge.

www.energiekrise.de
● die Website der »Association for the Study of Peak Oil« in Deutschland. Ein Standardlink zur Erschöpfung der natürlichen Ressourcen.

www.give.at
● Website des »Globally Integrated Village Environment«. Eine Schnittstelle innovativer Projekte für globale Dörfer: für eine Welt ohne Warentausch und Kapital.

www.keimform.de
● Weblog zu Oekonux, freier Software und anderen Keimformen einer Gesellschaft ohne Warentausch, Geld und Kapital. Mit spannenden Diskussionen.

www.solidarische-oekonomie.de und
www.solidarische-oekonomie.at
● Websites für eine Solidarische Ökonomie in Deutschland und Österreich. Viele Links, Debatten, Beiträge und Termine.

www.streifzuege.org
● Website der Zeitschrift »Streifzüge«. Mit vielen Texten für eine Perspektive jenseits von Staat, Markt, Kapital und Arbeit.

www.social-innovation.org
● Weblog der Gruppe SINET. Mit regelmäßigen Einträgen von Andreas Exner und Christian Lauk und einem Diskussionsforum.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

lange wir noch ein halbwegs funktionierendes gesellschaftliches Reproduktionssystem im Rücken haben, umso schwieriger wird der Übergang und umso prekärer werden unsere Handlungsmöglichkeiten. Ich bin kein Verbreiter von ungebrochenem Optimismus, der sagt: wird doch unsere Sach' mit jedem Tag klarer und das Volk mit jedem Tag klüger. Das erste stimmt sicher, aber das zweite nur sehr teilweise. Wir müssen jetzt aufstehen und sagen: die Zeit für Experimente, wie wir aus diesem Schlamassel rauskommen, ist angebrochen.

Zusätzlich zur Finanzkrise kommt in den nächsten Jahrzehnten auf die Industriegesellschaft ein geradezu epochales Problem zu: Die Fördermengen der fossilen Energien werden abnehmen. Können Globale Dörfer darauf eine Antwort geben?

Die Idee Globaler Dörfer ist dort am besten umgesetzt, wo das durch unsere verfeinerten technologischen Fähigkeiten erweiterte Gestaltungspotenzial in hundertprozentige Energieautarkie auf höchstem Niveau mündet. Wir reduzieren drastisch Transporte, wenn wir lokale Produktion stärken und erzwungene Mobilität durch freiwillige ersetzen. Zusätzlich aber haben wir dadurch Chancen, diesen zentralen Lebensraum, den wir gewonnen haben, nach dem »Paradigma der Pflanze« komplett umzubauen. Pflanzen sind technologisch gesehen unendlich komplexe und bewundernswerte Geschöpfe: sie leben von Licht, Wasser, Mineralien und dem CO_2 der Atmosphäre und kreieren und tragen eine gewaltige Biosphäre. Das schaffen sie durch miniaturisierte Intelligenz. In jedem Blatt arbeiten Myriaden von Quantencomputern. Wir sollten in und mit und wie Pflanzen leben, wenn man so will auch unsere Häuser und Städte nach dem organischen Muster der Pflanze gestalten. Im italienischen Damanhur gibt es eine kleine Gemeinschaft, die sich »arboricoli« nennt. die Leute dort leben in Baumhäusern in Symbiose mit den Bäumen, sie forschen über Pflanzenmusik, und sie haben Internet, um ihre Erkenntnisse mit der Welt zu teilen. Das ist die Avantgarde der Globalen Dörfer.●

Franz Nahrada

GIVE Forschungsgesellschaft,
Jedleseer Straße 75, 1210 Wien
Website: www.give.at
www.dorfwiki.org/wiki.cgi

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.80 | Herbst 2008

Männlichkeit und Gewalt
Kernelemente rechter Identität

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: mail@antifainfoblatt.de
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

RELAXIKON

Schlechte Gutscheine

Die meisten Alternativentwürfe zum kapitalistischen Wirtschaften scheuen Radikalität und Konsequenz wie die italienischen »Kommunisten« Hammer & Sichel. So entpuppen sich jene bei näherem Hinsehen als Varianten kapitalistischen Wirtschaftens. Allin Cottrell, laut JUNGE WELT Professor für »Makroökonomie und Ökonometrie« in Wake Forest/USA, will die allgemeinen Prioritäten – in welche Bereiche investieren wir wieviel? – durch Volksabstimmungen festgelegt wissen. Das klingt zunächst nicht übel. Die näheren Wünsche ergäben sich aus den Entscheidungen des Verbrauchers – die allerdings nicht mehr Kaufentscheidungen heißen dürfen. So schiebt der Verbraucher im Laden »Arbeitsgutscheine« auf den Tisch. Als Arbeiter erhält er für jede Arbeitsstunde einen Schein – aber vielleicht hat er seine Scheine auch gefunden, geerbt oder geraubt. »In jeder Periode wird der Plan angeglichen, um mehr von den Gütern, die relativ zur Nachfrage knapp sind, und weniger von jenen zu produzieren, die nicht so beliebt sind. So haben wir eine Art 'Markt', aber ohne Geld und nicht vom Profit getrieben, sondern von der Bereitschaft der Menschen, Stunden ihrer eigenen Zeit für den Erwerb verschiedener Güter herzugeben.«

Auf diese Art hätten wir in der Tat den Markt beibehalten – und das Geld selbstverständlich auch. Was anderes sollte das Zahlungsmittel »Arbeitsgutschein« darstellen? Mit der Arbeitszeit beruht es sogar auf dem selben Maßstab wie unser herkömmliches Geld. Es dient dem reibungslosen Tausch wie Euro oder Dollar ihm dienen. Wer den Kapitalismus überwinden will, muss jedoch den Tausch ächten. Warum? Weil der Tausch dem quantitativen Denken huldigt, das wir getrost für ungefähr 90 Prozent aller Menschheitssünden verantwortlich machen können. Es führt unweigerlich zu Machtanhäufung und Zynismus. Unsere frühen Vorfahren, die als Wildbeuter durchs Neandertal streiften, übten statt Tausch Verteilung. Jeder bekam was ab, solange die Ausbeute reichte. Reichte sie nicht, musste man vielleicht ein Stündchen länger Nüsse pflücken, ohne damit gleichzeitig »Arbeitsgutscheine« zu sammeln. Dutzende von anarchistischen Kommunen beweisen seit Jahrzehnten, dass sich das Teilen – das nie »ökonometrisch« ist – selbst unter unseren ungünstigen Startbedingungen pflegen lässt. Es bedarf dazu weder Familie noch Staat. Allerdings einer Gemeinschaft, die sich noch für alle Beteiligten übersehen lässt.

Behauptet Cottrell, seine Gutscheinwirtschaft sei nicht mehr vom Profitstreben getrieben, sitzt er reinem Wunschdenken – und eben dem quantitativen Denken auf. Tausch/Vergleich/Konkurrenz kreisen um das Mehr oder Weniger. Sie impfen uns das unablässige Bewerten ein, ob wir wollen oder nicht. Näheres bitte ich dem eingefügten Kasten zu entnehmen. Um eine gängige Metapher zu bemühen, fahren quantitatives Denken, Profitstreben und Fortschrittswahn auf der selben Schiene. Die Alternative erfordert Umkehr. Sie verlangt den Absprung in ein Denken, das vielleicht rhythmisch genannt werden könnte. Stellt Cottrell fest, das grundlegende Kriterium für die Auswahl zwischen alternativen Produktionsmethoden sei die Minimierung der erforderlichen Arbeitszeit, verkündet er Kapitalismus pur. In unseren Kommunen kommt es nicht auf die Dauer sondern auf den Charakter einer Arbeit an. Ist sie sinnvoll? Macht sie Freude? Cottrell scheint echt leninistisch von einer computergesteuerten Megamaschine zu träumen, die alle erwünschten Güter ohne unser Zutun auswirft. Dass sie extrem anfällig wäre und zum Machtmissbrauch geradezu einlüde, interessiert ihn nicht. Und dass sich die freigesetzten BürgerInnen dann zu Tode langweilten, findet er offenbar prima. Was sollen sie tun? Nach Florida fliegen? Am Strand Hautkrebs züchten? Den Milliarden Scharlatanenstücken, die heutzutage als Kunstwerke ausgegeben werden, noch eine Milliarde hinzufügen?

Was weg muss, sind alle Trennungen. Ich nenne nur Arbeit/Freizeit, Arbeit/Urlaub, Erwerbsleben/Ruhestand, Produktionsarbeit/Sozialarbeit, Hand- und Kopfarbeit. Die Abgetrenntheit von jener Megamaschine inklusive Staat gehört natürlich auch in diese Reihe. Cottrell setzt für seine »neue« Planwirtschaft offenbar das übliche Staats- oder Kommunaleigentum voraus. Schon den darin Tätigen billigt er aber nur »eine gewisse demokratische Kontrolle« über ihre Arbeitsbedingungen zu. Zur Krönung hält er »große Änderungen in unserer Art der materiellen Produktion« für unumgänglich, wenn wir auf diesem Planeten das gegebene Jahrhundert überleben wollten – ohne genau darüber auch nur ein Tönchen verlauten zu lassen. Die Forderung grundlegenden Umdenkens wäre gar zu radikal. Wäre sie auch zu irreal?

Den Kapitalismus in unseren aufgeblähten und zentralisierten Organisationsformen überwinden zu wollen, ist meines Erachtens illusorisch. Legionen von roten oder grünen PolitikerInnen – auch in der DDR – haben längst bewiesen, wie automatisch sie sich von uns entfernen, während sie uns angeblich dienen. Übrigens haben sie sich auch von dem in den 80er Jahren beliebten Slogan »small is beautiful« rasend entfernt. In Hochgeschwindigkeitszügen oder 140-PS-Geländewagen. Ich gebe also zu, dass ich mir eine Überwindung des Kapitalismus im Rahmen des derzeitigen Deutschlands nicht vorstellen kann – vom Moloch Europa ganz zu schweigen. Da ich jedoch auf der anderen Seite kein Pygmäe und auch kein Mönch bin, werde ich Mittel und Wege finden müssen, wie ich hin und wieder aus meiner überschaubaren Räterepublik HÖRSELGAU nach Kassel oder Brüssel komme. Das Pferd war über tausende von Jahren hinweg ein hinreichendes Transport- und Arbeitsmittel. Unfälle a lá Eschede mit über 100 Toten kannte es nicht. Bedienen wir uns aber trotzdem der Schienen, weil sie nun schon einmal liegen: wer verwaltet, wartet – und beherrscht das Schienennetz, wenn es in ganz Europa nur Zwergrepubliken gibt?

Vielleicht sollte ich doch lieber zu Hause bleiben. Eigentlich lässt es sich in HÖRSELGAU schon ziemlich gut leben. Einfuhren benötigen wir kaum. Wir machen alles selber – nur umfasst dieses Alles nicht sonderlich viel. Zum Beispiel hegt in unserer Räterepublik kein Mensch den Wunsch, in seiner Hand oder auf dem Balkon des Nachbarn eine Videokamera zu wissen. Für die Computer in unseren 23 Internetcafes haben wir sogar eine eigene kleine Fabrik. Zu verspeisen pflegen wir nicht das, was uns über Satellitenfernsehen das Wasser im Munde zusammenlaufen lassen soll, sondern nur das, was unsere Wälder, Gärten und Ställe je nach Saison gerade so hergeben. Wir brauchen keine Kiwis, die in Wahrheit nur aufgeblasene Stachelbeeren sind. Unsere Räte werden in direkter Wahl bestimmt. SchädigerInnen des Gemeinschaftslebens kommen vor ein Schiedsgericht, dessen MitgliederInnen zumindest teilweise ausgelost werden – eine Anregung, die ich Cottrell verdanke.

Dagegen füge ich jener von Cottrell (zumindest in dem Zeitungsinterview vom 5. Juli 08) unbeantworteten Überlebensfrage nach Änderung unserer Produktionsweisen also diese hinzu: Wie könnte uns die unumgängliche Verkleinerung der gesellschaftlichen Organisationsformen auf diesem Planeten gelingen? Sollte das Wunder geschehen, dass uns Frau Merkel, Herr Obama und Konzernriesen wie SIEMENS, MONSANTO, EXXON MOBIL dazu ermuntern? Sollten sie bereit sein, das Rad der Geschichte auf handhabbare Ausmaße zurück zu drehen – obgleich sie gerade daran verdienen, dass es uns Arschlöcher der Welt überrollt?●

Aus Henner Reitmeiers Relaxikon aller Wunder der Welt, das demnächst im Berliner Oppo-Verlag erscheint – mehr s. unter www.henner-reitmeier.de

TAUSCHRINGE

Tauschringe – Zu dem reichhaltigen reformistischen Plunder, der bedarfsweise nach jeden sieben mageren oder sieben fetten Jahren des Kapitalismus hervorgeholt wird, zählen Tauschringe und allerlei Rechen-, Ersatz- oder gar Freigelder. Das Geld kann so wenig frei sein wie der aufrecht gehende Primat ohne Schwerkraft. Das Geld lebt vom Tausch. Wer es abschaffen will, muss den Tausch auf einen möglichst weit entfernten Planeten verbannen – statt der Erde einen weiteren hübschen Ring anzulegen. Bedenken Sie bitte, dass Tausch Vergleich heißt. Wie aber wollen Sie einen Dachdekkerhammer, eine Milchkuh und die Dankrede, die Wolf Biermann für die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes am Bande hielt, ohne gemeinsamen Maßstab miteinander vergleichen?

Und hier sitzt der Wurm. Jede Form des Geldes liefert diesen Maßstab um den Preis, lauter einzigartige Dinge oder Leistungen über einen Kamm zu scheren. Das gilt abzugslos auch für etwas, das Sie vielleicht »den gefühlten Wert« nennen. Humpeln Sie als RentnerIn gern am Stock durch Ihr Dorf, brauchen Sie bestimmt keinen LANDROVER; Sie spüren aber gleichwohl, er wäre auf dem Markt wertvoll genug, um Ihren Enkeln von dem Erlös ein Studium der Politökonomie zu finanzieren. Unser auf Quantität, Nützlichkeit, Vorteil geeichtes Denken bewertet völlig automatisch. Das Bewerten – und damit auch: Herabsetzen – lässt sich bestenfalls in einer Nichttauschgesellschaft vermeiden. Dort wird mal gegeben, mal genommen. Jeder gibt, was er kann, und nimmt, was er braucht.

Ist aus geografischen oder terminlichen Gründen Verteilung erforderlich, handelt es sich lediglich um ein logistisches Problem. Allerdings liegt auf der Hand, dass eine Nichttauschgesellschaft nur in überschaubaren »Zwergstaaten« machbar wäre. Sie setzt Unmengen an Vertrauen und Bewusstseinsbildung voraus. Vielleicht ist sie sogar nirgends machbar, weil das Wertgesetz (2 Eier = 70 Cent) verdächtig an das Identitätsprinzip (A = A) erinnert. Das hieße, wir wären auf Vergleiche angewiesen, um die Dinge und uns selber überhaupt erkennen zu können.

Erklärung über emanzipatorisches Grundeinkommen

Verfasst im Rahmen des ersten deutschsprachigen Treffens emanzipatorischer Grundeinkommensbefürworter am 23. Oktober 08, Berlin, Haus der Demokratie und Menschenrechte.

Am heutigen Tag haben sich Grundeinkommensbefürworter und Mitglieder der Organisationen Attac Deutschland, Attac Schweiz, Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI), BALADRE Renta Basica, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Inhaltsgruppe Grundeinkommen bei Attac Österreich, Kommunistische Partei Österreichs, Netzwerk Grundeinkommen Deutschland, Netzwerk Grundeinkommen Österreich, Transform Europe und ver.di getroffen, um die emanzipatorische Ausgestaltung eines Grundeinkommens zu diskutieren und diese Ausgestaltung von neoliberalen Modellen, die sich ebenfalls im Grundeinkommensdiskurs situieren, deutlich abzugrenzen.

Wir verstehen ein Grundeinkommen als:

1. Einen individuellen Rechtsanspruch.
2. Dieser wird an alle Menschen ausbezahlt. Grundeinkommen ist ein Menschenrecht unter der Perspektive eines globalen sozialen Rechts. Das beinhaltet: es ist unabhängig von Staatsbürgerschaft und berücksichtigt MigrantInnen und Flüchtlinge.
3. Die Ausbezahlung erfolgt in existenzsichernder und einer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe ermöglichenden Höhe und ohne Bedürftigkeitsprüfung.
4. Grundeinkommen wird ausbezahlt ohne Arbeitszwang oder erzwungene Gegenleistung.
5. Die Höhe des Grundeinkommens soll entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungs- und Teilhabekosten dynamisiert werden.

Als zusätzliche Bestimmungen, die Grundeinkommen emanzipatorisch machen, sehen wir:

6. Grundeinkommen bewirkt eine Umverteilung von Oben nach Unten, insbesondere durch die Besteuerung von Kapital, Vermögen und hohen Einkommen.
7. Es gibt über das Grundeinkommen hinausgehend Mehrbedarfe, Sonderunterstützungen und Sonderbedarfe für bestimmte Personengruppen. Dies betrifft zum Beispiel Alleinerziehende, Schwangere, Behinderte, chronisch Kranke und Menschen mit hohen Wohnkosten.
8. Grundeinkommen ist eingebettet in einen Ausbau, eine Qualifizierung und Demokratisierung der sozialen Sicherungssysteme.
9. Grundeinkommen ist Aspekt des Erhalts, Ausbaus und der Demokratisierung öffentlicher Infrastrukturen.
10. Grundeinkommen ist eingebettet in eine geschlechtergerechte Perspektive, die eine radikale Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit (bezahlte und unbezahlte) zwischen den Geschlechtern realisiert. Weitere Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit sind notwendig.
11. Das Grundeinkommenskonzept ist eingebettet in eine gesellschaftliche Entwicklung und ein Gesellschaftskonzept, die auf ökologische Nachhaltigkeit setzen.
12. Grundeinkommen ist angesiedelt im Kontext der Perspektive der Schaffung einer solidarischen, partizipativen und kooperativen Gesellschaft, die auf der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft basiert.
13. Die Forderung nach Grundeinkommen ist gekoppelt mit weiteren arbeitsrechtlichen Forderungen, insbesondere jenen nach radikaler Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn. Flankierend muss dabei der Personal- und Lohnausgleich diskutiert werden.

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
○ Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
○ Halbjahresabo zu € 29,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

EIN KLEINER CARTOON ÜBER DAS WESEN DES GELDES

Wie funktioniert Geld?

Max von Bock hat im letzten Jahr im Rahmen seiner Diplomarbeit im Fach Design einen kleinen Infofilm zum Thema Geld- und Bankenwesen gemacht.

Handlung des Films: Aliens haben das Geld erfunden, um die Erde und ihre Bewohner auszubeuten.

Erster Teil des 3-teiligen Animationsfilms zur Erklärung des Geld- und Bankenwesens: »10-Punkte-Plan zur effizienten Ausbeutung eines Planeten mit halbintelligenten Lebensformen«
www.youtube.com/watch?v=9BrLrwbkQWQ

Zweiter Teil
www.youtube.com/watch?v=aK2yZlHk4cA

Dritter und letzter Teil
www.youtube.com/watch?v=0VOtdQrCoyk

Zu Max von Bock:
www.maxvonbock.de

Anzeige

LINZER KONFERENZ: 1968 – 40 JAHRE DANACH AUS GLOBALER PERSPEKTIVE

Ein Blick auf die Protestbewegungen

Knapp 100 TeilnehmerInnen waren der Einladung zur 44. Linzer Konferenz gefolgt, die von der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen (ITH) und der Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich veranstaltet wurde. Marcel van der Linden vom IISG in Amsterdam, Angelika Ebbinghaus von der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (Bremen) und Berthold Unfried als Präsident und Eva Himmelstoss als Sekretärin der ITH hatten ein umfangreiches Programm zusammengestellt. Unter den ReferentInnen – auf den call for papers hatte es über 50 Einsendungen gegeben – waren sehr viele junge HistorikerInnen.

Von Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Die Konzeption der Tagung dimensionierte »1968« zeitlich als die »langen sechziger Jahre«, die von 1956 bis Mitte/Ende der 1970er Jahre reichten. Die AkteurInnen und ihre soziale Zusammensetzung seien sehr heterogen gewesen, die verschiedenen Bewegungen hätten aber verschiedene Mentalitäten und politische Ansichten geteilt: Internationalismus, die Kritik an Autoritäten und am Sozialismus in Ost und West oder auch die Bedeutung von Gegenkultur. Wie es auch in der linksliberalen Geschichtswissenschaft mittlerweile Konsens ist, wurde »1968« als globales Phänomen verstanden, da es weltweit (wenn auch nicht überall zugleich) und global aufeinander bezogen stattgefunden habe.

Die 13 Beiträge können hier nur in einer Auswahl vorgestellt werden. Kees van der Pijl (Universität Sussex) beschrieb den Neoliberalismus als (Gegen-)Reaktion auf die Revolten der 1960er Jahre. Er habe im globalen Norden die Wieder-Inwertsetzung der in der Revolte auf den Plan getretenen rebellischen Subjektivität betrieben. Als heutiges Erbe von »1968« sah er die »Globalisierungsbewegung« an, die durch das Internet die erste wirklich internationale Bewegung sei. Die in der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung engagierten Menschen würden Politik als integralen Bestandteil ihres Lebens ansehen, während die »1968er« noch auf eine politische Analyse des Lebens beschränkt gewesen seien. Avishek Ganguly (New York) berichtete über die bäuerlichen Protestbewegungen in Indien und ihre Kooperation mit Intellektuellen; der Wiener Historiker David Mayer wies auf das enorme Selbstbewusstsein der sog. »Dritten Welt« in jenem Zeitraum hin, ja vertrat sogar die These, dass das »Zentrum von 1968« nicht im globalen Norden, sondern in Mittel- und Lateinamerika anzusiedeln sei.

Drei Beiträge junger Historiker widmeten sich dann wieder Europa und seinen globalen Verflechtungen. Paul-Benedikt Glatz (Berlin) sprach zu den Protesten amerikanischer Soldaten gegen den Vietnam-Krieg und über die Aktivitäten der Solidaritätsbewegung, die bis hin zur Unterstützung von Desertionen reichten. Christoph Kalter (Potsdam) referierte darüber, wie im Zuge vor allem der Rezeption von Frantz Fanon in Frankreich und Westdeutschland überhaupt der Mythos der »Dritten Welt« und des »Trikont« entstand. Boris Kanzleiter (Belgrad) sprach zur Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, die für die europäische Linke schon seit mehr als 25 Jahren keine Rolle mehr spielt.

Foto: Archiv

Ilse Lenz (Bochum) wies in ihrem Beitrag »Die neue Frauenbewegung und 1968 – Ein internationaler Vergleich« darauf hin, dass die neue, zweite Frauenbewegung viele Ansätze »der 1968er« erweitert, konkretisiert und umgesetzt hat. Ab 1972 seien Frauen ihrem »widersprüchlichen Ausschluss« aus der Studentenbewegung mit dem Aufbau eigener Strukturen begegnet.

Die hohen, in der Ankündigung der Tagung geweckten Erwartungen an eine »transkontinental vergleichende Analyse« konnten nicht eingelöst werden, dies hatte aber auch wohl niemand ernsthaft erwartet. Der gesellschaftskritische Ansatz und der globale Blickwinkel der Tagung machten sie zu einem sehr sympathischen Ereignis, nicht zuletzt dienen solche Tagungen den TeilnehmerInnen und ReferentInnen ja auch als identitätsstabilisierende Selbstvergewisserung. Kritischer ist da schon die mangelnde Präsenz von Frauen als handelnde Akteurinnen wie die fehlende Aufnahme von Fragen der Geschlechterverhältnisse in den Vorträgen selbst zu bewerten. Dies war schon allein deshalb bemerkenswert, weil die Transformation der Geschlechterverhältnisse die sichtbarste Folge von »1968«, wenn nicht der größte Erfolg sein dürfte. Nicht zuletzt ist Gender mittlerweile ein historiografisches Tool, das nicht unter den Tisch gekehrt werden kann.

Der gesellschaftliche Mainstream blieb ausgeblendet, er war nicht Gegenstand der Tagung. Man könnte aber auch, wie Michael Schneider von der Friedrich-Ebert-Stiftung es in mehreren Beiträgen tat, fragen, ob nicht die Bedeutung von »1968« vor allem darin liegt, welche Wirkung es auf diejenigen hatte, die nicht an grundlegenden Veränderungen interessiert waren und doch gleichzeitig die Transformation der Gesellschaft durch ihr Engagement mit prägten.

Einer weiteren Bearbeitung bedürfen die Fragen: Was gehört alles zu »68«? Kann man Sozialproteste global überhaupt vergleichen? Sind die Folgen von 1968 eine Niederlage oder nicht eher als ein Erfolg zu deuten, die 1970er Jahre also als Verfalls- und Verratsgeschichte oder als Erfolgsgeschichte zu lesen? Geklärt ist, dass die Unterteilung in »alte« und »Neue Linke« hinfällig ist, was schon deutlich wird, wenn man sich die Debatte im Jugoslawien der 1960er Jahre oder auch den historischen Rätekommunismus betrachtet.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die ITH hat eine spannende und angenehme Tagung organisiert, die Themen und Sichtweisen stark gemacht hat, die im geschichtspolitischen Alltag unterzugehen drohen. In den nächsten Jahren dürfen noch einige spannende Publikationen erwartet werden, aber wirklich neue Ergebnisse gab es in Linz nicht, eher erschien »1968« als eine kollektive und persönliche Imagination, die sich ihrer akademisch-definitorischen Einhegung immer wieder entwindet. Und vielleicht ist das auch gut so.

Die vor einigen Jahren virulente Krise der ITH als Organisation ist zwar überwunden, ihre Zukunft erscheint in einem halbwegs positiven Licht und ist zumindest für die nächsten Jahre finanziell einigermaßen gesichert. Ihre anvisierte globale Ausrichtung erfordert aber eigentlich einen vermehrten Einsatz von Zeit und Ressourcen. Ob die 1964 gegründete ITH ein internationaler Ort der Debatte und Vernetzung unter kritischen HistorikerInnen sein soll, und damit vor allem ein Treffpunkt von und für Einzelpersonen oder die Jahresversammlung eines Dachverbandes von Mitgliedsinstitutionen im tendenziell schrumpfenden Feld der Sozial- und Arbeitergeschichte, ist aber weiter offen.

Das Thema der Konferenz 2009 lautet »Labour history beyond borders – Concepts and Consequences«, alles weitere dazu und zur ITH auf ihrer Website (www.ith.or.at).●

Die Beiträge der Tagung erscheinen im Herbst 2009 in einem Sammelband.

HITZEFREI! – alaska – ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALISMUS

Nach längerer Zeit ist endlich wieder eine »alaska« – Zeitschrift für Internationalismus – erschienen. Die aktuelle Ausgabe »Hitzefrei!« zur globalen Dimension der Klimapolitik und ihren politischen Konsequenzen wurde vom Bremer Redaktionsteam Christoph Spehr, Kai Kaschinski und Benjamin Moldenhauer produziert.

Die Zeitschrift unternimmt in verschiedenen Artikeln eine kritische Auseinandersetzung mit der transnationalen Dimension der Klimapolitik. Diskutiert werden vor allem die Schnittmengen zwischen sozialen Bewegungen in der Umwelt- und Internationalismusbewegung sowie linke Ansätze in der Klimapolitik. Die aktuelle Ausgabe informiert unter anderem über militärische Konflikte, die Zweischneidigkeit internationaler Umweltpolitik, die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse, die Kolonialgeschichte und die Popkultur im Zeichen des Klimawandels.

Anzeige

Ein kleines Bonbon: »alaska« erscheint jetzt in neuem Gewand und verführt den Leser/die Leserin mit einem handlichen und optisch todschicken Design.●

Ann-Katrin Lebuhn

Hitzefrei!: Zur globalen Dimension der Klimapolitik und ihren politischen Konsequenzen, alaska – Zeitschrift für Internationalismus (Bernhardstr. 12, 28203 Bremen, Tel./Fax: 0421 72034, Bremen 2008. 97 Seiten, 5 EUR plus Porto)

REZENSION

Die »1968er«-Jahre in Jugoslawien

Kanzleiter und Stojakovic untersuchen die studentischen und gegenkulturellen Proteste in Jugoslawien rund um das Jahr 1968. Mit dieser Publikation wird in der Erforschung der osteuropäischen Sozialbewegungen Neuland betreten, da mit ihrer Hilfe vergessene Aspekte einer Sozialismusdebatte wieder ins Gedächtnis gerufen werden. In ihr finden sich nach einer Einleitung 17 Interviews mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen und danach 57 jeweils mit einer kurzen Einleitung versehene Dokumente aus den Jahren 1958 bis 1974.

Der jugoslawische Bund der Kommunisten (BdKJ) begrüßt die weltweiten Proteste um 1968 ausdrücklich und reagiert anfangs auf die Proteste im eigenen Land freundlich, was sich dann aber ändern sollte. Die Kritik der Studierenden und Jugendlichen richtet sich gegen die unter dem Deckmantel der Arbeiterselbstverwaltung existierenden Privilegien und gegen bürokratische Gängelei, sie fordern mehr kulturelle Liberalität und Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Die Kritik artikuliert sich *innerhalb* der offiziellen kommunistischen Ideologie und fordert die Umsetzung des Programms des BdKJ von 1958 und der Verfassung von 1963. Ein wichtiger Knoten im Netzwerk der Opposition ist die »Gruppe Praxis« rund um die gleichnamige Zeitschrift. Die Zeitschrift *Praxis* erscheint als Publikation von 1964 bis zu ihrem Verbot 1974, sie ist eine wichtige Plattform einer kritischen Neulektüre vor allem der Frühschriften von Marx, aber auch von Theoretikern der neuen Linken in Westen, deren Texte in Jugoslawien zur Verfügung stehen. Ausgehend vom Begriff der Entfremdung treten viele Intellektuelle für ein alternatives Sozialismusmodell ein. Sie kritisieren schon damals, dass die jugoslawische Entwicklung eine Verstärkung der innerstaatlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Republiken bewirke. Sie sind für ein einheitliches und sozialistisches Jugoslawien und erweisen sich mit ihrer Prognose zu einer der wichtigen Ursachen für den späteren Zerfall Jugoslawiens als Propheten – aber die gelten ja bekanntlich im eigenen Land nichts. Bis Mitte der 1970er Jahre ist die »1968er«-Bewegung zerschlagen und auf das Agieren im privaten Raum zurückgeworfen.

Die beiden Herausgeber haben viel Arbeit in das Buch gesteckt. Die Dokumente erscheinen größtenteils in deutscher Erstübersetzung und umfassen Texte und Reden aus der Studentenbewegung selbst, aus der Praxis-Gruppe, aber auch aus der Jugendkultur und den künstlerischen Avantgarden. Das Buch hilft enorm, einen blinden Fleck in der Geschichte der europäischen Linken zu beleuchten. Die zwei Historiker arbeiten derzeit an ihren Dissertationen zu »1968 in Jugoslawien« – die mit Spannung erwartet werden dürfen.●

Bernd Hüttner

Boris Kanzleiter/ Krunoslav Stojakovic: 1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975, Dietz Verlag Bonn 2008, 352 S., 38 EUR

Anzeige

STADTTEILGENOSSENSCHAFT GEOS EG, WUPPERTAL

Arbeiten rund um Haus und Wohnen

GEOS heißt »Genossenschaft Elberfeld-Ostersbaum«. Der Ostersbaum ist ein Stadtbezirk von Wuppertal-Elberfeld. Gegründet wurde die Genossenschaft im März 2008; im Juni 2008 hat sie ihre Arbeit aufgenommen. Die Gründer sind sowohl Arbeitssuchende als auch Fördermitglieder, darunter Institutionen wie Kirchengemeinde und Wohnungsgenossenschaften. GEOS eG will in erster Linie für Arbeitslose aus dem Stadtteil neue, langfristige, sozialversicherte Arbeitsplätze schaffen.

Arno Mersmann, Red. Genossenschaften ● Die Genossenschaft GEOS eG ist in erster Linie im Stadtteil Wuppertal-Elberfeld aktiv. Sie bietet Privathaushalten, aber auch Firmen, Hauseigentümern und anderen Einrichtungen ihre Arbeit an: Gartenarbeit, Reinigungsarbeiten, Haushaltshilfen, kleine Reparaturen, Hausmeisterservice, Entrümpelungen, Tapezieren etc.

Unterstützung der ARGE

Das allein reicht aber nicht, um die zurzeit vier Arbeitsplätze zu erhalten, von denen zwei zunächst für ein Jahr von der *ARGE-Wuppertal* mitfinanziert werden. Zwei muss die Genossenschaft vollständig tragen. Daher waren sie von Anfang an auf die Unterstützung von ortsansässigen Wohnungsunternehmen angewiesen. Ihnen bietet die GEOS eG z.B. Reinigungsarbeiten in Häusern oder Renovierungsarbeiten an. Um hierüber eine gewisse Grundfinanzierung für die Genossenschaft zu sichern, wurden bereits vor der Gründung entsprechende Kontakte geknüpft.

Entstanden ist die Genossenschaft auf Initiative des im Stadtteil aktiven *Nachbarschaftsheim e.V.*, der hier seit 60 Jahren soziale Arbeit macht. Aus Mitteln der EU (LOS-Programm) konnte die Gründungsarbeit gefördert werden. Wichtig war auch die Beratungsleistung durch die *innova eG*, namentlich Hans-Gerd Nottenbohm. Seit September 2007 trafen sich interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil, Förderer und Arbeitsuchende, um auf regelmäßigen Treffen die Genossenschaft auf den Weg zu bringen.

Gegründet am 14. März 2008 von acht Mitgliedern, kommen immer wieder neue Förderer hinzu, zurzeit sind es 22 Mitglieder. Der Mitgliedsanteil beträgt 200 EUR, ein Betrag, der bisher für keinen der Beitrittswilligen zu hoch war, denn auch Ratenzahlung ist möglich. Gerade für die Anfangsphase ist die GEOS eG auf die Unterstützung aus dem Stadtteil angewiesen, um sich erfolgreich etablieren und dauerhafte Arbeitsplätze bereitstellen zu können.

Das Team der GEOS eG spricht alle anfallenden Aufgaben täglich miteinander ab

Solidarische Unterstützung

Die bisherigen Arbeitsplätze entstanden nicht deshalb, weil Kapital dafür vorhanden war, sondern Solidarität aus dem Stadtteil. Im Falle der GEOS eG zeichnet sich die Solidarität durch viele Aspekte aus:

1. Viele zahlen relativ kleine Beträge ein, die den finanziellen Grundstock des Unternehmens ausmachen. Mittlerweile haben 22 Mitglieder jeweils einen Anteil in Höhe von 200 EUR eingezahlt. In erster Linie sind es Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Stadtteil, die dazu beitragen möchten, dass Menschen aus dem Stadtteil Arbeit haben. Es werden weitere Förderer gesucht.

2. Auch die Arbeitsaufträge, die die Genossenschaft bekommt, erhält sie nicht zuletzt, weil die Auftraggeber, Bewohner aus dem Stadtteil oder Institutionen und Unternehmen, die Idee fördern möchten. Besonders von Wohnungsgenossenschaften erhält die GEOS eG einen gewissen Vertrauensvorschuss. Die Wohnungsgenossenschaft »Eisenbahn-Bauverein«, die u.a. Häuser im Stadtteil besitzt, hat bereits erste Aufträge vergeben. Mit zwei weiteren Wohnungsgenossenschaften im Stadtteil sind ebenfalls entsprechende Kontakte geknüpft.

3. Die für das Gelingen des Projektes in der Verantwortung stehenden Personen, zur Zeit acht (Vorstand, Aufsichtsrat und Mitarbeiter), arbeiten solidarisch als Team zusammen und unterstützen sich gegenseitig. Jeden Morgen finden Arbeitssitzungen statt, auf denen gemeinsam darüber beraten wird, was zu tun ist, wer welche Arbeiten übernimmt und auch darüber, wie sich die Genossenschaft weiter entwickeln soll.

4. Neben Mitgliedern, Auftraggebern und Mitarbeitern erhielt die GEOS eG weitere Unterstützung. Neben der Vergabe von Aufträgen stellte die kommunale Wohnungsgesellschaft *GWG* gebrauchte Möbel für die Erstausstattung der Büroräume zur Verfügung. Die *ARGE-Wuppertal* unterstützt das Projekt zunächst für ein Jahr, indem sie für zwei der vier Arbeitsplätze eine Kofinanzierung zur Verfügung stellt. Nicht zuletzt setzen sich Mitglieder auf ehrenamtlicher Basis für die Genossenschaft ein.

Aufwendiger Alltag

Natürlich lief und läuft trotz der ersten Erfolge nicht alles reibungslos ab. Dies gilt von der schließlich geschafften Eintragung ins Genossenschaftsregister, über erste Mitstreiter, die auf dem langen Weg entnervt ihre Mitarbeit einstellten, bis hin zu einer ersten Entlassung. Auch die alltäglichen Auseinandersetzungen, wenn alle Beteiligten in den Mitbestimmungs- und Mitverantwortungsprozess eingebunden werden möchten, erweisen sich manchmal als aufwendig und anstrengend.●

Weitere Informationen:
GEOS eG, Deweerthstr. 8, 42107 Wuppertal
Tel.: (02 02) 496 20 25, Fax: 496 20 28
Email: geos-eg@t-online.de
Web: www.geos-eg.de

MULTIPLIKATORENFORTBILDUNG

Dritte Qualifizierung zum genossenschaftlichen Projektentwickler startet Mitte Januar

Die Gründung von Genossenschaften gewinnt weiter an Attraktivität. Aber es fehlt an entsprechender Wissensvermittlung, an befähigten ProjektentwicklerInnen und Unternehmensberatern für Gruppenexistenzgründungen. Um diese Lücke zu schließen, bietet die innova eG den dritten Fortbildungs-Kurs zum(r) genossenschaftlichen ProjektentwicklerIn an. Die bereits zweimal sehr erfolgreich gelaufene Qualifizierung beginnt am 13.01. 2009 im ökologischen Zentrum Verden.

Sonja Menzel, Red. Genossenschaften ● Genossenschaften verbinden das Umsetzen wirtschaftlicher Aufgaben mit breitem eigenverantwortlichen, solidarischen und demokratischen Handeln. Sie sind ideal zur Umsetzung selbständiger Gruppenselbsthilfe. Die Entwicklung und Betreuung von Team- und Genossenschaftsgründungen erweisen sich mittelfristig oft als stabiler und nachhaltiger als viele Einzelunternehmergründungen.

Projektentwicklungen für Genossenschaftsgründungen sind allerdings eine sehr komplexe Aufgabe. Neben der Wissensvermittlung der Akteure gehören methodisch auch die Analyse der Rahmenbedingungen, Marktuntersuchungen, die Moderation von Prozessen, das Coaching von Gruppen, Beratung von beteiligten Unternehmen, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, Unternehmensfinanzierung und Organisations- und Personalentwicklung zusammen. Nur eine einzige unzureichend bearbeitete Teilaufgabe kann den Projektentwicklungsprozess scheitern lassen. Er sollte deshalb sehr kompetent begleitet werden.

Praxisnahes Wissen

Die praxisnahe, anwendungsorientierte Wissensvermittlung steht im Vordergrund der Fortbildung. Möglich wird dies der »innova eG« durch ihre jahrelange Erfahrungen bei der aktiven Unterstützung von Genossenschaftsgründungen, die Erfahrung von bereits zwei erfolgreich durchgeführten Qualifizierungslehrgängen in den Jahren 2006 und 2007 sowie den Einsatz von praxiserfahrenen DozentInnen aus dem ExpertInnen-Netzwerk der »innova eG«.

Der Rechtsform der Genossenschaft bekommt dabei ein besonderer Stellenwert zu. Trotzdem sind auch genossenschaftliche Strukturen in anderer Rechtsform Gegenstand der Weiterbildung und damit generell Gruppengründungen. Grundlage für den Aufbau der Qualifizierung ist das von der »innova eG« entwickelte Phasenmodell der genossenschaftlichen Unternehmensgründung, untergliedert nach Orientierungsphase, Planungsphase, Gründungsphase und Stabilisierungsphase. Inhaltlich stehen die Module Ausarbeitung der Geschäftsideen, Gruppenentwicklung, Rechtsformgestaltung, Marketing, Wirtschaftsplan und Finanzierung im Vordergrund.

Solidarische Ökonomie

Der Schwerpunkt der Qualifizierung liegt im Bereich der Gründung von Selbsthilfe-, Sozial- und Stadtteilgenossenschaften. In letzter Zeit wurden mehrere neue Stadtteilgenossenschaften gegründet. Sie sind ideale Organisationsformen zur Umsetzung gemeinsamer Ziele bei der integrierten Stadtentwicklung. Sie können eine wichtige Rolle für die Bündelung von Interessen im Quartier spielen. In ihnen liegen große Chancen, das hohe Identifikationspotenzial der Mitglieder mit ihrem Stadtteil mit Beschäftigungs- und Arbeitsplatzwirkungen zu verbinden. Stadtteilgenossenschaften stoßen deshalb auf stark wachsendes Interesse, da sie stärker als andere Ansätze ökonomische und soziale Aufgaben parallel verfolgen. Gleichzeitig entsprechen sie uneingeschränkt den Anforderungen des Empowerment und der Partizipation.

Zweck einer Stadtteilgenossenschaft ist ausdrücklich die wirtschaftliche und soziale Förderung ihrer unterschiedlichen Mitglieder. Sie tut dies durch die Bündelung und Konzentration ihrer Kräfte und die nachhaltige Tätigkeit und Wirkung ihres genossenschaftlichen Geschäftsbetriebes in einem überschaubaren Raum. Dabei ist sie nach den vier genossenschaftlichen Charakteristika, dem Förder-, dem Identitäts-, dem Demokratie- und dem Solidaritätsprinzip organisiert. Im Unterschied zu den meisten sonstigen Genossenschaften verfolgt sie aber nicht nur mitgliederorientierte, sondern auch allgemeine Förderaufgaben zugunsten des Stadtteils, dessen Entwicklung sich ihre Akteure zur Aufgabe gemacht haben.

Engagierte ProjektentwicklerInnen der innova eG mit genossenschaftlicher Gründungserfahrung vermitteln ihr Praxiswissen

Konkrete Gründungen

Während der Qualifizierung ist eine parallele Projektentwicklung angestrebt. D.h., die TeilnehmerInnen betreuen während der Weiterbildung eine eigene Genossenschaftsinitiative. Erfahrungsgemäß wird so das Gelernte am besten gefestigt, ergänzt und umgesetzt. Die »innova eG« gibt dabei unterstützende Begleitung (Support).●

Organisatorisches

Aufbau der Weiterbildung

In sechs viertägigen Seminaren im Jahr werden die inhaltlichen Bausteine entsprechend der Phasen genossenschaftlicher Projektentwicklung vermittelt. Die Seminare sind mit einem begleitenden Support verknüpft für die parallel verlaufende genossenschaftliche Projektentwicklung der TeilnehmerInnen.

Veranstaltungsort

Die Präsenzphasen finden im Bildungshaus der Bewegungsakademie in Verden/Aller statt: www.bewegungsakademie.de.

Information und Anmeldung

innova eG, Anmeldungen und weitere Fragen an info@innova-eg.de; telefonische Ansprechpartnerin Dr. Sonja Menzel, Tel: (03 41) 681 09 85, Kurt-Eisner-Str. 41 in 04275 Leipzig. Weitere Informationen unter www.innova-eg.de.

Kosten

Die Teilnahmegebühr beträgt 300 EUR (gemäß § 4 Nr. 21 UStG ohne MWSt) pro Seminarmodul von vier Tagen inklusive eines Supports zu dem jeweiligen Inhalt des Moduls bei der Umsetzung eines Genossenschaftsprojektes. Zzgl. werden 300 EUR (inkl. 19% MWSt) für Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkostenerstattung zum Lehrgangsort und zurück berechnet.

Die TeilnehmerInnen können sich die Teilnahmekosten durch die Nutzung einschlägiger Programme der Bundesagentur, des Bundes und der Länder zur Förderung der Weiterbildung von Arbeitnehmern, Selbstständigen bzw. Arbeitslosen fördern lassen.

Kleine geile Firmen

Der Hamburger Historiker und Euromayday-Aktivist Arndt Neumann untersucht in seinem Buch, inwieweit die historische Alternativbewegung im westdeutschen »Modell Deutschland« der 1970er und 1980er Jahre ein Wegbereiter des Neoliberalismus war. Viele alternative Projekte sehen damals im kollektiven und selbstbestimmten Arbeiten einen Gegenentwurf zur Unterordnung im Büro und am Fließband und gehen voller Elan an die Gründung von Kinderläden, Druckereien, Fahrradwerkstätten und so weiter. Schon bald stoßen sie allerdings an die Grenzen eines auf Konkurrenz basierenden Kapitalismus. Die chronisch unterkapitalisierten Projekte müssen ihre Wettbewerbsnachteile durch vermehrtes »unternehmerisches« Denken und durch Mehrarbeit oder Spendensammeln ausgleichen.

Neumann untersucht drei größere Projekte bzw. Ereignisse genauer: Die Gründung der Tageszeitung *taz*, die im Nachhinein als erstes Projekt angesehen werden kann, das konzeptionell und schon bei seiner Gründung post-alternativ war; dann den *tunix*-Kongress 1978, den 20.000 Personen besuchen und der eine gewisse Repolitisierung der Alternativszene symobilisiert und schließlich die Gründung des *Netzwerk Selbsthilfe*. Konflikte, die sich bis heute durch die Linke ziehen, und wie sie sich aktuell wieder in der Debatte um das Grundeinkommen ausdrücken, haben ihre Wurzeln in jener Periode: Sollte die post-sozialistische »Politik der ersten Person« vor allem der individuellen Emanzipation dienen, oder war sie ein kollektiver, ja antikapitalistischer Ansatz? Waren die damals ja noch weit stärker fließenden Sozialgelder die Basis für die Mangelökonomie der Projekte, oder sollten sie nicht eher – im Sinne der »Aneignung« – zur Finanzierung des politischen Kampfes dienen? Ist »Arbeit« gestohlene Lebenszeit oder ist Lohnarbeit der Ort des Kampfes?

Das Bedürfnis nach Autonomie verbindet sich dann bald mit dem unternehmerischen Denken und dem Zwang zu mehr Effizienz, sind doch die Angehörigen der Alternativprojekte ArbeiterInnen und UnternehmerInnen zugleich. Neumann schildert auch den Ideentransfer und den Kompetenzaustausch in die Mehrheitsgesellschaft, die zum einen über prominente Einzelpersonen, wie etwa Matthias Horx, aber auch generell von statten gehen, denn die »Gegenseite« schläft nicht. Die Ideen und das Arbeitsverständnis der alternativen Bewegung werden im Laufe der Zeit zu Bestandteilen der neuen postfordistischen Arbeitsverhältnisse und gehen dann in den 1990ern im Feld der »neuen Selbständigkeit« auf: Dynamik, Netzwerke, Kreativität oder flache Hierarchien sind heute längst nicht mehr kritisch oder gar links konnotiert.

Neumanns Text bleibt gelegentlich oberflächlich, was aber vor allem seiner Kürze geschuldet ist. Mit seinem Buch hat er einen lesenswerten und längst überfälligen Beitrag zur historischen Reflexion über alternative Betriebe und das Verhältnis von Selbstbestimmung und Ausbeutung vorgelegt. Auch wenn sich keine gerade Linie von den Latzhosen und Wollsocken zu den zeitgenössischen urbanen Pennern, ziehen lässt, die ohne ihre Laptops nicht leben können und sie doch gleichzeitig hassen – Neumann bietet seinen LeserInnen einen wichtigen Beitrag zur Debatte um Neoliberalismus und die vielen Facetten seiner Hegemonie.●

Bernd Hüttner

Arndt Neumann: Kleine geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management; Edition Nautilus Hamburg 2008, 96 Seiten, 10 EUR

Linksliberalismus 2.0

Klüger zur Sonne, zur Freiheit!

Vor zwei Jahren hatte der 1971 geborene Rickens mit seinem Buch »Die neuen Spießer« eine ätzende, aber gleichwohl hervorragend geschriebene Kritik an den die Feuilletons bevölkernden Vertreter der neuen Bürgerlichkeit vorgelegt. Er unterzog Eva Herman, den FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher, den Verfassungsrichter Udo di Fabio und Professor Paul Nolte einer fundierten Kritik. Der Tenor seiner damaligen Thesen: Deutschland leidet nicht an zu viel Toleranz, Frauenarbeit oder Individualismus, sondern an zu wenig. Nicht zuletzt seien diese neokonservativen Ansichten gesellschaftspolitisch reaktionär und ökonomisch kontraproduktiv. Das verwunderte damals auch noch auf den zweiten Blick, denn der Autor ist seit mehreren Jahren Mitarbeiter des »Manager Magazins«.

In seinem neuen Buch beschreibt Rickens den viel diskutierten Linksruck in Deutschland. Dieser besteht für ihn vor allem in einer Rückkehr zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, weniger im Auftreten der Partei DIE LINKE, als in den Reaktionen der anderen Parteien und in den veränderten Vorstellungen ihrer Wähler. Alle politischen Akteure müssen sich heute zum größer werdenden Wunsch nach mehr Staat bei sinkendem Vertrauen in den Staat als handlungsfähiger und vertrauenswürdiger Einrichtung verhalten.

Die Bevölkerung will mehr Umverteilung – bei schrumpfenden Etats – und mehr soziale Gerechtigkeit. Und dies alles in einer längst multikulturellen Gesellschaft. Rickens definiert »links« aber so, dass man nicht nur »die Welt von gestern verteidigen«, sondern auch von einem besseren Morgen zu träumen lernen müsse. Damit befindet er sich mitten im unübersichtlichen Feld zwischen Staat und Markt und zwischen Demokratie und Autorität.

Die zentrale Frage für Rickens lautet: Will man hin zu einem Linksliberalismus 2.0, der die Globalisierung bejaht, sie aber politisch gestaltet, der das Grundeinkommen mit guten Begründungen einführt und für größtmögliche kulturelle Vielfalt eintritt? Oder will man, »zurück«, so nennt es Rickens, zu geschlossenen Märkten, innerhalb derer dann ordentlich umverteilt werden kann, wo »freie Fahrt« für alle Bürger herrscht und die immense Staatsverschuldung ignoriert wird?

Die zweite Möglichkeit lehnt Rickens ab und bringt viele gute Argumente für seinen Linksliberalismus 2.0, ja er schließt sein Buch sogar mit einer »Regierungserklärung 2013« ab: So sei der Keynesianismus überholt, Hartz IV die mutigste Modernisierung des Sozialstaates und der größte Abbau sozialstaatlicher Leistungen zugleich gewesen. Die Globalisierung habe genau jene demokratiearmen Systeme groß gemacht, die den Individualismus als Kern der neoliberalen Ideologie ablehnen: China und Russland. Das Bildungssystem in Deutschland sei extrem wenig an Chancengleichheit orientiert, was sich keine Volkswirtschaft auf Dauer leisten könne. Es sei allerhöchste Zeit für einen neuen Investitionsbegriff, oder für eine verstärkte Einwanderung von Hochqualifizierten und Facharbeitern.

Gleichzeitig zeigt er – ähnlich wie Karl Lauterbach in seinem Buch über den Zweiklassenstaat – die Schwachstellen des deutschen Bildungs- und Gesundheitssystems und macht deutlich, dass hier Reformbedarf besteht. Privatisierung lehnt er nicht grundsätzlich ab. Er ist für mehr Stellen bei der Polizei und den Jugendgerichten. Und Freihandel befürwortet er, wenn die Koalitionsfreiheit für die Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Staaten weltweit garantiert ist. Offen bleibt, wer dieses Programm umsetzen soll.

Die Themenvielfalt und die vertretenen Thesen mögen bei einigen Lesern für Verwirrung sorgen – und das ist auch gut so. Bei einer Auseinandersetzung mit dem leicht zu lesenden Buch von Rickens geht es weniger darum, ob er in jedem Absatz recht hat. Der Gewinn, der bei der Lektüre erzielt werden kann, liegt vielmehr darin, dass er ein kluger Vertreter der neuen kritischen Generationen ist, die bislang mit der LINKEN wenig anfangen können – wie umgekehrt. Diesen jüngeren und innovativen Milieus, für die – aus Not und Tugend – ein Leben jenseits der Festanstellung Alltag ist, erscheint die politische und gewerkschaftliche Linke vor allem als Veranstaltung alter Männer, die von der Lebensrealität der heute 20- bis 35-jährigen Frauen und Männer wenig wissen. Da sind wir wieder bei der Frage »Was ist heute links?« und bei der nach dem Verhältnis von sozialen und politischen Grundrechten. Bei den Debatten darüber wird man dieses Buch in Zukunft beachten müssen. Es bietet eine Menge Anregungen zum Nachdenken, damit »Links!« nicht nur ein medial stimuliertes Lebensgefühl bleibt, sondern praktische emanzipatorische Wirkung zeigt.●

Bernd Hüttner

Christian Rickens: Links! Comeback eines Lebensgefühls; Ullstein Verlag, Berlin 2008. 254 S., geb., 16,90 EUR.

Kulturrevolution als Vorbild

Muss man sich heute noch mit dem Maoismus beschäftigen? Wenn man ihn als handlungsanleitende Ideologie betrachtet oder die Relevanz der sich auf den Maoismus berufenden marxistisch-leninistischen Gruppen im Westdeutschland der 1970er und 1980er Jahre untersucht, kann die Antwort nur »nein« lauten. Wenn Maoismus und die damit verbundene chinesische Kulturrevolution aber als bedeutender Bezugspunkt für die fortschrittlichen Bewegungen der 1960er Jahre weltweit verstanden wird, dann muss die Frage bejaht werden. Nicht zuletzt lässt sich anhand der Geschichte der maoistischen Gruppen im deutschsprachigen Raum zeigen, wie Linke sich Ideologien und Images aneignen, in welcher historischen Situation und mit welcher Begründung.

Der Band *Kulturrevolution als Vorbild* untersucht, warum sich Ende der 1960er Jahre so viele Menschen für die chinesische Kulturrevolution begeistern und wie sie sich ihr Bild von Mao und China konstruieren, was für sie daran attraktiv ist. Die sich entmischende Studentenbewegung befindet sich 1969 in einer Krise. Da bietet sich China und der Maoismus mit seiner Stellung gegen die Supermächte und mit seiner vorgeblichen Bürokratiekritik und seinem Engagement für die »Dritte Welt« als positiver Bezugsrahmen an. In der Krise der antiautoritären Bewegung entwickelt der Maoismus die größte Anziehungskraft. Warum dies so war, kann das Buch auch nicht schlussendlich klären, es bleibt das große »schwarze Loch«, das im Buch mehrmals erwähnt wird. Die Texte geben aber viele Hinweise: Integraler Bestandteil des Maoismus war zum Beispiel die positive Bezugnahme auf die Jugend und eine Verklärung des Bauern als »einfachem Menschen«, der der vorgeblichen Kälte des westlichen Kapitalismus entgegengestellt wurde, alles Ideen, an die die Neue Linke anknüpfen konnte. Die Disziplin und Geschlossenheit der maoistischen Gruppen erscheint damals als Ausweg aus der Niederlage der außerparlamentarischen Opposition und als Mittel, endlich den ersehnten Kontakt mit der Arbeiterklasse zu erreichen.

Der chinesische Bezugsrahmen gerät dann ab 1976 ins Wanken. Einerseits durch die aufkommenden neuen sozialen Bewegungen und ihre weit attraktiveren Politikformen, andererseits durch die Veränderungen in China selbst. Es sollte aber noch bis Anfang der 1980er Jahre dauern, bis sich die ersten maoistischen Gruppen auflösten.

Das Buch enthält zwei autobiografische Beiträge sowie teilweise arg detailverliebte Artikel zur Mao-Rezeption in der ersten Generation der *Roten Armee Fraktion*, in kommunistischen Gruppen in der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich und zu Mao als Ikone der linken Popkultur. Es ist ein Beitrag zur Ideen- und Organisationsgeschichte der radikalen Linken im deutschsprachigen Raum.

Schlussfolgerungen für heute lassen sich nur sehr vermittelt ziehen, gehört doch der Maoismus einer vergangenen Epoche an. Die derzeit überall anzutreffende unkritische Bezugnahme auf die »Wiederkehr des Sozialismus« in Südamerika zeigt aber erstaunliche Parallelen zu den damaligen Verhältnissen.●

Bernd Hüttner

Sebastian Gehrig, Barbara Mittler, Felix Wemheuer (Hrsg.): Kulturrevolution als Vorbild. Maoismen im deutschsprachigen Raum, Peter Lang Verlag Frankfurt/Main 2008, 221 S., 39 EUR

Biographie von Abel Paz

Die spanische anarchistische/anarchosyndikalistische Bewegung ist ein Mythos. Ausgeschlachtet von parteiischen Schreibern ist die anarchosyndikalistische CNT immer wieder instrumentalisiert worden. Fazit der bibliotheksfüllenden Schriften über den spanischen Anarchismus – und notabene den »Bürgerkrieg« – ist: dass hier noch viele Fragen zu stellen sind, die beantwortet werden sollten. Und viele Spuren sind noch zu verfolgen.

Biographien sind z.B. solche Spuren. Eine solch wichtige ist die des Buenaventura-Durruti-Biografen Abel Paz (d.i. Diego Camacho), der 1921 in Almería (Andalusien) geboren wurde – zu einer Zeit als die CNT einen großen Aufschwung erlebte, zugleich aber durch die Diktatur des Generals Primo de Rivera unterdrückt und in die Illegalität gedrängt wurde.

Es sind aber nicht primär die politischen Vorgänge, die die Biografie von Paz bestimmt: Es ist der soziale Hintergrund, die familiären Verhältnisse, die nachbarschaftlichen Beziehungen, die tägliche Solidarität, der Alltag der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse, die Paz aus seiner kindlich-jugendlichen Sicht ohne Schnörkel anschaulich macht. Das ist der Humus, aus dem der spanische Anarchismus wuchs. Es waren diese Milieus, die diesen spezifischen Anarchismus ausmachten, die der rein »intellektuelle« Anarchismus des »Nordens« entbehrte.

Bei allen instruktiven Schilderungen wird klar: Paz ist niemand der sich produzieren will; niemand der in die Literaturannalen eingehen will. Seine Biografie ist ein Bericht aus der Tiefe der spanischen Arbeiterbewegung; eine Schilderung, die unprätentiös die autonome Selbstorganisation der Arbeiterbewegung aus den alltäglichen Bedürfnissen schildert: Aus einer feudalistisch-klerikal-monarchistisch dominierten Gesellschaft bildete sich spontan und organisiert eine facettenreiche Gegenbewegung, die die »bewährten« freiheitlichen Traditionen, Gebräuche und Sitten des Landes integrierte und sich konsequent gegen jegliche Unterdrückung der Herrschenden (Staat, Kirche, Militär, Großgrundbesitzer) ohne Kompromisse auflehnte. Im wahrsten Sinne war es eine Volksbewegung.

Paz zeichnet ein eindrucksvolles Sozialgemälde eines Teils der spanischen Gesellschaft der 1920/1930er Jahre, die – im Gegensatz zu den nordeuropäischen Gesellschaften – noch feudalistischen Strukturen verhaftet war. In ihr dominierte die Familie als der Solidarverband zum Überleben. Die natürliche Nachbarschaft ist der andere Überlebensfaktor. Und die Organisierung des Alltags, auch als Widerstandshaltungen gegen die herrschenden Verhältnisse, ist die Herausbildung von individueller und kollektiver Identität: das Bewusstsein, diese Verhältnisse ändern zu müssen und zu können. Die anarchistische Sozialisation, die Paz durchgängig plastisch schildert, ist die aus der Perspektive eines libertären »Anfängers«, der »privilegiert« war: »Es ist klar, dass, wenn man in einer Familie aufwächst, wo der Klassenkampf gelebt wird und auf eine Schule geht, wo das gleiche unterrichtet wird, dies die Bewusstwerdung beschleunigt.« (S. 86) Privilegiert auch deshalb, weil Paz schon als Kind erfuhr, dass Selbstorganisation (wie z.B. die libertäre »Moderne Schule«) möglich und unabdingbar für ein selbstbestimmtes Leben ist. Paz fasst diesen Prozess so zusammen:

»... man war davon überzeugt, dass ohne eine Vorbereitung, die den Arbeitern Wissen und Bewusstsein gäbe, die angestrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich sei. Folglich maß man der Verbreitung grundlegender Kenntnisse über die wesentlichen Mechanismen dessen, was die Bourgeoisie Kultur nannte, entscheidende Bedeutung bei. Es war eine ständige Arbeit, ... (die) hervorragende Früchte trug.« (S. 122)

Die Aneignung gesellschaftlicher »Mechanismen« war es dann auch, die die anarchosyndikalistisch/anarchistisch Organisierten nach dem Generalspustch 1936 und dem Beginn des Spanischen Bürgerkriegs in die Lage versetzte, in Teilen des Landes einen selbstorganisierten und -verwalteten Sozialismus (»Soziale Revolution«) ansatzweise zu realisieren. Diese Revolution (und bis hierhin reicht der erste Band der Erinnerungen von Paz) »wurde nicht gemacht«, so Paz, »um Menschen zu töten, sondern um besser zu leben, ohne Angst und in Freiheit«. (S. 170)●

Hans Jürgen Degen

Abel Paz: Feigenkakteen und Skorpione. Eine Biographie (1921-1936). Band 1, Verlag Edition AV, Lich/Hessen 2007, 14 EUR

Landwirtschaft und Migration

»Ob Hungerrevolten im globalen Süden, wütende Proteste von Milchbauern und -bäuerinnen in Deutschland oder weltweiter Widerstand gegen gentechnologisch manipuliertes Saatgut – es liegt schon lange zurück, dass landwirtschaftspolitische Fragestellungen derart viel Beachtung in den (Massen-)Medien erfahren haben wie zur Zeit. Wir begrüßen dies – bei aller Dramatik des Anlasses. Wird doch auf diese Weise der ebenso simple wie grundsätzliche Umstand in Erinnerung gerufen, dass im Kapitalismus auch die Produktion von Nahrungsmitteln der schnöden Logik des Profits gehorcht. Einer der diesbezüglich markantesten Sachverhalte ist zweifelsohne das komplexe Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Migration.« So heißt es im Vorwort der Broschüre »Peripherie und Plastikmeer«.

Seit dem Jahr 2000 engagiert sich Longo maï zusammen mit dem Europäischen BürgerInnenforum vor allem im spanischen Andalusien, aber auch in anderen Regionen Europas, für die eingewanderten LandarbeiterInnen. Verschiedene Autoren und Autorinnen berichten in der Broschüre über die Ausbeutung von MigrantInnen aus Afrika und Osteuropa in der industriellen Landwirtschaft in Westeuropa und über Strategien des Widerstandes der Direktbetroffenen. Gleichzeitig werden die Hintergründe der Migration in den Herkunftsländern beleuchtet.●

Michael Rössler

NoLager Bremen, Europäisches BürgerInnenforum (Hrsg.): PERIPHERIE & PLASTIKMEER – Globale Landwirtschaft – Migration – Widerstand, 112 Seiten, 2008, 5 EUR plus Versandkostenanteil. Bestellungen bei: plastik.meer@reflex.at

Fast ganz unten

Ein tiefer Einblick in die Entstehungsgeschichte und den Alltag der Tafeln – jener Umschlagplätze für Lebensmittel, die im Supermarkt nicht mehr verkauft werden und nun, statt im Container zu landen, an Bedürftige verteilt werden. Das Buch schildert die Abläufe vom Laden bis zur Verteilung an Menschen, den Dienst und die Mitarbeit vieler sozial engagierter Menschen, Konflikte und geweckte Begehrlichkeiten. Thematisiert wird auch der Konflikt zwischen kapitalistischem Wirtschaften und der Hilfe für dessen Opfer.

Was fehlt, sind Konkurrenzen, denn viele Tafeln fügen den Kontrollen an Arbeits- und Sozialamt eine weitere hinzu, in dem sie Bedürftigkeit objektivieren wollen. Ob bzw. wieweit Tafeln die Ausputzer der Profitlogik oder ob sie ein Baustein zu mehr Unabhängigkeit und angstfreiem Leben sind, hängt von der Organisierungsform der Tafeln selbst ab. Gratisökonomien wie Umsonstläden oder Container-Coops hadern vielerorts mit den formalisierten Abläufen der Tafelausgabe.●

Jörg Bergstedt

Stefan Selke: Fast ganz unten. 2008, Westfälisches Dampfboot in Münster, 231 S.

Anzeige

Tierra y Libertad

Das deutschsprachige Fachmagazin in Solidarität mit den Zapatistas und Bewegungen von links und unten. Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr. Die aktuelle Ausgabe #64 (Winter 08/09) ist ab sofort erhältlich bei abolandundfreiheit @ riseup.net (1 Ex.-2€ / 10 Ex.-6€ / 20 Ex.-10€)
Als PDF kostenfrei herunterzuladen auf der Seite: www.ya-basta-netz.de.vu

PROJEKTE

WG-Aufbau und Altwerden für 5 bis 7 Frauen; Handwerk, Tiere, Garten auf Denkmalhof, Südeifel: Miete / Beteiligung / FAIRCONOMY.
☎(0 65 22) 10 46 (AB)

JOBS

Alle zwischen 16-26 Jahren: ab Aug/Sept 2009 FÖJ-Stelle im Waldgarten-Selbstversorgungsprojekt in Niedersachsen frei! Selbstverwaltet und idealistisch!
MAIL allmendeperma@web.de
☎(0 42 31) 90 50 30
allmende.de.vu

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax **(06 21) 30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Selbstorganisation im Alltag: 12435 Berlin**, Patrick Neuhaus, Krüllstr. 5, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 12.12.-14.12.2008
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

LOS GEHT'S 2009

... und es geht wieder los. Pfingsten 2009 (**29.5. bis 2.6.2009**) findet das siebte Los Geht's statt. Veranstaltet und getragen vom Netzwerk der politischen Kommunen. Veranstaltungsort wird vermutlich Stauffenberg-Escherode (Nähe Kassel) sein.
Für mehr Infos: www.kommuja.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Vom **20. bis 22. Februar 2009** findet in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt.
Nachfolgend der Aufruf zum Kongress:
Vor dem Hintergrund einer lebendigen globalisierungskritischen Bewegung gewinnen vielfältige Projekte solidarischer Ökonomie an Kraft. Unsere Hoffnung gilt der Stärkung und Vernetzung aller Initiativen, die kritische Theorien und praktische Projekte verbinden. Sie alle suchen gemeinsame Wege in Richtung gesellschaftspolitischer, ökologischer und kultureller Veränderungen. 2006 fand ein Kongress zur Frage »Wie Wollen Wir Wirtschaften?« in Berlin statt. Es kamen 1.400 Leute, statt der erwarteten 500!
Ausgehend von diesem Kongress formulieren wir unsere Ziele:

- Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene.
- Den Begriff »Solidarische Ökonomie« bekannt machen.
- Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis.
- Motivieren, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Das Verständnis von Solidarökonomie soll dabei breit angelegt werden – also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.
Wir wollen den Begriff »Solidarische Ökonomie« bewusst nicht eng eingrenzen um sehr unterschiedlichen Konzeptionen und Ansätzen Platz zu geben und kontroversielle Diskussionen zu ermöglichen. Dabei geht es um Kritik der Geschlechterverhältnisse, Grenzregime, Kapitalismus und/oder der Zerstörung natürlicher Lebensräume und auch um einen selbstreflexiven Blickwinkel auf solidarökonomische Projekte, wie z.B.: selbstverwaltete Räume und Betriebe, alte und neue Genossenschaften, solidarische Wohnformen, Aneignung von Raum und Ressourcen, Kommunen, Unternehmungen mit sozialer Zielsetzung, Bleiberechtsinitiativen, Tauschringe, Regionalwährungen, Frauenräume und feministische Projekte, Umsonstläden, alternative Finanzierungseinrichtungen, fairer Handel, Solidarische und Interkulturelle Gärten, Volxküchen, landwirtschaftliche Direktvermarktung, Ökodörfer, OpenSource, Alternative Bildungseinrichtungen, Wissensallmende, Grundeinkommen u.v.a.m.
Näheres zur Kogressgestaltung, der Struktur, Mitgestaltung und Anmeldung: www.solidarische-oekonomie.at

ANARCHIETAGE & BUCHMESSE

Vom **2. bis 7. Februar 2009** werden in Winterthur zum fünften Mal die »Anarchietage« stattfinden. Ohne falsche Bescheidenheit können wir sagen, dass diese Veranstaltungsreihe nicht nur der größte und wichtigste jährlich stattfindende libertäre Anlass in der Schweiz ist, sondern es auch international zu einiger Bekanntheit gebracht hat.
Als Ergänzung wird am **31. Januar und 1. Februar 2009** eine libertäre Buchmesse stattfinden – unseres Wissens ein Novum in der Deutschschweiz. Während den letzten Jahren sind immer mehr solche Messen entstanden: in Bulgarien, England, Frankreich, Irland, Italien, Kanada, Kroatien, Mexiko, Portugal, Spanien... – nicht aber im deutschsprachigen Raum.
Dabei gäbe es gute Gründe: Einerseits gibt es auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchaus ein anarchistisches Verlagswesen, das aber trotz einem interessanten Programm ein Nischendasein führt. Andererseits zeigen Erfahrungen aus anderen Ländern, dass solche Buchmessen ein Publikum weit über die anarchistische Szene hinaus anziehen können, daneben sich aber auch hervorragend als Treffpunkt der internationalen libertären Bewegung anbieten. Durch die anschließenden Anarchietage, die auch diese Mal mit einem spannenden Programm aufwarten werden, lohnt es sich zudem gleich doppelt, die Reise nach Winterthur anzutreten.
Kontakt:
www.buechermesse.resistencia.ch
www.buechermesse.ch
www.arachnia.ch/etomite/Joomla/

GENOSSENSCHAFTEN

3. Qualifizierungskurs
Genossenschaftliche Gruppengründungen für und mit am Arbeitsmarkt Benachteiligten nehmen an Bedeutung zu. Das gilt besonders in Bereichen von Solidarischer Ökonomie und Stadtteilgenossenschaften. Um solche Gründungen systematisch zu stärken, bietet die innova eG eine weitere Fortbildungsreihe zum/zur genossenschaftlichen Projektentwickler/in an. Starttermin ist am **13.01.2009** im Ökologischen Zentrum Verden.
Detailprogramm und weitere Informationen bei:
innova eG, Dr. Sonja Menzel
☎ (03 41) 681 09 85
www.innova-eg.de

FRAUEN/LESBEN

Autonom-Feministisches FrauenLesben-Treffen
Anknüpfend an das europaweite Frauen-LesbenTreffen in Freiburg/Deutschland zum Jahreswechsel 2008 organisieren wir ein nächstes Treffen. Wir wollen feministische FrauenLesben aus verschiedenen Ländern kennenlernen, die sich in unterschiedlichen Kämpfen gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie, Kapitalismus, Faschismus, Patriarchat bewegen. Wir wollen uns zu radikal-feministischer Theorie und Praxis austauschen und gemeinsam Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten diskutieren. Zusätzlich wollen wir in Workshops unsere praktischen Fähigkeiten erweitern und Aktionen vor Ort setzen.
Alle Teilnehmerinnen sind aufgefordert, sich aktiv einzubringen, sei das mit Workshops, Aktionen, Diskussionen vorbereiten, die eigenen Fähigkeiten weitergeben, mitdiskutieren, dolmetschen, kochen, putzen, etc. Selbstorganisierung heißt, dass wir als Frauen die Geschichte selbst in die Hand nehmen, um Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit für Frauen aufzubauen.
Selbstorganisierung bedeutet, dass wir gemeinsam Strukturen im Kleinen und im Größeren schaffen, die jede mitgestalten kann. Selbstorganisierung heißt, dass wir uns die notwendigen Arbeiten für das gemeinsame Leben in den Tagen aufteilen.
Termin: 9. bis 14.4.2009, Wien
Information & Anmeldung:
feministeurope@wolfsmutter.com
http://feministgathering.wolfsmutter.com

JUNGE LINKE

Von Menschen und Tieren
Seit einigen Jahren gibt es in der linken Szene eine Strömung, die mit den Namen Tierrechts-, Tierbefreiungs- bzw. Antispeziesistische Bewegung bezeichnet werden kann. Die Vielfalt der Namen deutet schon an, dass es sich um eine heterogene Bewegung handelt, deren Mitglieder und Gruppen sich mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen dem hiesigen Verhältnis zwischen Mensch und Tier nähern, es kritisieren und verändern wollen. Ihr gemeinsames Ziel ist eine vegane Gesellschaft, über deren sonstige politische und ökonomische Ausgestaltung jedoch Uneinigkeit besteht. Wenn von anderen linken Gruppen daran Kritik geäußert wird, geht sie oft an den aktuellen Theorien dieser Bewegung vorbei oder ist einfach nur platt polemisch.
Wir wollen in diesem Seminar unsere Analyse darüber vorstellen und mit Euch diskutieren, wie Kapitalismus und die politische Einrichtung unserer Gesellschaft sowohl mit der alltäglichen Benutzung von Menschen und von Tieren als auch mit den heutigen Bildern und Vorstellungen über Tiere und Menschen zusammenhängen. Auf dieser Grundlage wollen wir zusammen rechtstheoretische, soziologische, sowie durch die Kritische Theorie inspirierte Begründungen für die Forderung nach einer veganen Gesellschaft zur Kenntnis nehmen und differenziert kritisieren.
Es soll auch darum gehen, ob bzw. an welchen Stellen diese Theorien umschlagen in eine Zustimmung zu den Prinzipien der heute herrschenden Verhältnisse, die den Lebensunterhalt und die Befriedigung der Bedürfnisse von Menschen systematisch von ihrem individuellen Erfolg in der ökonomischen Konkurrenz abhängig machen. (Wobei unserer Meinung nach die rücksichtslose Zurichtung und Nutzung all dessen, was zur »Natur« gezählt wird, eine weitere Konsequenz derselben Verhältnisse ist.)
Außerdem sollen auch der Begriff »Speziesismus« sowie das Konzept »Unity of Oppression« erläutert werden. Schon mal vorweg: Wir meinen begründen zu können, warum sie weder zum Verständnis der Gesellschaft, noch zu deren Kritik oder zur Begründung einer allgemeinverbindlichen Moral sinnvoll sind. Auch das können gern Diskussionspunkte sein. Kurz gesagt: Es geht um die Frage, ob »die Befreiung der nichtmenschlichen Tiere« wirklich ein (notwendiger) Schritt in Richtung einer auch für Menschen besseren Gesellschaft ist.
Termin: 16.-18.1.09, Hannover

Chinas langer Marsch zur Weltmacht
China ist heute eine der Weltmächte – nicht nur ökonomisch, auch politisch und militärisch. Das stört den Westen mittlerweile: China ist verstärkt ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Es herrsche Kapitalismus in Reinform, China schotte sich ab und hielte sich nicht an Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards, die schließlich auch dazugehören und überhaupt ginge es nicht, dass eine Milliarde Chinesen alle ihr eigenes Auto wollten und womöglich bald auch kriegten.
Wir wollen uns auf diesem Seminar mit der Geschichte und der Gegenwart des chinesischen Weltmachtprogramms beschäftigen und fragen, welche Rolle China heute in der Staatenkonkurrenz wirklich spielt und was (nicht) dran ist an der Kritik der hiesigen Kritiker.
Warum ist vom chinesischen Kommunismus heute nur ein ganz normaler Nationalismus übrig geblieben? Warum jubeln heute bürgerliche Demokraten einem tibetischen Gottkönig zu, wenn er eine autoritär-kapitalistische Diktatur kritisiert? Schon Wilhelm II. warnte vor der »gelben Gefahr«; heute setzt der Spiegel die »gelben Spione« auf sein Titelbild – welche Sichtweise auf China und Chinesen gibt es im freien Westen?
Termin: 30.1.-1.2.09 bei Berlin

Marxismus-Leninismus an der Macht
Sieht mensch von den kümmerlichen Überresten in China, Nordkorea und Kuba ab, so fällt unmittelbar auf: Der real existierende Sozialismus gehört der Vergangenheit an. Und da landläufig vergangene Formen gesellschaftlichen Lebens gleichzeitig ein Beleg ihres notwendigen Endes sind, ist es ein leichtes, den Kapitalismus gegen alle linke Kritik mit einem kurzen Hinweis auf die Geschichte zu immunisieren. Die Unterstellung, aller Kommunismus müsse immer in Überwachungsstaat, Massenvernichtung und materiellem Elend enden, liegt da auch nicht mehr fern.
Damit wird die Geschichte zum politischen Totschlagargument für alle, die es nicht besser wissen (wollen). Wer sich mit diesen Binsenweisheiten nicht zufrieden geben will oder seine eigene politische Position ständig durch diese scheinbar unwiderlegbaren Resultate des Geschichtsverlaufs angefochten sieht, sollte sich ein paar Gedanken mehr zu den historischen Formen des Kommunismus, ihren Inhalten und Bedingungen machen. Dass die Gründe seines Scheiterns bzw. der Verlauf seiner Entwicklung nicht nur in der so genannten Menschennatur zu finden sind, kann mensch – auch ohne Kommunist zu sein – zumindest vermuten.
Was waren also die Ereignisse der Oktoberrevolution in Russland? Warum gelang es Lenin und Konsorten in Russland das gesamte Land tatsächlich umzukrempeln? War dabei der Tod von Millionen bereits in ihrem Programm angelegt oder schon durch das Wesen des Kommunismus vorherbestimmt? Wie sah denn diese besondere Planwirtschaft aus, die nicht nur, aber ganz schön viel Mangel produzierte? Und in welchem Verhältnis stehen Theorie und Praxis des (ehemals) real existierenden Sozialismus zu einer heutigen Kapitalismuskritik? Also, wenn Du Lust hast, mit zu diskutieren: anmelden und vorbeischauen.
Termin: 20.-22.2.09 bei Bremen
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
30424 Hannover
☎ (05 11) 838 62 26
info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

KONGRESSVORSCHAU

Vierter McPlanet.com Kongress
Gegenwärtig erleben wir die wahrscheinlich heftigste Krise der Globalisierung: Die Weltwirtschaft ist massiv im Umbruch. Die globalen Finanzmärkte sind ins Wanken geraten, eine weltweite Rezession droht. Zugleich verschieben sich die weltwirtschaftlichen Gewichte: China und Indien haben das westliche Wirtschafts- und Konsummodell übernommen, rasches Wachstum paart sich dort mit krasser sozialer Ungleichheit und bedrückender Umweltzerstörung. Derweil geht in Europa und den USA die Angst um vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und Absatzchancen an die neuen Konkurrenten, ökologische Standards geraten zunehmend aus dem Blickfeld.
Durch den Nachfrageschub aus Asien, Spekulation und ein falsches Wirtschaftsmodell schießen die Preise für Nahrung, Öl und andere Rohstoffe in die Höhe. Das Ende des billigen Öls ist in Sicht, eine globale Energiekrise steht am Horizont. Wasser wird knapp, die Meere sind überfischt. Und parallel werden die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher spürbar.
All dies macht deutlich: »Business as usual« ist keine Option, und weit mehr als Kosmetik ist nötig, um die anstehenden Probleme zu bewältigen. Vom **24.-26. April 2009** wird in Berlin zum vierten Mal der McPlanet.com-Kongress stattfinden und echte Alternativen und Lösungen zu den Krisen der Globalisierung diskutieren. McPlanet.com stellt unbequeme Fragen, sucht Antworten und bringt in über 100 Veranstaltungen Aktive aus Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung, aus Politik, Kirche und Kultur, aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um über Globalisierung und Umwelt zu diskutieren und zu informieren.
Wieder werden namhafte ReferentInnen dazu beitragen. So haben beispielsweise der indische Ökonom Jagdish Bhagwati, Wirtschafts- und Politikprofessor an der Columbia University, der Schriftsteller Ilija Trojanow und Christiane Grefe, Journalistin (Die Zeit) und Mitautorin von »Der Globale Countdown« bereits zugesagt.
Termin: 24.-26. April 2009
Ort: Technische Universität Berlin
Mcplanet.com 2009 ist ein gemeinsamer Kongress von Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung und wird gemeinsam von Attac, dem BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veranstaltet.
Info: www.mcplanet.com

MEDIEN

Gestalten mit Adobe InDesign
Politische Flugblätter, Broschüren, die Ortsvereinszeitung: Mit dem Layoutprogramm InDesign kann man vorzeigbare Presseprodukte gestalten. Sie lernen, Rahmen anzulegen, Bilder einzubinden und Layoutvorlagen zu verwenden. Grundkenntnisse von Typografie und Design helfen beim Layout.
Termin: 24.-25.1.2009
Information & Anmeldung:
E-Mail: bsp@baysem.de
Web: www.baysem.de

AKTIONSTAG

Am 13.12.2008 findet – an vielen Orten überall in der BRD – ein von mehreren linken Gruppen initiierter Aktionstag gegen staatliche Repression statt. Anlass hierfür ist der seit dem 25. September 2008 vor dem Berliner Kammergericht laufende §129-Prozess gegen drei linke Aktivisten aus Berlin – Axel, Florian und Oliver.
Diesen drei Beschuldigten wird zum einen die Mitgliedschaft in der seit 2001 existierenden, von den Ermittlungsbehörden als kriminell eingestuften militanten gruppe (mg) und zum anderen versuchte Brandstiftung vorgeworfen.
Die mg hat sich zu über 20 Brandanschlägen auf Einrichtungen von Staat und Kapital bekannt und außerdem mit theoretischen Texten und Diskussionsbeiträgen maßgeblich an einer linken Militanzdebatte beteiligt. Und beim Vorwurf der versuchten Brandstiftung geht es ganz konkret um das »politisch motivierte« Anzünden diverser Bundeswehrfahrzeuge auf dem Gelände der MAN AG in Brandenburg/Havel Ende Juli 2007.
Wieder einmal soll der berüchtigte Gummiparagraph 129 dazu verwendet werden, gegen radikale Linke vorzugehen, ihnen die Mitgliedschaft in einer oder die Werbung beziehungsweise Unterstützung für eine »kriminelle(n)« bzw. »terroristische(n)« Vereinigung vorzuwerfen und sie wegen der vermeintlichen Begehung »politisch motivierter Straftaten" für Jahre hinter Schloss und Riegel zu bringen.
Flankiert werden diese Attacken von einer permanenten Aushöhlung demokratischer Rechte und einem damit korrelierenden Ausbau des Überwachungsstaates. In den letzten Jahren hat es eine ganze Palette an Verschärfungen diesbezüglich gegeben – zuletzt das neue BKA-Gesetz –, und zukünftig sind noch weitere Gesetze geplant, die in diese Richtung weisen: Das Vorratsdatenspeicherungsgesetz, die zunehmende Aushöhlung des Versammlungsrechts und neue digitale Abhörtechniken sind einige der Neuerungen in diesem Bereich.
Solidarität mit Axel, Florian und Oliver
Weg mit den §§ 129, 129a und 129b!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

PROZESSTERMINE

Die nächsten mg-Prozesstermine:
10.12., 11.12., 17.12., 18.12.2008, 07.01.2009, jeweils 9 Uhr Kriminalgericht Moabit, Turmstraße 91, 10559 Berlin, Saal 700
Mehr Infos unter:
www.einstellung.so36.net

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg